

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

1945

Christina von Hodenberg
ZUR GENERATION
DER 45ER

Frank Bajohr
STAND UND PERSPEKTIVEN
DER HOLOCAUSTFORSCHUNG

Gabriele Metzler
1945 ALS GLOBALE ZÄSUR

Martin Sabrow
DIE „STUNDE NULL“
ALS ZEITERFAHRUNG

Takuma Melber
DAS LEID DER EIGENEN.
1945 IN DER JAPANISCHEN
ERINNERUNGSKULTUR

Martin H. Geyer
DIE NACHKRIEGSZEIT
ALS GEWALTZEIT

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

1945

APuZ 4-5/2020

CHRISTINA VON HODENBERG

ZUR GENERATION DER 45ER.
STÄRKEN UND SCHWÄCHEN
EINES DEUTUNGSMUSTERS

Als „politische Generation“ haben die sogenannten 45er in der Geschichtsschreibung zunehmend Karriere gemacht. Doch das Generationenkonzept weist Schwachstellen auf: Weibliche oder nicht-bildungsbürgerliche Generationen zu denken, fällt offenbar schwer.

Seite 04–09

GABRIELE METZLER

1945 ALS GLOBALE ZÄSUR

In Europa ist das Jahr 1945 als tiefe Zäsur fest verankert. Aber auch weit entfernt wandelte sich die Welt grundlegend, in der unmittelbaren Bedeutung von den Europäern selbst nicht immer bemerkt und in ihrer Erinnerungskultur weitgehend ausgeblendet.

Seite 10–16

TAKUMA MELBER

DAS LEID DER EIGENEN.
1945 IN DER JAPANISCHEN
ERINNERUNGSKULTUR

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist in Japan vielfach vom Gedenken an das letzte Kriegsjahr mit den Atombombenabwürfen und aus einer Opferperspektive heraus geprägt. Kritische Fragen mit Blick auf eigene Verbrechen bleiben weitestgehend ungestellt.

Seite 17–24

FRANK BAJOHR

NACH DEM ZIVILISATIONSBRUCH.
STAND UND PERSPEKTIVEN DER
HOLOCAUSTFORSCHUNG

1945 markierte das Ende des Holocaust, nicht aber den Beginn eines breiten Forschungsinteresses. Dieses entstand erst in den 1970er und 1980er Jahren. Wo liegen Schwerpunkte der gegenwärtigen und Desiderate künftiger Holocaustforschung?

Seite 25–30

MARTIN SABROW

DIE „STUNDE NULL“ ALS ZEITERFAHRUNG

Die „Stunde Null“ von 1945 ist keine historische Urteilkategorie, sondern ein zeitgenössischer Vorstellungstopos. In ihm verschmelzen biografische Erfahrung und historische Zäsur in einer Intensität, wie sie kein anderer Umbruch des 20. Jahrhunderts aufwies.

Seite 31–38

MARTIN H. GEYER

DIE NACHKRIEGSZEIT ALS GEWALTZEIT.
AUSNAHMEZUSTÄNDE NACH DEM ENDE
DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Alles spricht dafür, die damalige Zeit als eine Abfolge permanenter Ausnahmezustände zu begreifen. Zwar fand mit der deutschen Kapitulation 1945 der Ausnahmezustand der Vernichtung und Selbstvernichtung ein Ende. Ein Ende der Gewalt bedeutete das aber nicht.

Seite 39–46

EDITORIAL

Vor 75 Jahren endete der Zweite Weltkrieg – in Europa mit der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945, im asiatisch-pazifischen Raum mit der Kapitulation Japans am 2. September. Der von Deutschland entfesselte Krieg hatte unermessliches Leid nach sich gezogen, über 60 Millionen Menschen waren ihm zum Opfer gefallen. Mit dem Krieg wurde auch ein Menschheitsverbrechen von ungekanntem Ausmaß beendet: die industriell organisierte Ermordung der europäischen Juden. Zugleich begann mit den Befreiungen von Auschwitz, Buchenwald und den anderen deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern die Aufklärung über die Shoah. Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen folgte in Deutschland indes erst sehr viel später.

1945 markiert zudem den Beginn des nuklearen Zeitalters. Die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf die japanischen Großstädte Hiroshima am 6. August und Nagasaki am 9. August waren so verheerend, dass die Nachkriegsordnung wesentlich vom Schrecken einer möglichen Wiederholung geprägt wurde. Nicht zuletzt das „atomare Gleichgewicht“ zwischen den USA und der Sowjetunion verhinderte, dass aus dem Kalten Krieg ein heißer wurde. Von wesentlicher Bedeutung für die Etablierung der Menschenrechte als globale Norm war die Gründung der Vereinten Nationen am 24. Oktober 1945.

Die Zäsur des Jahres 1945 verliert jedoch an Klarheit, nimmt man die Kontinuität von Gewalthandlungen in den Blick: In Deutschland und insbesondere in Mitteleuropa hielten mit Gewalt einhergehende Ausnahmestände an; und in Asien und Afrika kämpften europäische Kolonialmächte noch jahrelang blutig gegen ihren Statusverlust beziehungsweise die ehemals Kolonisierten um ihre Unabhängigkeit. Die Folgen sind in den jeweiligen Ländern bis heute spürbar. Dass Deutschland und große Teile Europas seit einem Dreivierteljahrhundert in Frieden leben, ist keine Selbstverständlichkeit.

Johannes Piepenbrink

ZUR GENERATION DER 45ER

Stärken und Schwächen eines Deutungsmusters

Christina von Hodenberg

Auf direkte wie indirekte Weise hat die Zäsur des Kriegsendes 1945 in der Geschichtsschreibung ihre Spuren hinterlassen, nicht zuletzt im Interpretationsmuster der „Generation der 45er“. Diese Generationskohorte ist in der historischen Literatur unter verschiedenen Namen bekannt. Zunächst bezeichnete sie Helmut Schelsky als die „skeptische Generation“, danach wurde sie häufig „Flakhelfer-“ oder „HJ-Generation“ genannt. Inzwischen wird sie meist als „45er“ adressiert. Immer handelt es sich dabei um dieselbe Altersgruppe der in den 1920er Jahren Geborenen, wobei meist die seit 1918 und zuweilen die bis Anfang der 1930er Jahre Geborenen hinzugerechnet werden.⁰¹

Als „politische Generation“ haben die 45er in der Geschichtsschreibung zunehmend Karriere gemacht: Sie gelten in vielen neueren Standardwerken als die Kohorte, die entscheidend zur Demokratisierung, Verwestlichung und Liberalisierung der Bundesrepublik beitrug. Auch werden sie oft als Vorreiter der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen gelobt. Dabei werden die 45er oft entweder als die Gegenspieler oder aber als Bündnispartner der nach ihnen kommenden 68er (der von den Protestbewegungen der späten 1960er Jahre geformten, überwiegend zwischen 1938 und 1950 Geborenen) dargestellt. Zuweilen wird die aktive Rolle der 45er für die Wandlungsprozesse Westdeutschlands besonders betont, um „1968“ in der Folge als bloßes „Nachhutgefecht“ von bereits in den frühen 1960er Jahren errungenen Fortschritten darstellen zu können.⁰²

Zur Gruppe der 45er werden üblicherweise Politiker wie Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher, Intellektuelle wie Ralf Dahrendorf, Jürgen Habermas und Wilhelm Hennis, Künstler wie Günter Grass, Martin Walser und Joseph Beuys, Kabarettisten wie Dieter Hildebrandt und Wolfgang Neuss gerechnet. Zu ihnen gehörten auch die bekanntesten Medienprofis der 1960er

bis 1980er Jahre wie etwa Rudolf Augstein, Joachim Fest, Peter Boenisch, Conrad Ahlers, Gert von Paczensky, Peter Merseburger, Matthias Walden und Günter Gaus.⁰³ Unter den wichtigsten Zeithistorikern der Bundesrepublik finden sich ebenfalls viele Angehörige dieser Kohorte, beispielsweise Hans-Ulrich Wehler, die Brüder Hans und Wolfgang J. Mommsen oder Karl-Dietrich Bracher. Was vereinte diese (nicht zufällig allesamt männlichen) Protagonisten, und was verband sie mit dem Jahr 1945?

DAS KRIEGSENDE ALS WENDEPUNKT UND MISSION

Der Kern der Generationserzählung der 45er besteht darin, dass diese Gruppe, in Kindheit und Jugend noch vom Nationalsozialismus geprägt, das Kriegsende 1945 als Desillusionierung und tief greifenden Umbruch erlebte. Weil so jung und vergleichsweise unbelastet, rückten die 45er in der Bundesrepublik der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte rasch in verantwortliche Positionen in Politik, Medien und Universitäten auf, wo sie Ältere, die meist stärker belastet waren, ersetzen konnten. Das Kriegsende 1945 wurde mithin zum Wendepunkt ihres Lebens, sowohl was ihre Berufskarrieren als auch was ihre politischen Überzeugungen anging. Dabei schließt die Gruppe sowohl diejenigen ein, die ganz jung Frontsoldaten wurden (geboren 1921 bis 1925), als auch die Flakhelfer-Jahrgänge 1926 bis 1928, die im Endkampf noch zur Luftabwehr herangezogen wurden, oder die noch jüngeren, die das Regime vor allem als Kinder durch die Hitlerjugend erfahren hatten.

Die dieser Generation zugeschriebene politische Grundhaltung – was genau sie also aus der Erfahrung des Zusammenbruchs im Jahr 1945 lernte – und damit ihre Rolle für die Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft variierten

jedoch je nach Beschreibung. Helmut Schelsky, der 1957 den Begriff der „skeptischen Generation“ prägte, betonte den Rückzug ins Unpolitische, die Anpassungsbereitschaft und Suche nach Sicherheit sowie die Ablehnung revolutionärer Ideologien.⁰⁴ Die Kernstücke dieser Interpretation – Flucht ins Private, opportunistische Anpassung, Pflichtbewusstsein in der Leistungsgesellschaft – wurden von Heinz Bude, Gabriele Rosenthal und anderen weitergeschrieben.⁰⁵

Abweichend davon legten Historiker seit den späten 1990er Jahren den Akzent auf die Rolle dieser Kohorte als Vorreiter von gesellschaftlicher Reform, Demokratisierung und Verwestlichung. Vor allem bestimmte akademisch gebildete Berufsgruppen wurden nun genauer untersucht: etwa Philosophen und Soziologen, Historiker, Journalisten, Staatsrechtslehrer, Schriftsteller oder Kabarettisten. A. Dirk Moses, Jan-Werner Müller, Paul Nolte und andere präsentierten die 45er dabei jeweils als Reformer, die seit den späten 1950er Jahren an der Überwindung autoritärer und antiliberaler Traditionen arbeiteten. Die intellektuellen Eliten dieser Jahrgänge hätten zahlreiche traditionelle politische Denkmuster einer kritischen Überprüfung im Dialog unterzogen, meist in Abgleich mit vergleichbaren Denkfiguren „westlicher“, also britischer, US-amerikanischer oder französischer Provenienz. Sie zielten auf die Sta-

bilisierung der noch als provisorisch empfundenen westdeutschen Demokratie, fürchteten den Rückfall in ein neues „1933“ und kritisierten, was sie als obrigkeitstaatliche Relikte deutscher Tradition empfanden: die Idee der überlegenen deutschen Kultur, die Überhöhung des Staates und ängstliches, antikommunistisch aufgeladenes Konsensdenken.⁰⁶

Eine in diesem Zusammenhang viel diskutierte Frage ist die Rolle der 45er in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Belastung. Während Schelsky in dieser Hinsicht „die eskapistische Variante“ wählte, also die Flucht in Entpolitisierung und Wiederaufbau als typische und begrüßenswerte Form der Aufarbeitung darstellte, sind die 45er von anderen oft als „eine wesentliche Triebkraft des im letzten Drittel der fünfziger Jahre einsetzenden Wandels im Umgang mit der Vergangenheit“ ausgemacht worden.⁰⁷ Mal mehr, mal minder wird dabei das Ausmaß der vorangegangenen Bindung der Altersgruppen-Angehörigen an den Nationalsozialismus betont: Waren sie als Jugendliche vom Regime schlicht um ihre Ideale betrogen worden? Oder hatten sie selbst tief an den Führer und Ideale wie Vaterland, Ariertum und Ehre geglaubt, bevor die Niederlage ihre Träume zerschmetterte?⁰⁸

Um solche Fragen zu klären, wurden zahlreiche Interviews mit führenden Historikern und Geschichtsdidaktikern dieser Kohorten veröffentlicht. Im Ergebnis werden die Vertreter der Generation meist als mutige Begründer von kritischen Ansätzen und Überwinder elitärer oder deutschnationaler Traditionen im Fach zwischen den späten 1950er und 1970er Jahren dargestellt. Hervorgehoben wird aber gleichzeitig, dass sie vor Angriffen auf NS-belastete Vorgänger und ältere Kollegen zurückschreck-

01 Vgl. Helmut Schelsky, *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*, Düsseldorf 1960⁴ (1957); Rolf Schörken, *Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte*, Opladen 1990; Jan-Werner Müller, *Another Country. German Intellectuals, Unification and National Identity*, New Haven 2000; Friedhelm Boll, *Jugend im Umbruch vom Nationalsozialismus zur Nachkriegsdemokratie*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 37/1997, S. 482–520.

02 Franz-Werner Kersting/Jürgen Reulecke/Hans-Ulrich Thamer, *Aufbrüche und Umbrüche: Die zweite Gründung der Bundesrepublik 1955–1975. Eine Einführung*, in: dies. (Hrsg.), *Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975*, Stuttgart 2010, S. 8.

03 Vgl. Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006, S. 248ff.

04 Vgl. Franz-Werner Kersting, Helmut Schelskys „Skeptische Generation“ von 1957. Zur Publikations- und Wirkungsgeschichte eines Standardwerkes, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 50/2002, S. 484f.

05 Vgl. A. Dirk Moses, *The Forty-Fivers. A Generation between Fascism and Democracy*, in: *German Politics and Society* 17/1999, S. 102ff.

06 Vgl. zu Professoren: A. Dirk Moses, *German Intellectuals and the Nazi Past*, Cambridge 2007; zu Journalisten: von Hodenberg (Anm. 3), S. 245ff.; zu Staatsrechtslehrern: Frieder Günther, *Denken vom Staat her. Die bundesdeutsche Staatsrechtslehre zwischen Dezision und Integration 1949–1970*, Berlin 2009; zu Soziologen: Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 246–249, S. 400f.

07 Kersting (Anm. 4), S. 488.

08 Vgl. Christina von Hodenberg, *Politische Generationen und massenmediale Öffentlichkeit. Die „45er“ in der Bundesrepublik*, in: Ulrike Jureit/Michael Wildt (Hrsg.), *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*, Hamburg 2005, S. 273f.

ten. Weil die 45er noch selbst die Anziehungskraft der NS-Ideale als Jugendliche erlebt hatten, brachten sie weit mehr Verständnis für die schweigenden „Mitläufer“ auf, als es die ihnen folgenden 68er taten.⁰⁹

In dieser Abgrenzung von „Mitläufern“, 45ern und 68ern scheint bereits ein typisches Muster auf. Fast immer werden die 45er als ein Glied in einer Kette mehrerer politischer Generationen dargestellt. Sie werden einerseits von den ihnen nachfolgenden, revolutionären Ideologien und utopischer Gewalt nahestehenden 68er-Rebellen abgehoben. Andererseits stehen sie den Geburtsjahrgängen zwischen etwa 1900 und 1915 gegenüber, die von Historikern überwiegend als „vornehmliche Trägergruppe der NS-Diktatur“ identifiziert worden sind, „und zwar vor allem auf der Ebene des Führungspersonals“.¹⁰ Für diese Generation sind unterschiedliche Begriffe geprägt worden – „Kriegsjugendgeneration“, „Generation der Sachlichkeit“, „Generation des Unbedingten“ oder „Jahrhundertgeneration“. Übereinstimmend ist aber das Argument, sie sei durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die politischen Unruhen der Weimarer Ära radikalisiert worden und habe seit den 1930er Jahren die relativ jungen Anhänger des Regimes gestellt, die den Nationalsozialismus ideologisch mittrugen, völkisch und rassistisch dachten sowie vielfach tatkräftig an den Massenverbrechen mitwirkten.¹¹

GESCHICHTE ALS DUELL POLITISCHER GENERATIONEN

In vielen Geschichtserzählungen wird die Auseinandersetzung zwischen den beschriebenen politischen Generationen zum Movens der his-

09 Vgl. Thomas Sandkühler, *Historisches Lernen denken. Gespräche mit Geschichtsdidaktikern der Jahrgänge 1928–1947*, Göttingen 2014; Rüdiger Hohls/Konrad Jarausch/Torsten Bathmann (Hrsg.), *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*, Stuttgart 2000. Siehe auch die Diskussion dazu: *H-Soz-Kult, Review-Symposium, 2000/2001*, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/Rezensio/symposiu/versfrag/sympos.htm>.

10 Ulrich Herbert, *Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert*, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, München 2003, S. 95–115, hier S. 100.

11 Vgl. ebd.; Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.

torischen Entwicklung im deutschen 20. Jahrhundert. Schon Detlev Peukert baute seine Deutung der Weimarer Republik auf Radikalisierungen auf, die durch den Zusammenstoß vier politischer Generationen entstanden: von den Wilhelminern über die Gründerzeit- und die Kriegs- bis hin zur „überflüssigen“ (oder auch Kriegsjugend-)Generation.¹² Später beschrieb Götz Aly den Generationenbruch zwischen 68ern und ihren Eltern sowie zwischen 45ern und 68ern als Triebkraft der bundesrepublikanischen Konflikte seit den 1960er Jahren.¹³ Und Hans-Ulrich Wehler erklärte im fünften Band seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ die gelungene Entwicklung des westdeutschen Teilstaates zum Resultat des Einsatzes der nüchternliberalen 45er-Generation, die die von den 68ern bezweckte destruktive Destabilisierung der Republik abwenden konnte. Dabei zählt er selbst offensichtlich zu den 45ern, die er als „strategische Clique“ kritischer Intellektueller schilderte, die „die neue Republik als unerwartete zweite Chance mit prinzipieller Zustimmung, sogleich aber auch mit kritischer Aufmerksamkeit“ begleitet hätten.¹⁴

In der kürzlich erschienenen Gesamtdarstellung „Republik der Angst“ von Frank Biess, die die Geschichte der Bundesrepublik mit einem emotionsgeschichtlichen Ansatz erzählt, werden die 45er und 68er zu den Trägern der Entwicklung veränderter gesamtgesellschaftlicher emotionaler Regime. „Die Verschiebung von einem emotionalen Regime zum anderen überlappte sich dabei auch mit dem Generationswechsel, vor allem seit den sechziger Jahren“, heißt es da.¹⁵ Die 45er werden als Träger einer besorgten Debatte über die Stabilisierung der Bundesrepublik und die Furcht vor dem Rückfall in ein neues 1933 vorgestellt; die 68er stehen für eine neue, emotional expressivere Lebensweise. Wie sich diese Generationen genau konstituierten, wird indes nicht näher erläutert.

12 Vgl. Detlev Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt/M. 1987, S. 25 ff.

13 Vgl. Götz Aly, *Unser Kampf 1968. Ein irritierter Blick zurück*, Frankfurt/M. 2008, S. 191 ff.

14 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949–1990*, München 2008, S. 188 f., siehe auch S. 185 ff., S. 310 ff.

15 Frank Biess, *Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, Reinbek 2019, S. 35, siehe auch S. 199, S. 245.

Wie hier wird der Clash der Generationen oft mit einer kollektivpsychologischen Dimension aufgeladen. Ein Beispiel dafür ist Thomas A. Kohut's psychohistorisch argumentierende „Erfahrungsgeschichte“ der Jahrgänge der Kriegsjugendgeneration. Kohut leitete eine wesentliche historische Dynamik aus dem Konflikt zwischen pragmatischen 45ern, rebellischen 68ern und der stark nazifizierten Kriegsjugendgeneration der Jahrgänge 1900 bis 1915 ab.¹⁶ Ähnliches gilt für die reiche (oft Bestseller-) Literatur zur Generation der „Kriegskinder“ und „Kriegsenkel“, in der seit etwa 20 Jahren aus Schuld und Schweigen der Eltern ein Trauma der nachwachsenden Generationen konstruiert wird.¹⁷ Die Trennlinie zwischen politischen Generationen wie den 45ern und familiär definierten Generationen wird in diesen Publikationen zunehmend verflüssigt. In Anlehnung an den jahrhundertealten literarischen Topos vom Kampf zwischen „Vätern und Söhnen“ hat das Denkmuster vom Konflikt der politischen Generationen auch in Romanen reichen Widerhall gefunden. Was Claus Leggewie als „spätödipale Szenarien“ väterlicher Repression beschrieb, ist seit den 1970er Jahren im neuen Genre der „Väterliteratur“ verbreitet. Meist waren es junge männliche Autoren, die das Schweigen, die Schuld und den traumatischen Verlust der Väter literarisch beklagten und daraus eine eigene generationelle Identität ableiteten.¹⁸

Die Vorteile des Erzählmusters der politischen Generation sind deutlich. Mit dem Modell der 45er, die im geistigen Ringen mit ihrer Vorgänger- wie Nachfolgergeneration das Gemeinwesen vorantreiben, lässt sich Geschichte dramatisch erzählen. Die beschriebene generationelle Mission der 45er kann dabei vorzüglich mit dem demokratischen und antitotalitären Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland verkoppelt werden. Solcherart Geschichte im Generationsmodus zu

erzählen, bietet Identifikationsmöglichkeiten für viele zur rechten Zeit Geborenen, die sich rückblickend als Helden der Entwicklung feiern können. Die Popularität des Deutungsmusters erklärt sich zudem daraus, dass es in jeder Familie eine Generationenabfolge gibt, über die die „großen“ politischen Konflikte mit der „kleinen“ privaten Welt verglichen werden können. Die Leitideen der politischen Generationen werden bruchlos mal auf die Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Kultur, mal auf die privaten Familienverhältnisse übertragen.

Während die Historiografie der Bundesrepublik dem Duell der politischen Generationen und gerade den 45ern einen zentralen Platz zuweist, sind ähnliche Erzählungen in der Geschichte der DDR zwar vorhanden, aber weniger prominent ausgeprägt. Alexander von Plato und Dorothee Wierling haben eine vergleichbare ostdeutsche „HJ-Generation“ beschrieben, die auf Anpassung und Rekonstruktion setzte und staatstragend wurde.¹⁹ Für Mary Fulbrook waren es die sogenannten 29er, die sich erst für die Hitlerjugend und dann für den ostdeutschen Staatssozialismus stark mobilisieren ließen – eine Altersgruppe, die einen Teil der Jahrgänge der 45er umfasst.²⁰ Doch die großen Linien der DDR-Geschichtsschreibung sind weit weniger mit generationstiftenden Debatten verwoben als im westdeutschen Kontext.

Noch seltener ist das Motiv der 45er-Generation in der Geschichtsschreibung in anderen Ländern. Die britische Geschichtsschreibung etwa operiert deutlich seltener mit dem Generationskonflikt als die deutsche – zumal nicht solcher politischer Generationen, die ursächlich mit Kriegserfahrungen verbunden werden. Für die 45er gibt es streng genommen weder britische noch US-amerikanische oder französische Pendants. (Stärkere Parallelen finden sich dagegen im Hinblick auf die 68er-Kohorte in der europäischen wie globalen Geschichtsschreibung.) Die geografisch begrenzte Verbreitung des Generati-

16 Vgl. Thomas A. Kohut, *A German Generation. An Experiential History of the Twentieth Century*, New Haven 2012, S. 6ff.

17 Vgl. Christina von Hodenberg, *Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte*, München 2018, S. 71 ff.

18 Siehe etwa Romane von Peter Schneider, Günter Kunert, Peter Härtling oder Niklas Frank. Claus Leggewie, *A Laboratory of Postindustrial Society. Reassessing the 1960s in Germany*, in: Philipp Gassert/Carole Fink/Detlef Junker (Hrsg.), *1968. The World Transformed*, Cambridge 1998, S. 281. Vgl. Hannes Heer, *Literatur und Erinnerung. Die Nazizeit als Familiengeheimnis*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 53/2005, S. 809–835.

19 Alexander von Plato, *The Hitler Youth Generation and its Role in the Two Post-War German States*, in: Mark Roseman (Hrsg.), *Generations in Conflict. Youth Revolt and Generation Formation in Germany 1770–1968*, Cambridge 1995, S. 210–226. Vgl. Dorothee Wierling, *Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie*, Berlin 2002.

20 Vgl. Mary Fulbrook, *Dissonant Lives. Generations and Violence through the German Dictatorships*, Oxford 2011.

onen-Narrativs deutet mithin schon darauf hin, dass das Konzept neben Stärken auch erhebliche Schwächen aufweist.

GRENZEN DES GENERATIONENBEGRIFFS

Die Schwächen beginnen bereits mit der Entstehungsgeschichte des Begriffs der „politischen Generation“, die zurück in die 1920er Jahre führt. Damals entwarf der Kulturosoziologe Karl Mannheim eine Theorie, die bis heute nachwirkt. Ihm zufolge kann ein „Generationszusammenhang“ wachsen, wenn nah beieinander liegende Jahrgänge während ihrer formativen Jugendphase eindrückliche, sie verbindende historische Erfahrungen machen. Zu einer politischen Generation kommt es jedoch nur, wenn auf das Erleben ein gemeinsamer Austausch folgt, der auf eine hegemoniale, handlungsleitende Deutung dieser Erfahrungen hinausläuft. Zudem können sich innerhalb einer politischen Generation verschiedene Deutungen des formativen Erfahrungszusammenhangs ausbilden, die dann zur Aufspaltung in mehrere, politisch verschieden orientierte „Generationseinheiten“ führen.²¹ Mannheim belegte seine Theorie am Beispiel der Bündischen Jugend und der Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges, die in den Jahren der Weimarer Republik ihre politischen Gestaltungsansprüche öffentlich geltend machten. Das Sendungsbewusstsein junger bildungsbürgerlicher Männer – die Idee des „elitär-bürgerlichen Jugendauftrags zur männlichen Erlösung“²² – durchdrang daher seine Überlegungen.

Dieser geschlechts- und klassenspezifischen Aufladung des Denkmusters der politischen Generation ist bis heute kaum zu entkommen. Wo Historiker von politischen Generationen sprechen, meinen sie eigentlich Männer und gebildete Eliten. Ein wichtiger Grund für diese Verengung des Blicks auf männliche Bildungsbürger ist die Tatsache, dass sich Generationen wie die 45er nicht durch das gemeinsame Erlebnis, sondern erst durch einen medial vermittelten Diskurs über das Erfahrene bilden. Erst der Prozess

der „Generationsrede“ lässt im Nachhinein politische Generationen entstehen. Doch der Zugang zur veröffentlichten Debatte wurde bis weit in die 1980er Jahre hinein von männlichen Bildungseliten kontrolliert.

Am Beispiel der in den 1920er Jahren Geborenen hat Benjamin Möckel untersucht, wie sich für diese Alterskohorte während des ersten Nachkriegsjahrzehnts langsam ein generationelles Narrativ herauschälte. Damals fand in den Medien eine gemeinsame Arbeit am Mythos, eine kollektive Verfertigung einer Sinngebung Abertausender Biografien statt. Die 45er formierten sich nachträglich als Gruppe, indem sie öffentlich über ihre Interpretation der Niederlage und ihre eigene politische Mission in der Nachkriegszeit redeten. Im Laufe dieser „Generationsrede“ wurde ein „kollektiver Sprach- und Erinnerungsmodus für die Zeit des Nationalsozialismus“ gefunden, indem „die eigenen Erlebnisse in den Rahmen einer vermeintlichen Kollektiverfahrung eingeordnet“ wurden.²³ Die Publizisten, Politiker und Journalisten, die diese veröffentlichte Diskussion über die generationelle Selbstverortung bevölkerten, waren so gut wie ausschließlich Männer. Auch die Topoi der Debatte waren und sind männlich konnotiert: „der Vordenker“, „der Nazi“, „der Vater-Sohn-Konflikt“, „der 45er“.

Sich als Angehöriger einer politischen Generation darzustellen, ist deshalb auch heute noch ein typisch männliches Unterfangen. Weibliche politische Generationen zu denken, fällt vielen offenbar schwer. Erstens beteiligten sich Frauen in aller Regel weit weniger an den medialen Debatten zur generationellen Selbstverortung. Nach wie vor weist die dominierende Vorstellungswelt ihnen einen Platz in der Privatsphäre, nicht in der politischen Öffentlichkeit zu. Zweitens erhalten die weiblichen Angehörigen der entsprechenden Geburtsjahrgänge nur selten die Aufmerksamkeit der Massenmedien; sie werden kaum je als politisch wirksame Gruppierungen dargestellt. Drittens wird der generationsstiftende Zusammenhang der meisten deutschen politischen Generationen mit der Erfahrung des Krieges – des Fronterlebnisses, der ausgebliebenen Fronterfahrung oder aber der Kriegsniederlage – verbunden, ganz gleich, ob daraus eine Radikalisierung oder Desillusionierung

21 Karl Mannheim, *Das Problem der Generationen*, in: *Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie* 7/1928, S. 157–185, S. 309–330. Vgl. Helmut Fogt, *Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell*, Opladen 1982.

22 Bernd Weisbrod, *Generation und Generationalität in der Neueren Geschichte*, in: *APuZ* 8/2005, S. 3–9, hier S. 4.

23 Benjamin Möckel, *Erfahrungsbruch und Generationsbehauptung. Die „Kriegsjugendgeneration“ in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften*, Göttingen 2014, S. 16f.

abgeleitet wird. Dabei erfolgt fast immer ein „Heraus-schreiben der Frauen aus der Kriegserfahrung“ unter Betonung spezifisch männlicher Klischees von willensstarken Frontkämpfern, Brüderlichkeit, männlicher Härte und Sachlichkeit.²⁴ Und viertens gehörten viel weniger Frauen als Männer zu den gebildeten Eliten und intellektuellen Avantgarden, die die Historiker bisher so stark in den Vordergrund des Bildes gerückt haben.

Christina Benninghaus ließ noch 2005 die Frage offen, „ob es für historische Untersuchungen sinnvoll wäre, die Kategorie ‚Generation‘ in anderer Form zu definieren, sodass sie auch Frauen und unterbürgerliche Schichten in den Blick nehmen könnte.“²⁵ Fünf Jahre später unternahm Eva-Maria Silies den Versuch, aus einer „stillen“ Generationserfahrung eine weibliche Generation abzuleiten, allerdings am Beispiel der 68er-Alterskohorten. Silies betonte die Erfahrung der Einführung der Antibabypille als eine „stille“ und trotzdem prägende Generationserfahrung, die einen „Großteil der jungen Frauen der sechziger und siebziger Jahre und damit einen im Vergleich wesentlich größeren Anteil der Kohorte“ als die von uns herkömmlich als 68er begriffenen Männer vereinte.²⁶ Aber nicht nur die „Pille“, auch die vielen privaten Kämpfe um ein gleichberechtigteres Leben machten die 68erinnen zum Teil einer politischen Generation, wie ich kürzlich argumentiert habe.²⁷ Bei einer solchen stillen Generation steht in Abweichung von Mannheims Konzept statt der „Generationsrede“ die generationsstiftende, lebensverändernde Erfahrung im Mittelpunkt. Der mediale Diskurs wird dadurch weniger wichtig. Zudem können die generationsstiftenden Erfahrungen auch leiblich verkörpert, in der Privatsphäre und außerhalb der gebildeten Oberschicht angesiedelt sein.

Ob es 45erinnen gab, sei dahingestellt – die Forschungslage erlaubt uns (noch) kein Urteil über diese oder manch andere weibliche Generation des 20. Jahrhunderts. Immerhin öffnet der Blick auf die Frauen die Augen für die Grenzen

des Deutungsmusters der 45er-Generation. Zwar lässt sich die Generationsrede dieser Alterskohorten gewinnbringend als ein „zentrales symbolpolitisches Themenfeld in den Selbstinszenierungen der jeweiligen Nachkriegsgesellschaften“ analysieren.²⁸ Doch bleibt die Validität der Ergebnisse auf den kleineren Kreis männlicher intellektueller Eliten beschränkt. Dies gilt insbesondere für die Jahrzehnte vor den 1980er Jahren, in denen die universitäre, massenmediale und parlamentarische Öffentlichkeit überwiegend männlich und bildungsbürgerlich dominiert war. Eines ist festzuhalten: Für eine Ausweitung auf gesamtgesellschaftliche Wertewandelsphänomene, auf Trägerschichten jenseits der bürgerlichen Oberschicht oder gar eine Übertragung auf familiäre Generationsverhältnisse eignet sich das Denkmuster der 45er allemal nicht.

CHRISTINA VON HODENBERG

ist Professorin für Europäische Geschichte und Direktorin des Deutschen Historischen Instituts London.

c.hodenberg@ghil.ac.uk

Kostenloses Probe-Abo

[das-parlament.de/abo/
probeabo](https://das-parlament.de/abo/probeabo)

Lassen Sie sich „Aus Politik und Zeitgeschichte“ als Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“ regelmäßig direkt nach Hause liefern: Das Abonnement kostet 25,80 Euro im Jahr; Lehrkräfte, Studierende, Auszubildende, Bundesfreiwillige und FSJ-Teilnehmende zahlen 13,80 Euro. Das Probeabonnement endet automatisch nach vier Ausgaben.

24 Christina Benninghaus, *Das Geschlecht der Generation. Zum Zusammenhang von Generationalität und Männlichkeit um 1930*, in: Jureit/Wildt (Anm. 8), S. 146.

25 Ebd., S. 158.

26 Eva-Maria Silies, *Liebe, Lust und Last. Die Pille als weibliche Generationserfahrung in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2010, S. 426f.

27 Vgl. von Hodenberg (Anm. 17).

28 Möckel (Anm. 23), S. 387f., siehe auch S. 22.

1945 ALS GLOBALE ZÄSUR

Gabriele Metzler

In der deutschen und europäischen Erinnerung ist das Jahr 1945 als tiefe Zäsur fest verankert.⁰¹ Sechs lange Jahre des Krieges hatten allein in Europa rund 40 Millionen Menschenleben gekostet, sechs Millionen Menschen jüdischer Herkunft waren in einem beispiellosen Genozid ermordet worden. Weite Teile des Kontinents waren zerstört.

Mit dem Kriegsende 1945 verbanden sich auf politischer Ebene tief greifende Veränderungen; in Deutschland zumal, wo die Siegermächte vorerst die Herrschaft übernahmen und bis auf Weiteres über die Zukunft des Landes bestimmten.⁰² Doch auch über Deutschland hinaus wandelte sich die politische Situation in Europa grundlegend, vor allem in Mittel-, Ostmittel- und Osteuropa, wohin die Sowjetunion während des Krieges ihren Machtbereich ausgedehnt hatte und dies, gerade nach den Erfahrungen dieses Krieges, nicht wieder rückgängig zu machen gedachte. Die Westverschiebung Polens, die die massenhafte (Zwangs-)Migration von Millionen Menschen nach sich zog, war eine Folge davon; eine andere die kommunistischen Machtübernahmen in den Jahren bis 1948 von Albanien über Polen, Bulgarien, Rumänien bis zur Tschechoslowakei und zur SBZ/DDR. Schon im Frühjahr 1946 sprach der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill vom „eisernen Vorhang“, der sich über Europa gesenkt habe.⁰³ Der Kontinent war 1945 in Bewegung, und Unsicherheit und Gewalterfahrungen prägten die europäischen Gesellschaften weit über das Jahr des Kriegsendes hinaus.⁰⁴

Auch weit entfernt von Europa wandelte sich die Welt ganz grundlegend, in der unmittelbaren Bedeutung von den Europäern selbst nicht immer bemerkt und in ihrer Erinnerungskultur weitgehend ausgeblendet. „1945“ bildete eine Zäsur in der Geschichte einzelner außereuropäischer Gesellschaften, aber auch und vor allem in der internationalen Ordnung. Davon soll dieser Beitrag handeln. Er setzt ein mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Japan, der mit dem Beginn des nuklearen Zeitalters zusammenfällt. Im darauffolgenden Teil wird diskutiert, inwiefern die Vereinten Nationen (UN)

den an ihre Gründung im Sommer 1945 gerichteten Erwartungen, eine neue, friedliche Weltordnung zu schaffen und zu garantieren, gerecht werden konnten. Eine wichtige Rolle hätten die UN etwa in der Lösung der kolonialen Frage spielen können – dass sie es nicht taten und dass das Jahr 1945 stattdessen von neuen, alten Spannungen zwischen Selbstbestimmung und (in diesem Fall: Re-)Kolonialisierung geprägt war, sei im anschließenden Abschnitt erläutert. Eine zusammenfassende These zur historischen Einschätzung der „globalen Zäsur 1945“ steht am Schluss dieses Beitrages.

BEGINN DES NUKLEAREN ZEITALTERS

Am 14. August 1945 hielt der US-amerikanische Fotoreporter Alfred Eisenstaedt wohl einen der berühmtesten Küsse der Weltgeschichte fest: „V-J Day in Times Square“ ist die Szene überschrieben, in der ein Matrose der US-Marine – augenscheinlich spontan – während der Feierlichkeiten am „Victory over Japan Day“ eine Krankenschwester in den Arm nimmt und sie küsst. Keine 14 Tage später, am 27. August 1945, erschien die Aufnahme im „Life“-Magazin und wurde binnen kürzester Zeit zu einer Ikone der Zeitgeschichte.⁰⁵

Während die New Yorker und mit ihnen die gesamte amerikanische Nation den Sieg über den Hauptkriegsgegner im Pazifik feierten, lagen weite Teile Japans in Trümmern, Millionen Menschen hatten ihr Leben verloren. Aus den Träumen von der Vorherrschaft in Asien waren die Japaner brutal erwacht. Die innere Ordnung des Landes und sein äußerer Machtanspruch wurden in diesem August 1945 bis auf die Grundfesten erschüttert.⁰⁶ In gewissem Sinne hatte hier, im Pazifik und von Japan ausgehend, der Zweite Weltkrieg mit der japanischen Invasion in der Mandchurie 1931 begonnen, und hier endete er auch: Am 14. August 1945 unterrichtete die kaiserliche Regierung die alliierten Mächte, die auf der Potsdamer Konferenz fixierten Bedingungen für ein

Ende der militärischen Auseinandersetzungen annehmen zu wollen. Am folgenden Tag informierte Kaiser Hirohito, dessen Stimme die überwältigende Mehrheit der Japanerinnen und Japaner noch nie vernommen hatte, die Nation in einer Rundfunkansprache vom Ende des Krieges. Zwei Wochen später rückten US-amerikanische Truppen unter der Führung General Douglas MacArthurs in Japan ein und übernahmen die höchste Regierungsgewalt. Ähnlich wie in Deutschland standen die folgenden Jahre voll und ganz im Zeichen der Besetzung, allerdings wurde in Japan bereits 1946 eine neue Verfassung und damit eine neue politische Ordnung in Kraft gesetzt.

Den Krieg gegen Japan hatten die USA durch den erstmaligen Einsatz von Nuklearwaffen beendet, was weit über das konkrete Geschehen hinaus Bedeutung erlangte, ja neben den beiden Weltkriegen selbst wohl die tiefste Zäsur in der internationalen Politik des 20. Jahrhunderts markierte. Am 6. August 1945 warf die Besatzung der „Enola Gay“, eines Bombers vom Typ B-29, eine einzige Bombe über der japanischen Großstadt Hiroshima ab: eine Uranbombe („Little Boy“), gut 4000 Kilogramm schwer, die eine Sprengkraft von rund 13 Kilotonnen TNT erreichte. Wofür im März des Jahres noch 330 Einsatzflüge dieser Großbomber notwendig gewesen waren, um Tokio weitestgehend zu zerstören, gelang nun mit nur einem einzigen Flug.⁰⁷ Die Wirkung der Explosion war verheerend: Durch die enorme Ent-

faltung von Hitze und Druck verloren 70 000 bis 90 000 Menschen sofort ihr Leben, bis Dezember des Jahres, so die Angaben der Stadtverwaltung von Hiroshima, waren 140 000 Tote zu beklagen (von den 350 000 Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt). Über Nagasaki explodierte drei Tage später eine Plutoniumbombe („Fat Man“), die bis Dezember 1945 70 000 der 270 000 Einwohner der Stadt das Leben kostete. Die Spätfolgen der Strahlenexposition brachten in den Jahren und Jahrzehnten danach für weitere Hunderttausende Menschen langjährige Leiden und vorzeitigen Tod.

Die Bedeutung der beiden Atombombeneinsätze reichte, soviel war bereits den Zeitgenossen bewusst, weit über die Zerstörung der beiden japanischen Städte hinaus. Über die Motive für den Einsatz und darüber, was am Ende für die Entscheidung von US-Präsident Harry S. Truman tatsächlich den Ausschlag gegeben haben mochte, diskutieren Historikerinnen und Historiker bis heute.

Truman erklärte den Einsatz der Atombombe in Hiroshima und der Plutoniumbombe in Nagasaki mit dem Ziel der amerikanischen Führung, das Leben von mindestens 100 000 G.I.s zu retten, das bei einer Invasion der japanischen Hauptinseln als gefährdet eingestuft wurde. Die historische Forschung griff dieses Argument vor einigen Jahren nochmals auf.⁰⁸ Dass andere politische Motive den Ausschlag gegeben haben mochten, hatte sich freilich schon vor dem Einsatz abgezeichnet: Als es im Kontext des 1942 begonnenen „Manhattan-Projekt“, dem amerikanischen Großforschungsprojekt zur Entwicklung einer Atombombe,⁰⁹ am 16. Juli 1945 in der Wüste von New Mexico zum ersten erfolgreichen Test einer solchen Waffe gekommen war, suchte Truman die Nachricht vom „Trinity“-Test während der Verhandlungen in Potsdam umgehend zu nutzen, um Machtvorteile gegenüber dem sowjetischen Staatschef Josef Stalin zu gewinnen. Unbeeindruckt hielt dieser freilich an den in Teheran (28. November 1943) und Jalta (11. Februar 1945) getroffenen Vereinbarungen fest, wonach sowjetische Truppen 90 Tage nach dem Sieg in Europa in das Kriegsgeschehen in Asien und damit gegen Japan eingreifen würden.

01 Vgl. exemplarisch Monika Flacke (Hrsg.), *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*. Katalog zur Ausstellung im Deutschen Historischen Museum, 2 Bde., Mainz 2004.

02 Vgl. die Beiträge in „Deutschland nach 1945“, 2005, www.bpb.de/39595; zuletzt auch Wolfgang Benz, *Wie es zur deutschen Teilung kam. Vom Zusammenbruch zur Gründung der beiden deutschen Staaten*, München 2018.

03 Rede Winston Churchills in Fulton, Missouri, am 5. 3. 1946, <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116180>.

04 Vgl. Keith Lowe, *Der wilde Kontinent. Europa in den Jahren der Anarchie 1943–1950*, Stuttgart 2014.

05 Für eine knappe Einordnung in die US-amerikanische Nachkriegsgesellschaft vgl. Robert Hariman/John Louis Lucaites, *The Times Square Kiss. Iconic Photography and Civic Renewal in U.S. Public Culture*, in: *Journal of American History* 1/2007, S. 122–131.

06 Vgl. zu diesem Abschnitt: Tsuyoshi Hasegawa, *Racing the Enemy. Stalin, Truman, and the Surrender of Japan*, Cambridge MA–London 2005, S. 215ff. Siehe auch den Beitrag von Takuma Melber in dieser Ausgabe.

07 Vgl. Albert I. Berger, *Life and Times of the Atomic Bomb. Nuclear Weapons and the Transformation of Warfare*, New York 2016.

08 Robert James Maddox, *Weapons for Victory. The Hiroshima Decision*, Kansas 2004, S. 59ff., S. 70f., S. 126.

09 Vgl. Richard Rhodes, *The Making of the Atomic Bomb*, New York 1986.

Historiker sehen vor diesem Hintergrund das Hauptmotiv der USA darin, den Krieg in Japan möglichst rasch zu beenden, bevor sowjetische Truppen intervenieren und die UdSSR daraus Ansprüche auf die Mitgestaltung der japanischen Nachkriegsordnung ableiten konnte. Dieses Argument gewinnt insbesondere im Hinblick auf Nagasaki an Gewicht, wenn man berücksichtigt, dass die Sowjetunion tatsächlich am 8. August 1945 in den Krieg gegen Japan eintrat.¹⁰ Für den erkennbar anbrechenden Kalten Krieg war die Atombombe gerade auch in politischer Hinsicht eine „Siegerwaffe“,¹¹ und so kann man durchaus zugespitzt argumentieren, Hiroshima sei der „letzte amerikanische Einsatz im Zweiten Weltkrieg und Nagasaki der erste im Kalten Krieg“ gewesen.¹² Eine andere Position erkennt in der Verwendung nuklearer Waffen einen (weiteren) Ausdruck einer rassistisch begründeten Geringschätzung, ja Verachtung der Asiaten, namentlich der Japaner, seitens der US-amerikanischen Gesellschaft und Politik, die den Krieg ohne Rücksicht auf die menschlichen Kosten auf japanischer Seite beenden wollten.¹³

Wie auch immer: Hiroshima und Nagasaki stehen für einen Wendepunkt in der internationalen Politik, die in den folgenden Jahren unter dem Vorzeichen des US-amerikanischen Atomwaffenmonopols stand. Erst ab 1949 verfügte auch die Sowjetunion über nukleare Waffen; 1952 folgten das Vereinigte Königreich, 1960 Frankreich, 1964 China. Weitere Staaten sind seitdem hinzugekommen beziehungsweise entwickeln Atomwaffen, was bis heute beträchtliche Probleme für die internationale Sicherheit nach sich zieht.

Das eklatante Sicherheitsproblem war 1945 bereits absehbar, stellten nukleare Waffen doch eine weit ausgreifende existenzielle Bedrohung und ein riesiges Machtmittel dar. Daher setzten nach Hiroshima und Nagasaki Bemühungen ein, zum einen die amerikanischen Nuklearkapazitäten möglichst internationaler Kontrolle zu unterstellen, zum anderen die weitere Verbreitung nuklearer Waffen zu unterbinden. Darin waren sich die Außenminister der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion durchaus einig, als sie auf ihrer Kon-

ferenz in Moskau im Dezember 1945 beschlossen, eine neuzugründende Kommission der Vereinten Nationen mit diesen Aufgaben zu betrauen. Am 24. Januar 1946 wurde die United Nations Atomic Energy Commission etabliert, im Juni 1946 folgte der US-amerikanische Baruch-Plan, der die Internationalisierung des amerikanischen Nukleararsenals und internationale Kontrollen vorsah, wofür die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt allerdings schon nicht mehr zu gewinnen war.¹⁴ Es war somit bereits zu erahnen, dass die Internationalisierung der Kontrolle misslingen und es bis auf Weiteres keine weiteren erfolgversprechenden Initiativen der Völkergemeinschaft geben würde, gemeinsam die zivile Nutzung der Kernenergie voranzutreiben und die militärische zu bannen, mochten auch immer wieder entsprechende Versuche unternommen werden.

VEREINTE NATIONEN: EINE NEUE ÄRA?

Mit dem sowjetischen Nein zu einem internationalen Atomwaffen-Kontrollregime unter dem Dach der Vereinten Nationen erlitt die neue Organisation der Völkergemeinschaft schon wenige Monate nach ihrer Gründung einen empfindlichen Rückschlag. Wie groß hingegen waren die Hoffnungen gewesen, als sich die Vertreter von 50 Staaten vom 25. April bis zum 26. Juni 1945 in San Francisco trafen, um abschließend über eine neue Weltorganisation zu beraten. Die entscheidenden Weichen dafür waren, angestoßen von US-Präsident Franklin D. Roosevelt, bereits in mehreren alliierten Absprachen während des Krieges gestellt worden; dann hatten, vom 21. August bis zum 7. Oktober 1944, Abgesandte der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Chinas in Dumbarton Oaks, einem Landsitz in Washington, D. C., beraten, wie die auf der Moskauer Erklärung von 1943 vereinbarte internationale Organisation auszugestaltet wäre. Erste Konturen des neuen Systems kollektiver Sicherheit waren erkennbar geworden.

In San Francisco nun wurde die Charta der Vereinten Nationen verabschiedet, deren Präambel nichts an Ehrgeiz und Friedenswillen zu wünschen übrig ließ:

¹⁰ Vgl. Hasegawa (Anm. 6).

¹¹ Gregg Herken, *The Winning Weapon. The Atomic Bomb in the Cold War, 1945–1950*, Princeton 1981.

¹² Campbell Craig/Sergey S. Radchenko, *The Atomic Bomb and the Origins of the Cold War*, New Haven–London 2008, S. 89.

¹³ Vgl. Ronald Takaki, *Hiroshima: Why America Dropped the Atomic Bomb*, Boston 1995.

¹⁴ Vgl. Craig/Radchenko (Anm. 12), S. 111–161; Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991*, München 2007, S. 11–14.

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen,

- künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat,
- unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen,
- Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können,
- den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern, (...)

haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.“¹⁵

In diesen Worten werden die zermürbenden Erfahrungen langer Kriegsjahre ebenso erkennbar wie die ernüchternde Bilanz des ersten Versuchs, durch eine internationale Organisation dauerhaften Frieden zu schaffen: des Völkerbundes, der wie die UN auf amerikanische Initiative 1919 gegründet worden war, dem die USA selbst jedoch nie beigetreten waren. Den Völkerbund indes einseitig und ausschließlich als gescheitert zu verurteilen, wäre angesichts der neueren historischen Forschung vor allem zu seinen Unterorganisationen, aber auch zur Konzeption kollektiver Sicherheit wenig angebracht.¹⁶ Nicht von der Hand zu weisen ist allerdings, dass er sich in Anbetracht der großen internationalen Krisen und der offen revisionistischen Politik namentlich Japans, Italiens und Deutschlands seit Beginn der 1930er Jahre als machtlos erwiesen hatte.¹⁷

Nun, 1945, sollte es besser gehen. Mit 50 (mit dem die Charta wenig später unterzeichnenden Polen 51) Gründungsmitgliedern war die Basis von Anfang an breiter als diejenige des Völker-

bundes (32 Gründungsstaaten). Ganz ohne Frage stand fest, dass sich die USA, anders als 1919, an der neuen Weltorganisation aktiv beteiligen würden. Ihr neuer Status als globale Hegemonialmacht manifestierte sich in einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, in dessen Zusammensetzung sich im Übrigen bis heute, ganz ungeachtet der politischen Entwicklungen seit 1945, die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges erkennen lassen: Neben den USA sind nur das Vereinigte Königreich, Frankreich, Russland und China ständige Mitglieder.

Zu den kritischen Fragen bei Kriegsende vermochten die UN freilich keine zukunftsweisenden Beiträge zu leisten. Im Grunde konnten sie erst nach dem Ende des Kalten Krieges Wirkmächtigkeit erlangen und sich seither als wichtiger Akteur in der internationalen Politik positionieren.¹⁸ 1945 und in den folgenden Jahren hingegen erwiesen sich die Vereinten Nationen als ein wenig geeignetes Forum, um die nukleare Frage einzuhegen.¹⁹ Auch andere Fragen blieben ungelöst, solange sich die Mitglieder des Sicherheitsrates uneins waren und keine Kompromisse schließen mussten, weil jedes von ihnen über ein Vetorecht verfügte.

Gerade in der anstehenden Dekolonisation setzten die UN kaum ein wirksames Signal. Gewiss: Die Charta sprach von „Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker“ (Artikel 1), zugleich aber schrieb sie das Mandatssystem des Völkerbundes in Gestalt des Treuhandsystems fort (Artikel 75–91). Nicht daran gedacht war 1945, die Abhängigkeit vieler Gesellschaften von ausländischen Staaten grundsätzlich zu beenden, allenfalls als Fernziel war dies erkennbar. Bis dahin oblag es den Treuhändern, „den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und erzieherischen Fortschritt der Einwohner der Treuhandsgebiete und ihre fortschreitende Entwicklung zur Selbstregierung oder Unabhängigkeit (...) zu fördern“ (Artikel 76 b), was die entsprechenden Bestimmungen der Völkerbundakte bruchlos aufnahm. Und auch in der Vergabe der *trusteeships* zeigte sich viel Kontinuität: Großbritannien, Frankreich und Belgien blieben Treuhänder, die USA kamen neu hinzu, Japan verlor sein Mandat. In dieser Hinsicht jedenfalls war 1945 keine Zäsur.

¹⁵ Charta der Vereinten Nationen, Präambel, 26.6.1945, <https://unric.org/de/charta>.

¹⁶ Vgl. Derek Macfadyen et al., Eric Drummond and His Legacies. The League of Nations and the Beginnings of Global Governance, London 2019.

¹⁷ So das nüchterne Fazit von Madeleine Herren, Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte internationaler Ordnung, Darmstadt 2009, S. 62.

¹⁸ Vgl. Karen A. Mingst/Margaret P. Karns, The United Nations in the Post-Cold War Era, New York 2019².

¹⁹ Vgl. Derek Boothby, Disarmament: Successes and Failures, in: Jean E. Krasno (Hrsg.), The United Nations. Confronting the Challenges of Global Society, London 2004, S. 193–224.

POSTKOLONIALES ZEITALTER?

Als tiefen Einschnitt wird man zumindest auf den ersten Blick die Ereignisse von 1945 für die europäischen Kolonialgebiete in Asien und Afrika nicht bezeichnen können. Mit dem aggressiven Ausgreifen Japans im pazifischen Raum waren die dortigen Kolonien der Europäer unter massiven Druck geraten: 1941/42 hatte Japan die Kontrolle nicht nur über die – bis dato von den USA beherrschten – Philippinen und über die britisch dominierte malaiische Halbinsel erlangt, sondern war auch nach Niederländisch-Ostindien (Indonesien) vorgezogen. In (Französisch-)Indochina hatte Japan zunächst mit der Vichy-Regierung kollaboriert, die japanische Interessen in der Region mit durchgesetzt hatte, bis im März 1945 Japan doch noch die direkte Herrschaft übernommen hatte. Der neue Hegemon in dieser Region hatte panasiatische Visionen vermittelt, obendrein, gegen die Europäer gerichtet, nationalistische Bestrebungen nach Kräften gefördert und teils schlagkräftige nationale Armeen aufgebaut. Als gegen Ende des pazifischen Krieges absehbar geworden war, dass eine japanische Expansion in dieser Region nicht von Dauer sein würde, stellte Tokio die Weichen auf Unabhängigkeit.²⁰

Am 11. März 1945 erklärte der vietnamesische Kaiser Bảo Đại auf japanische Initiative die Unabhängigkeit seines Landes. Die Könige Laos' und Kambodschas taten es ihm kurze Zeit später gleich. Doch Bảo Đại hatte der während des Krieges stark gewachsenen kommunistischen Bewegung nichts entgegenzusetzen; er trat ins zweite Glied zurück, als am 2. September 1945 Hồ Chí Minh, der Führer der während des Krieges von den USA unterstützten Việt Minh, in Hanoi die unabhängige Demokratische Republik Vietnam ausrief. In Indonesien hatten die Japaner im September 1944 entsprechende Aussichten auf Unabhängigkeit eröffnet. So kam es keineswegs überraschend, dass auch dort die Nationalbewegung kraftvoll in das mit der japanischen Niederlage entstehende Machtvakuum hineinstieß: Am 17. August 1945 erklärte Präsident Sukarno die Unabhängigkeit Indonesiens und bildete kurz darauf eine Regierung.²¹

20 Ich folge in diesem Kapitel Jan C. Jansen/Jürgen Osterhammel, *Dekolonisation. Das Ende der Imperien*, München 2013; Marc Frey, *Dekolonisierung in Südostasien. Die Vereinigten Staaten und die Auflösung der europäischen Kolonialreiche*, München 2006, S. 61 ff.

21 Vgl. Dietmar Rothermund, *Delhi, 15. August 1947. Das Ende kolonialer Herrschaft*, München 1998, S. 55.

Nach der Kapitulation Japans war zunächst unklar, wie die europäischen Mächte ihre Herrschaft in der Region wiederherstellen könnten – dass sie fest dazu entschlossen waren, stand indes außer Frage. Als einzige der drei europäischen Kolonialmächte waren vorerst die Briten mit Truppen präsent, die sie nicht nur in Singapur und Malaya, wo sie bereits am 5. September 1945 landeten, sondern auch in Indochina einsetzten. Ein britisches Kommando traf am 6. September 1945 in Saigon ein, gegen Ende des Monats waren erste französische Einheiten vor Ort. Bis zum Jahresende hatten britisch-indische und französische Truppen die Kontrolle über Saigon und den Süden des Landes wieder errungen; im März 1946 verließen die letzten britischen Truppen das Land. Frankreich führte den Krieg weiter. In Indonesien landeten ebenfalls zunächst britische Einheiten, und es dauerte bis zum Frühjahr 1946, bis niederländische Truppen die Kontrolle über große Teile der Inseln gesichert hatten. Von vollständiger Wiedereinnahme waren sie freilich weit entfernt, im Gegenteil: Wie in Indochina folgten in Indonesien nun lange Jahre eines außerordentlich brutalen, immer wieder von Gewaltexzessen geprägten Rekolonisierungskrieges. Am Ende blieben die Niederlande wie auch Frankreich erfolglos: Erstere zogen 1949 ab, Indonesien wurde unabhängig; während Letzteres in Indochina bis 1954 weiterkämpfte, schließlich aber auch kapitulieren musste. Bis zur nationalen Einheit in Unabhängigkeit von Vietnam, Laos und Kambodscha dauerte es noch bis 1975, weil die USA den französischen Krieg unter schärferen antikommunistischen Vorzeichen bis 1975 fortführten.

Rückblickend mag man den Einsatz der Niederlande, Großbritanniens und Frankreichs für die Rückeroberung ihrer Kolonien im Gesamtblick auf die Umbruchszeit 1945 als von vornherein verlorene Sache charakterisieren. Aus zeitgenössischer Perspektive der Europäer nahm sich dies jedoch anders aus: Frankreich und Großbritannien waren überzeugt, ihren Status als globale Macht nur bewahren zu können, wenn sie Kolonialmächte blieben. Die Niederlande fürchteten, ihre Rolle in Europa ohne Kolonialbesitz würde sich auf das Maß eines zweiten Dänemarks reduzieren. Das war die politische Seite der Rekolonisierung. Doch auch in ökonomischer Hinsicht erschien der freie Zugang zu den Kolonialgebieten unverzichtbar: Von dort bezogen die Europäer wichtige Rohstoffe (vor allem Gummi, Kautschuk, Zinn), dort hatten sie investiert (vor allem französische Anleger in Indochina), und dort

fanden sich gute Absatzmärkte für europäische Fertigprodukte. In Anbetracht der schwierigen ökonomischen Situation in Europa 1945 erschien es zwingend, diese Handelsbeziehungen unter kolonialen Vorzeichen aufrechtzuerhalten.

Für die Kolonisierten markierte das Kriegsende 1945 einen Moment der Hoffnung. Denn die europäische Herrschaft hatte nicht erst mit der japanischen Besatzung und ihrer Propaganda von asiatischer Überlegenheit an Legitimität verloren, sondern befand sich spätestens seit dem Kriegsende 1919 in einem Prozess stetiger Erosion. Der „Wilsonian Moment“²² 1918/19 hatte zwar weiterhin die Erwartung geweckt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker setze sich auch in den kolonialen Räumen durch; doch die Realität nach dem Ersten Weltkrieg stand zu diesen Erwartungen in äußerst spannungsreicher Beziehung. Immer wieder war es nach 1919 zu Zusammenstößen nationalistischer, darunter auch kommunistischer Bewegungen mit den europäischen Kolonialisten gekommen, nicht nur in Südostasien, sondern auch in Asien und Afrika. In Indien sah sich die britische Herrschaft durchaus massiv herausgefordert. Und wie prekär die französische Herrschaft selbst in Nordafrika, in Algerien, dem engsten an die Metropole gebundenen außereuropäischen Territorium, tatsächlich längst war, belegten 1945 die erschütternd blutigen Zusammenstöße zwischen Protestierenden und französischen beziehungsweise kolonialen Ordnungskräften. Zehntausende Opfer waren allein in Sétif und dem Département Constantine zu beklagen,²³ und die Erinnerung daran verankerte sich im Bewusstsein der auch dort erstarkenden nationalistischen Bewegung, die sich dann ab 1954 Bahn brach.

Im arabischen Raum setzten sich die Konflikte der Zwischenkriegszeit fort, ja, gewannen sogar an Virulenz.²⁴ Die Gründung der Arabischen Liga im März 1945 zeigte, dass die arabischen Staaten

unter Führung Ägyptens entschlossen waren, sich nicht nur europäischem Einfluss, sondern auch und vor allem dem Projekt eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina entgegenzustellen. Neben Ägypten und dem Jemen gehörten der Arabischen Liga die vormals britischen Mandatsgebiete Irak und Transjordanien (1932 beziehungsweise 1946 unabhängig) sowie die ehemaligen französischen Mandatsgebiete Libanon und Syrien (1943 beziehungsweise 1946 unabhängig) an. Großbritannien blieb vorerst in Palästina präsent, erwies sich in Anbetracht wachsender jüdischer Einwanderung und zunehmender Gewalt seitens der Araber wie auch der Zionisten aber als vollkommen überfordert, Gesetz und Ordnung aufrechtzuerhalten und sich als legitime Ordnungsmacht durchzusetzen. Und auch die Vereinten Nationen scheiterten als Friedensmacht in der Region, als sich die Konflikte um die Staatsgründung Israels 1947/48 gewaltvoll zuspitzten.

Dass die europäischen Großmächte fortan ihren Einfluss in dieser Region nicht mehr ohne US-amerikanische Unterstützung ausüben können, offenbarte sich vielleicht am deutlichsten in Iran: Traditionell unter dem Einfluss Großbritanniens – nun jedoch zunehmend auch für Russland beziehungsweise die Sowjetunion interessant –, erlebte das Land seit 1942 den Aufstieg der USA zur bedeutendsten externen Macht in der Region. Den mit Kriegsende am 8. Mai 1945 vereinbarten Rückzug der sowjetischen Truppen konnten die Briten nur mit kräftiger US-amerikanischer Unterstützung durchsetzen. Mit dem von der CIA geförderten Putsch 1953 übernahmen die USA vollends die Rolle der Vormacht in Iran.²⁵

Aus alledem wird deutlich: Die beiden großen europäischen Weltmächte, das Vereinigte Königreich und Frankreich, waren 1945 nicht mehr als Weltmächte auf Abruf. Frankreich war durch die Niederlage 1940 und vier Jahre deutsche Besatzung erheblich geschwächt; erst 1944 mit dem Sieg der Kräfte des Freien Frankreichs unter Führung Charles de Gaulles gelang es, sich im letzten Moment als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges zu positionieren. Die folgenden Jahre der IV. Republik (1946–1958) standen im Zeichen innenpolitischer Probleme.²⁶

22 Erez Manela, *The Wilsonian Moment, Self-Determination and the Origins of Anticolonial Nationalism*, New York 2007.

23 Diese Zahlen nennt Jean-Louis Planche, *Sétif 1945. Chronique d'un massacre annoncé*, Paris 2010, S. 9. Offizielle (französische) Stellen sprachen von 1500, die algerische Befreiungsbewegung FLN nannte 40000 Opfer; zwischen diesen beiden Extremen dürfte die tatsächliche, nicht vollends zu verifizierende Zahl liegen. Vgl. Bernard Droz/Evelyne Lever, *Histoire de la guerre d'Algérie 1954–1962*, Paris 1982, S. 32.

24 Vgl. zum Folgenden Henner Fürtig, *Zwischen Kolonialismus und Nationenbildung*, in: *Informationen zur politischen Bildung* 331/2016, S. 20–29.

25 Vgl. Stöver (Anm. 14), S. 54f.

26 Vgl. Matthias Waechter, *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, München 2019, S. 274–311.

Doch auch Großbritannien, Metropole eines weltumspannenden Kolonialreiches und nach der „Battle of Britain“, der Abwehr des deutschen Angriffs 1940, nicht nur militärischer, sondern auch moralischer Sieger über NS-Deutschland und dessen Verbündete, verließ die Schlachtfelder in Europa, Afrika und Asien mehr als angeschlagen. Aus eigener Kraft nach den Friedensschlüssen im Mai/August 1945 das Empire wieder einzunehmen und auf Dauer zu stabilisieren, vermochte das Vereinigte Königreich nicht mehr. Zu hoch waren die Kosten des Krieges, als dass die Formel *Rule Britannia* noch hätte Geltung beanspruchen können. Tatsächlich kehrten in Großbritannien ab 1945 Jahre der Austerität ein,²⁷ das Land war bei den USA hoch verschuldet und von amerikanischen Krediten abhängig, das Pfund Sterling hatte seinen Rang als internationale Leitwährung spätestens in Bretton Woods 1944 an den US-Dollar verloren.

Dass die Briten ihrer Weltmachtrolle selbst ein wenig überdrüssig waren und sich nach gesellschaftlichen Reformen im Frieden sehnten, signalisierten die Parlamentswahlen im Juli 1945 aufs Deutlichste: Der konservative Kriegsheld Winston Churchill erhielt keine Mehrheit mehr, stattdessen errang die Labour Party unter Clement Attlee mit ihrem reformerischen Programm einen erdrutschartigen Wahlsieg und stellte bis 1950 die Regierung, die das Land nun vollends aus dem Krieg herausführen sollte.

FAZIT

Wollten die Europäer fortan noch etwas gelten in der Welt, so ging dies nur, wenn sie untereinander Frieden hielten und ihre Anstrengungen im Wiederaufbau des Kontinents vereinten. Auch hierfür waren 1945 erste Initiativen erkennbar, doch selbst die entfalteten sich so richtig erst mit US-amerikanischer Unterstützung.²⁸

Die Zukunft aber gehörte den nach Unabhängigkeit von europäischer Herrschaft strebenden Gesellschaften, zuerst in Asien, dann in Afrika.²⁹ Sie adaptierten das westliche Modell des souveränen Territorialstaates und forderten Selbstbestim-

mung ein. Dies war 1945 noch nicht einlösbar, nirgends brachte das Ende des Zweiten Weltkrieges echte Unabhängigkeit. Stattdessen folgten zähe, oftmals blutige Rückzugsgefechte der Europäer. Erst drei Jahrzehnte nach Kriegsende, um 1975, waren die europäischen Kolonialreiche im Großen und Ganzen aufgelöst, von wenigen Resten abgesehen; darunter die britische Kronkolonie Hongkong, die erst 1997 an die Volksrepublik China übergeben wurde. Für diese Entwicklungen hin zur Unabhängigkeit und zu souveräner Staatlichkeit setzte das Kriegsende 1945 sicherlich einen wirkmächtigen Impuls, bildete aber keine Zäsur im Sinne eines grundsätzlichen Umschwungs. Vielmehr setzte sich hier ein Prozess fort, der nach dem Ersten Weltkrieg begonnen hatte.

Die Zukunft 1945 gehörte auch den Vereinten Nationen, die das Versprechen kollektiver Sicherheit und einer freien und gerechten Weltordnung institutionalisierten. Nach dem misslungenen Experiment des Völkerbundes setzten sie mit ihrer Charta und 1948 mit ihrer Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die Maßstäbe, an denen sich internationale Politik und das Handeln jedes einzelnen Staates fortan messen lassen musste. Das allein ist nicht geringzuschätzen. Zu einem selbstständigen, durchsetzungsfähigen Akteur in der internationalen Politik wurden die UN freilich erst, nachdem sich die bipolare Weltordnung mit dem Ende des Kalten Krieges auflöste.

Die unmittelbare Zukunft gehörte 1945 daher den beiden Weltmächten USA und Sowjetunion, die für die folgenden gut vier Jahrzehnte die globale Ordnung im Wesentlichen prägten. Ungeachtet der immensen Unterschiede im Hinblick auf Erfahrungen und Folgen des Weltkrieges vermochten es diese beiden Staaten, in ihren jeweiligen Hemisphären nahezu ungehindert ihre eigenen Interessen durchzusetzen und zugleich auch globale Entwicklungen zu beeinflussen. Dies gelang ihnen, weil sie es verstanden, über das eigene Land hinaus Verbündete zu finden und in ihren Einflussbereichen die Gegner ihrer Ordnungsvorstellungen unter Kontrolle zu halten. Auch deshalb gilt: 1945 markiert das Ende der europäischen Welt.

GABRIELE METZLER

ist Professorin für die Geschichte Westeuropas und der transatlantischen Beziehungen an der Humboldt-Universität zu Berlin.

gabriele.metzler@geschichte.hu-berlin.de

²⁷ Vgl. Thomas Mergel, Großbritannien seit 1945, Göttingen 2005, S. 53ff.

²⁸ Vgl. Gerhard Brunn, Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Stuttgart 2002, S. 34–49.

²⁹ Einen Überblick bieten Jansen/Osterhammel (Anm. 20).

DAS LEID DER EIGENEN

1945 in der japanischen Erinnerungskultur

Takuma Melber

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg spielte in Japan in den unmittelbaren Monaten und Jahren nach Beendigung der Kriegshandlungen im asiatisch-pazifischen Raum zunächst nur eine Nebenrolle. Nach der Kapitulation Japans am 15. August 1945 war das Land in nahezu allen gesellschaftsrelevanten Bereichen zuvorderst mit dem Wiederaufbau beschäftigt. Eine Ausnahme bildete lediglich das frühzeitig einsetzende Gedenken an den Atombombenabwurf auf die im Südwesten der Insel Honshū gelegene Stadt Hiroshima, deren Einwohnerinnen und Einwohner dem ersten kriegerischen Nuklearwaffeneinsatz der Menschheitsgeschichte zum Opfer gefallen waren.

Um Japan militärisch endgültig in die Knie und zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen, hatte die US-Luftwaffe am Morgen des 6. August 1945 vom Langstreckenbomber „Enola Gay“ des Typs Boeing B-29 „Superfortress“ aus eine Uranbombe über Hiroshima abgeworfen. Die amerikanischen Militärstrategen hatten die Stadt wegen ihrer für Japans Kriegsführung als wichtig erachteten militärischen und industriellen Anlagen zum Ziel auserkoren. Durch die Detonation kamen rund 70 000 bis 80 000 Menschen unmittelbar zu Tode – neben der lokalen Zivilbevölkerung auch eine große Zahl koreanischer und chinesischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Viele Tausende erlagen in den Monaten darauf den Folgen des Abwurfes, sodass die Gesamtzahl der Opfer bis Ende 1945 auf über 140 000 anstieg.

Zweieinhalb Jahre nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima, der gemeinsam mit dem zweiten über Nagasaki am 9. August 1945 als „nationales Schockmoment“ gilt, besuchte Kaiser (*Tennō*) Hirohito im Dezember 1947 Hiroshima. Filmaufnahmen zeigen ihn, wie er nahe der „Atombombenkuppel“, der Ruine der Industrie- und Handelskammer, zur Stadtbevölkerung spricht. Wie kein zweites Bauwerk symbolisiert das ausgebrannte Kuppelgebäude, das 1996 in die

Weltkulturerbe-Liste der UNESCO aufgenommen wurde, die Tragödie des „japanischen Augusterlebnisses“ von 1945. Es ist heute lokaler, nationaler und globaler Erinnerungsort, visuelles Mahnmal und Friedenszeichen zugleich.⁰¹

Doch die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Japan ist keineswegs nur von Hiroshima geprägt. Es gibt zahlreiche weitere Gedenk- und Erinnerungsorte, und auch Medien von Schulbüchern bis zu Zeichentrickfilmen tragen zur Tradierung bestimmter Bilder und Sichtweisen bei. Auf welche Art und Weise dies geschieht, welche Erzählungen dabei im Vordergrund stehen und inwiefern das Jahr 1945 dabei eine besondere Rolle spielt, wird im Folgenden anhand einiger Beispiele dargelegt.

GEDENKEN UND DEBATTEN UM DIE ATOMBOMBENABWÜRFE

Seit 1947 ertönt die Friedensglocke von Hiroshima alljährlich am 6. August um Punkt 8.15 Uhr – dem Zeitpunkt, als die Bombe detonierte –, gefolgt von einer Schweigeminute, um der Toten zu gedenken. In diesem Moment hält das Leben in Japan für einen Augenblick inne. Im Rahmen der Friedenszeremonie appelliert Hiroshimas jeweils amtierender Bürgermeister von Jahr zu Jahr aufs Neue, nukleare Waffen abzuschaffen und für den Frieden in der Welt einzutreten. Im 1948 konzipierten Friedenspark von Hiroshima (*Hiroshima Heiwa Kinen Kōen*) befindet sich seit 1955 auch das Friedensmuseum (*Heiwa Kinen Shiriyōkan*), das in seiner Dauerausstellung ebenfalls die pazifistische Botschaft „Nie wieder Krieg“ transportiert und Japans Militarismus der Kriegs(vor)jahre gerade für japanische Verhältnisse vergleichsweise offen kritisiert.

Über 70 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben betrat 2016 erstmals ein amtierender US-Präsident den Friedenspark von Hiroshima: Gemeinsam mit dem japanischen Premierminister



„Atombombenkuppel“ in Hiroshima.

Quelle: picture alliance/imageBROKER (Fotograf: Moritz Wolf)

Abe Shinzō⁰² besuchte Barack Obama die wohl wichtigste nationale Gedenkstätte Japans, um das Streben nach einer atomwaffenfreien Welt und Weltfrieden zu betonen. Zugleich untermauerte der gemeinsame Besuch der beiden Staatsmänner die japanisch-amerikanische Freundschaft, die heute von den Regierungen beider Länder als geradezu selbstverständlich angesehen wird. Eine Entschuldigung für die Atombombenabwürfe brachte aber auch Obama an diesem symbolträchtigen Erinnerungsort nicht über die Lippen. Schließlich war es doch das Japanische Kaiserreich gewesen, das die USA mit dem Überraschungsangriff auf Pearl Harbor im Dezember 1941 in den Krieg gestürzt hatte.⁰³

Ob der Einsatz der Atombomben im August 1945 militärisch zwingend erforderlich war, wird bis heute kontrovers diskutiert: Henry L.

Stimson, dem als US-Kriegsminister das gesamte „Manhattan Project“ zur Atombombenentwicklung direkt unterstanden hatte, betonte erstmals 1947 in einem Aufsatz und ein Jahr darauf in seinen Memoiren, dass erst die Atombombenabwürfe Japans politische und militärische Führung zur Kapitulation veranlasst hätten. Die Atombomben hätten eine alliierte Invasion Japans verhindert und damit Abertausenden US-Soldaten, aber auch japanischen Kombattanten und Zivilisten das Leben gerettet.⁰⁴

Dagegen vertraten andere amerikanische und britische Autoren schon früh die Meinung, dass Japans militärische Lage auch und gerade aufgrund des früheren Kriegsendes in Europa aussichtslos und das Land bereits Anfang August 1945 faktisch geschlagen war. Militärstrategisch betrachtet sei der Einsatz der Atombomben daher unnötig gewesen und somit nicht zu rechtfertigen. Vielmehr habe es sich um eine Machtdemonstra-

01 Vgl. als deutschsprachige Einführung in den Themenkomplex „Hiroshima“ Florian Coulmas, *Hiroshima. Geschichte und Nachgeschichte*, München 2010.

02 Japanische Eigennamen werden hier in der japanisch üblichen Reihenfolge wiedergegeben: Familienname, Vorname.

03 Vgl. Takuma Melber, *Pearl Harbor. Japans Angriff und der Kriegseintritt der USA*, München 2016.

04 Vgl. Henry Lewis Stimson, *The Decision to Use the Atomic Bomb*, in: *Harper's Magazine* 194/1947, S. 97–107; ders./Mac-George Bundy, *On Active Service in Peace and War*, New York 1948.

tion gegenüber der Sowjetunion gehandelt. Hiroshima und Nagasaki seien daher viel stärker als militärischer Auftakt des Kalten Krieges denn als militärischer Endpunkt des Zweiten Weltkrieges zu verstehen.⁰⁵

In Japan selbst hatte es unmittelbar nach dem Kriegsende zunächst keine Diskussion über den militärischen Sinn und die Verhältnismäßigkeit der Atombombenabwürfe gegeben. Das hatte einen einfachen Grund: Japan war einer alliierten, de facto US-amerikanischen Besatzung unterstellt, die es untersagte, den Atomwaffeneinsatz kritisch zu hinterfragen. Dies änderte sich erst, nachdem am 8. September 1951 im Friedensvertrag von San Francisco das Ende der Besatzung besiegelt und Japan 1952 wieder unabhängig geworden war. In der japanischen Geschichtsschreibung wurde nun insbesondere von marxistischen Autorinnen und Autoren der amerikanische Atombombeneinsatz als primär ideologische, antisowjetische Maßnahme hervorgehoben, die im Kontext des sich 1945 bereits abzeichnenden Kalten Krieges zu sehen sei. Wenig überraschend wurden die Diskussionen darum während der Zeit des Vietnamkrieges mit besonderer Heftigkeit geführt.

Mitte der 2000er Jahre erweiterte vor allem der Historiker Hasegawa Tsuyoshi die Diskussion um die Notwendigkeit des Atomwaffeneinsatzes: Der Experte für sowjetische und russische Geschichte vertrat in einer Studie zum Ende des Pazifikkrieges die Ansicht, dass es in erster Linie gar nicht die Atombombenabwürfe gewesen seien, die das vermeintlich nicht kapitulationsbereite Japan in die Knie gezwungen hätten. Vielmehr wären die sowjetische Aufkündigung des Neutralitätspaktes mit Japan und der Einmarsch der Roten Armee in die Mandschurei am 8. August 1945, also zwischen den Atomschlägen auf Hiroshima und Nagasaki, dafür entscheidend gewesen.⁰⁶ Auch wenn sich die innerjapanische und internationale Pazifikkriegsforschung uneins sind, ob nun primär die Atombomben oder doch die Kriegserklärung der Sowjetunion die japanischen Entscheidungsträger zur Kapitulation bewegten, steht doch fest, dass neben Hiroshima auch der sowjetisch-japanische Krieg am Ende des Zweiten Weltkrieges heute einen festen Platz in Japans nationaler Erinnerung hat.

05 Vgl. Coulmas (Anm. 1), S. 16–19; Robert Takaki, *Hiroshima: Why America Dropped the Atomic Bomb*, New York 1995.

06 Vgl. Tsuyoshi Hasegawa, *Racing the Enemy. Stalin, Truman, and the Surrender of Japan*, Cambridge MA–London 2005.

Seine Folgen wirken sich politisch bis heute aus: Drei Tage nachdem Kaiser Hirohito per Radioansprache die Kriegsniederlage eingestanden und Japan gegenüber den USA kapituliert hatte, besetzten sowjetische Truppen die in Nordost-Japan gelegene Inselgruppe der Kurilen. Seitdem fordert Japan deren Rückgabe, wobei sowohl die USA als auch die Europäische Union das japanische Bestreben unterstützen. Bis heute haben Japan und Russland keinen Friedensvertrag geschlossen. Zwar haben sich die Regierungen beider Länder in der jüngeren Vergangenheit vermeintlich angenähert und Japans Premierminister Abe Shinzō und der russische Präsident Wladimir Putin zumindest Gespräche über die Inseln geführt. Aber da diese keine konkreten Ergebnisse brachten, ist der Kurilenkonflikt nach wie vor ungelöst.

Dies wiederum spült Wasser auf die Mühlen rechtskonservativer und ultranationaler Kräfte in Japan: Sie nutzen die ungelösten territorialen Streitigkeiten um die Kurilen, aber auch um die bis zum Kriegsende japanisch verwaltete, mittlerweile an Südkorea verloren gegangene und von japanischer Seite beanspruchte Insel Takeshima, um Japan im eigenen Land als Opfer des Zweiten Weltkrieges zu stilisieren. Gebietsstreitigkeiten nach dem Krieg, wie sie etwa in Deutschland längst ad acta gelegt sind, nehmen damit einen nicht zu unterschätzenden Einfluss darauf, wie der Zweite Weltkrieg in der japanischen Erinnerung überliefert wird – nämlich auch als eine Zeit des ungerechtfertigten Verlustes.

GEDENK- UND ERINNERUNGSORTE

In der lokalen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg nehmen die letzten Wochen und Monate sowie das Ende des Krieges eine zentrale Rolle ein. Dass dies in Hiroshima und Nagasaki der Fall ist, liegt nahe. Doch gilt dies auch für das Gedenken an den Bombenkrieg allgemein: 2002 wurde das „Archiv zum großen Luftangriff auf Tōkyō“ (*Tōkyō Daikūshū Sensai Shiriyō Sentā*) eröffnet, um die Erinnerung an die alliierten Luftangriffe auf Japans Hauptstadt aufrechtzuerhalten. Im Mittelpunkt steht dabei das Flächenbombardement in der Nacht vom 9. auf den 10. März 1945, dem verheerendsten und verlustreichsten konventionellen Luftangriff der Geschichte. Ähnlich wie in Hamburg oder Dresden wurden da-

bei große Teile der Stadt durch einen Feuersturm in Schutt und Asche gelegt, Schätzungen zufolge gab es zwischen 80 000 und 120 000 Todesopfer.⁰⁷

In der zweiten großen Metropole des Landes, Ōsaka, wurde bereits 1991 das „Peace Ōsaka“ genannte Museum errichtet, um an die US-amerikanischen Bombenangriffe zwischen Dezember 1944 und August 1945 und speziell an die fünf schwersten Angriffe zwischen März und August 1945 sowie die damit verbundenen Entbehrungen und das Leid der lokalen Zivilbevölkerung zu erinnern.

Auch in eher peripheren Gegenden des Landes dominiert das Jahr 1945 die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg: Als ein Beispiel sei die Stadt Tokushima angeführt, die auf Shikoku liegt, der kleinsten der vier japanischen Hauptinseln. Ein Turm auf dem Berg Bizan, der ein beliebtes touristisches Ziel ist, eröffnet den Besucherinnen und Besuchern eine wunderbare Aussicht über die Stadt und die Meeresbucht. Zugleich stoßen sie hier unweigerlich auf eine bebilderte Informationstafel, die das infolge des großen Bombenangriffes vom 4. Juli 1945 zerstörte Stadtbild Tokushimas zeigt. Daneben hängt die Alarmglocke, mit der die Zivilbevölkerung damals vor den nahenden US-Bomberstaffeln gewarnt wurde. Heute dürfen die Besucher sie betätigen.

Auf der im Südwesten Japans gelegenen Inselgruppe Okinawa fokussiert die Kriegserinnerung ebenfalls auf 1945, was indes kaum überrascht. Schließlich war die von April bis Juni 1945 geführte Schlacht um Okinawa eine der blutigsten und verlustreichsten militärischen Auseinandersetzungen der letzten Kriegsmonate: Es fielen mehr als 12 500 US-amerikanische Soldaten, während auf japanischer Seite geschätzt über 200 000 Menschen starben, etwa die Hälfte davon Zivilistinnen und Zivilisten.⁰⁸ Im Gegensatz zum Rest des Landes wird auf den Okinawa-Inseln bereits am 23. Juni – dem Tag, an dem die Schlacht endete – allgemein an das Kriegsende erinnert und der Toten gedacht, wobei „Okinawas Tag zur Beruhigung der verstorbenen Seelen“ (*Okinawa Irei no Hi*) ein offizieller Feiertag in der Präfektur Okinawa ist. Auch hier ist es ein 1975 eröffneter Friedenspark mit einem Museum (*Okinawa Ken-*

ritsu Heiwa Kinen Shiryōkan), der Japans nationales Friedensmantra institutionell untermauert. Als lokaler Erinnerungsort wurde bewusst Ito-man ausgewählt, wo die Schlacht nach erbitterten Kämpfen zu Ende gegangen war. 1995 wurde hier zudem der „Grundstein des Friedens“ (*Heiwa no Ishiji*) errichtet, der in seiner Aufmachung stark an das Washingtoner Vietnam War Memorial angelehnt ist und auf dessen Wänden die Namen der überlieferten Toten der Schlacht aufgelistet sind.

Es ist allerdings weniger der multinationale und die universelle Botschaft des Friedens betonende „Grundstein des Friedens“ als vielmehr das Mahnmal *Himeyuri no Tō*, ein Gedenkstein, der für japanische Besucher den Hauptort des Erinnerns auf dem Gedächtnispfad durch den Park ausmacht. Er soll an 222 Oberschülerinnen und 18 Lehrkräfte erinnern, die während der Schlacht um Okinawa in Höhlen verschanzt in einem Feldlazarett gedient hatten. In den Wirren der letzten Tage der Schlacht war die Mehrheit des Schülerinnentrupps auf tragische Weise ums Leben gekommen. Das Mahnmal wurde bereits im April 1946 eingeweiht, 1989 wurde es in das neu eröffnete Himeyuri Friedensmuseum (*Himeyuri Heiwakinen Shiryōkan*) integriert.

Auf der Insel Kyūshū wird die Kriegserinnerung an mehreren Orten auf Japans *Tokkōtai* gelenkt, besser bekannt als „Kamikaze-Einheiten“. Zum Großteil nur rudimentär ausgebildete, sehr junge Piloten waren von Japans Kriegsplanern in verzweifelter Lage als letztes Mittel im Krieg eingesetzt worden. Sie starben insbesondere bei der Schlacht um Okinawa, woran vor allem im *Chiran Tokkō Heiwa Kaikan*, dem Friedensmuseum für die *Tokkō*-Einheiten Chirans erinnert wird, das sich an der Stelle des ehemaligen Militärflugplatzes der Armeeflieger befindet.⁰⁹

In all diesen Beispielen lokaler Gedenkorte zeigt sich die dominante Rolle von Narrativen des (ungerechtfertigten) Verlustes, Leidens und Sterbens in der japanischen Erinnerungskultur. Insbesondere die Verluste sehr junger Menschenleben werden gleichermaßen als lokale und nationale Tragödien empfunden. Das Jahr 1945 gilt dabei auch im größeren Maßstab als Wendepunkt der eigenen Geschichte: Es wird als der histori-

07 Vgl. Douglas Ford, *The Pacific War. Clash of Empires in World War II*, New York 2012, S. 188f.

08 Zur Schlacht um Okinawa vgl. Shūi Ikemiyagi, *Sensō to Okinawa* [Der Krieg und Okinawa], Tōkyō 2008⁵⁴.

09 Vgl. Yoshiaki Fukuma/Makoto Yamaguchi, *Chiran no tanjō. Tokkō no kioku wa ika ni tsukararete kita no ka* [Die Geburt von Chiran. Wie die Erinnerung an Kamikaze produziert wurde], Tōkyō 2015.



Gedenken am „Grundstein des Friedens“, Juni 2019, Itoman, Präfektur Okinawa

Quelle: picture alliance/dpa

sche Zeitpunkt erinnert, an dem das Japanische Großreich mit Kolonial- und Besatzungsgebieten in Ost- und Südostasien unterging und damit auch Japans Geschichte als Imperialmacht in Asien ein Ende fand.

Dieser Aspekt wird zum Beispiel in einer im Sumitomo-Gebäude in Tōkyō befindlichen Ausstellung zum Zweiten Weltkrieg betont, die einerseits besonders auf die Geschichte der Repatriierung japanischer Kolonisten, andererseits auf die Gefangenschaft japanischer Soldaten in sowjetischen Lagern in Sibirien fokussiert. Auch andernorts ist die Erinnerung vor allem auf die Repatriierung japanischer Siedler und die Rückkehr Kriegsgefangener gerichtet, etwa in der im Norden der Präfektur Kyōto gelegenen Hafenstadt Maizuru, die durch das Kriegsende und der damit verbundenen Aufgabe territorialer Besitzungen zum ersten Ankunftsort für Hunderttausende repatrierte japanische Militärangehörige und Zivilisten aus Kontinentalchina, Korea und der Sowjetunion wurde.¹⁰

¹⁰ Vgl. Jonathan Bull/Steven Iving, Return on Display: Memories of Postcolonial Migration at Maizuru, in: Japan Forum 3/2019, S. 336–357.

DER ZWEITE WELTKRIEG IN DER POPULÄRKULTUR

Wie in vielen anderen Ländern wird die allgemeine Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Japan maßgeblich auch von populärkulturellen Medien beeinflusst. So trägt etwa die durch Filmproduzenten getroffene Themenauswahl in nicht zu unterschätzender Weise dazu bei, über was und in welcher Form die Nachkriegsgeneration, insbesondere Teenager und junge Erwachsene, Kenntnisse zum Themenfeld „Japan im Zweiten Weltkrieg“ erlangen und welches Geschichtsbild sich im kollektiven Gedächtnis verankert.

Im Bereich des cineastischen Spiel- und Dokumentarfilms sind die Atombombenabwürfe und ihre Folgen stark vertreten. Als *Hibakusha Cinema*, „Kino der Atombombenopfer“, bilden Filme über die Atombombenabwürfe und ihre Folgen ein eigenes Genre, entsprechende Filmproduktionen werden von pazifistisch gesinnten Kreisen gefördert.¹¹

¹¹ Vgl. Mick Broderick (Hrsg.), *Hibakusha Cinema: Hiroshima, Nagasaki, and the Nuclear Image in Japanese Film*, London u.a. 1996; Matthew Edwards (Hrsg.), *The Atomic Bomb in Japanese Cinema: Critical Essays*, Jefferson 2015.

Aber auch ultrapatriotisch und nationalistisch anmutende Produktionen der jüngeren Vergangenheit fokussieren merklich auf das für Japan leidvolle und richtungweisende Jahr 1945. So ist etwa der aufwendig produzierte Film „Die Männer der Yamato“ (*Otokotachi no Yamato*, 2005) bis heute einer der erfolgreichsten Filme Japans. Er handelt von der letzten Fahrt des Kriegsschiffes „Yamato“, das bereits zu Beginn der Schlacht um Okinawa im April 1945 von amerikanischen Streitkräften versenkt wurde. Für die Dreharbeiten wurden Teile der „Yamato“ originalgetreu nachgebaut; im Zentrum der glorifizierenden Darstellung steht der aufopferungsvolle Einsatz der Mannschaft, die sinnbildlich für die gesamte japanische Nation steht.¹²

Ein häufig gewähltes Filmmotiv ist auch der als tapfer und heldenhaft verklärte Einsatz junger *Tokkō*-Piloten. Genannt sei hier etwa der 2013 erschienene Film „Eternal Zero – Flight of No Return“ (*Eien no Zero*), der das Leben eines Jagdfliegers des Flugzeugtyps Mitsubishi A6M, genannt „Zero“, thematisiert und dessen Plot in der Darstellung eines selbstmörderischen Kamikaze-Einsatzes – verstanden als Symbol selbstloser Aufopferung für die Nation – gipfelt. Die *Tokkōtai*-Piloten von Chiran sind auch Gegenstand des 2007 ausgestrahlten Films „Kamikaze – Ich sterbe für euch alle“ (*Ore wa, kimi no koso shini ni iku*). Das Drehbuch schrieb kein Geringerer als der rechtsnationalistische Politiker Ishihara Shintarō, der von 1999 bis 2012 Gouverneur der Präfektur Tōkyō war und als Geschichtsrevisionist gilt. Angelehnt an die damalige japanische Kriegspropaganda sollen diese Filme sinnstiftend wirken, indem sie den Tod japanischer Soldaten im Kriegsjahr 1945 als „heldenhaftes Fallen“ und als (freiwillige) „Opferbereitschaft für die Nation“ darstellen. Es wird damit der Versuch unternommen, die hohen Kriegskosten retrospektiv zu rechtfertigen: Der Sinn dieser Opfer liege in der Prosperität der Gegenwart und der friedlichen Koexistenz mit anderen asiatischen Staaten. Das Fundament dafür hätten die Selbstmordpiloten oder auch die Männer der „Yamato“ mit ihren geopfertem Leben gelegt.

Auch Anime (Zeichentrickfilme), die den Zweiten Weltkrieg als historischen Hintergrund nutzen, rücken insbesondere das Jahr 1945 ins

Zentrum der Darstellung: An erster Stelle ist hier die als Klassiker der Nachkriegszeit geltende, breit rezipierte und eine klare Friedens-, Antikriegs- und Antiatomwaffenbotschaft vermittelnde Geschichte „Barfuß durch Hiroshima“ (*Hadashi no Gen*) zu nennen, die 1983 als Anime erschien. Die Handlung basiert auf den Erlebnissen des Mangazeichners Nakazawa Keiji, der als sechsjähriger Junge den Atombombenabwurf auf Hiroshima erlebte. Nakazawa, der an Leukämie erkrankt zeitlebens an den Folgen von Hiroshima litt, zeichnete in seinem 1973/74 im Magazin „Shōnen Jump“ zunächst als Manga erschienenen Werk nicht nur ein Bild von Hiroshima, sondern übte unter Fokussierung auf die letzten Kriegstage im Sommer 1945 auch schonungslose Kritik am japanischen von Militarismus und pervertiertem Patriotismus charakterisierten politischen System der Kriegszeit.¹³

Die Zeit der letzten Kriegsmonate, als die japanische Zivilbevölkerung die Folgen des totalen Krieges alltäglich zu spüren bekam und sich Japans Niederlage immer deutlicher abzeichnete, bilden auch den Rahmen für die Handlung des Anime „Die letzten Glühwürmchen“ (*Hotaru no Haka*). Der vom Studio Ghibli produzierte, 1988 erschienene Zeichentrickfilm basiert auf der preisgekrönten gleichnamigen Novelle von Nosaoka Akiyuki aus dem Jahr 1967 und enthält starke autobiografische Züge des 1945 zum Kriegswaisen gewordenen Schriftstellers. Die Bilder von Unterversorgung, Zerstörung, Tod und Leid infolge alliierter Bombardements japanischer Städte – in diesem Fall ist die 1945 in fünf Bombardements zu 50 Prozent zerstörte Industrie- und Hafenstadt Kōbe Schauplatz des Geschehens – haben eine sehr emotionalisierende Wirkung und wecken Mitleid für die ums Überleben kämpfenden Kinder. Da „Barfuß durch Hiroshima“ und „Die letzten Glühwürmchen“ von Millionen japanischen Kindern und Jugendlichen gesehen wurden, haben die autobiografischen Zeugnisse ihrer Urheber nachhaltig zur kollektiven Erinnerung in Japan beigetragen.

Diese Form der Tradierung findet sich auch in neueren Produktionen: Im Anime „In this Corner of the World“ (*Kono Sekai no Katasumi ni*,

¹² Vgl. Philip A. Seaton, *Japan's Contested War Memories. The „Memory Rifts“ in Historical Consciousness of World War II*, New York 2007, hier S. 163f.

¹³ Vgl. Takuma Melber, *Mangas als Impulsgeber für die Geschichtswissenschaft?! – Das Beispiel Barfuß durch Hiroshima*, in: Ralf Palandt (Hrsg.), *Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics*, Berlin 2011, S. 135–148.

2016) wird der Kriegsalltag einer jungen Frau in dem Hiroshima nahegelegenen Marinestützpunkt Kure dargestellt. Die alliierten Bombardierungen Kures im Juni und Juli 1945 sowie der Atombombenabwurf auf das benachbarte Hiroshima bilden den historischen Hintergrund dieser weitestgehend fiktiven Geschichte, um die von Lebensmittelrationierungen, Luftangriffen und persönlichen Schicksalsschlägen geprägte Leidensgeschichte der als einfach, unschuldig, ja geradezu naiv wirkenden Hauptperson zu erzählen. Auch hier funktioniert die Fokussierung auf das für Japan leidvolle Kriegsjahr 1945 als ein Stilmittel, um Mitleid und Sympathien bei den in aller Regel jungen oder jung gebliebenen Zuschauerinnen und Zuschauern zu wecken.

Die Fokussierung der Erinnerung auf die Leidensgeschichte insbesondere junger, unschuldig erscheinender Menschen als Hauptfiguren der Erzählungen sorgt sowohl beim Konsum populärkultureller Medien als auch beim Besuch von Gedenkstätten – erinnert sei an die genannten Beispiele Himeyuri oder Chiran – dafür, dass bei den Rezipientinnen und Rezipienten Empathie geweckt wird. Kritische Fragen und Reflexionen – etwa wer eigentlich die Verantwortung für den Krieg und das damit verbundene Leiden der japanischen Zivilbevölkerung zu tragen habe – bleiben hingegen weitestgehend ungestellt oder rücken in den Hintergrund.

SCHULBUCHKONTROVERSEN

Wirkmächtige Träger von Geschichtsbildern und Narrativen sind „naturgemäß“ auch Schulbücher. Über die Darstellung und Vermittlung der Kriegsergebnisse in japanischen Schulbüchern wird seit Jahrzehnten immer wieder debattiert: 1953 erschien das Schulbuch „Neue Japanische Geschichte“ (*Shin Nihonshi*) des politisch links stehenden Historikers Ienaga Saburō. Nachdem es das Autorisierungsverfahren des japanischen Ministeriums für Erziehung zunächst durchlaufen hatte, wollte das Ministerium eine Neuauflage des Buches aufgrund „falscher Faktenwiedergabe“ nur in geänderter beziehungsweise zensurierter Form zulassen. Stein des Anstoßes waren Ienagas Darstellung japanischer Kriegsverbrechen sowie Formulierungen, in denen der Autor das politische System der Vorkriegs- und Kriegszeit kritisierte. Obwohl er auf Änderungsforderungen nur teilweise einging, genehmigte das Ministerium schließlich die Neu-

auflage. Dennoch prozessierte Ienaga ab 1965 mit Unterstützung gleichgesinnter Kollegen aus dem japanischen Historikerverband über mehrere Jahre gegen den japanischen Staat und warf ihm Verletzung der Meinungsfreiheit vor.

Internationale Aufmerksamkeit erhielt der Schulbuchstreit 1982, als Japans größte Tageszeitung „Asahi Shimbun“ davon berichtete, dass das Bildungsministerium in einem Lehrbuch für den Geschichtsunterricht im Kapitel zur kriegserischen Besetzung Nordchinas das Wort „Invasion“ (*Shinryaku*) durch „Vorrücken“ (*Shinkō*) ersetzt wissen wollte. Es kam zum diplomatischen Disput mit China und Südkorea, die gegen die offensichtlichen Versuche des japanischen Bildungsministeriums protestierten, die Rolle Japans im Zweiten Weltkrieg zu verharmlosen. Schließlich sah sich das Ministerium in Tōkyō dazu gezwungen, eine „Nachbarstaatsklausel“ im Schulbuchautorisierungsverfahren einzuführen: Von nun an sollte in Schulbüchern die moderne Geschichte und Zeitgeschichte Asiens in harmonischer Art und Weise, im Sinne der Völkerverständigung und mit Rücksicht auf die Nachbarländer dargestellt werden.

Im Prozess des Historikers Ienaga Saburō urteilte Japans Oberster Gerichtshof schließlich 1997, dass die gängige Praxis zur Autorisierung von Schulbüchern verfassungskonform sei. Für Ienaga, dem mit Blick auf die eingeforderten Änderungen lediglich in Einzelpunkten Recht gegeben wurde, war dieses Urteil im Kampf um die Deutungshoheit der japanischen Geschichte eine herbe Niederlage.¹⁴

Ins internationale Rampenlicht rückte Japans Schulbuchkontroverse erneut 2001, als das „Neue Schulbuch“ (*Atarashii Rekishi Kyōkasho*) der „Gesellschaft zur Erarbeitung eines neuen Schulbuches“ autorisiert wurde, in dem Japans Kriegshandlungen gegen China und die japanische Kolonialherrschaft über Korea verharmlost und beschönigt werden. Insbesondere in den direkt betroffenen Nachbarländern China und Südkorea, aber auch in Japan selbst sorgte dies für einen Sturm der Entrüstung und zahlreiche Protestaktionen. Auch wenn dieses revisionistische Geschichtsbuch nur in weniger als einem halben

¹⁴ Vgl. Yoshiko Nozaki, *War Memory, Nationalism and Education in Postwar Japan, 1945–2007. The Japanese History Textbook Controversy and Ienaga Saburo's Court Challenges*, London–New York 2008.

Prozent aller japanischen Oberschulen zur Anwendung kam und damit nur sehr begrenzten Einfluss auf die japanische Jugend hatte, lieferte die Debatte über das Buch doch wichtige Impulse zur gesellschaftlichen Verständigung über die Frage, wie an den Zweiten Weltkrieg zu erinnern und wie über ihn zu lehren sei.¹⁵

Die Debatte flammte 2007 erneut auf, als das Bildungsministerium in Lehrbüchern die Verantwortung des japanischen Militärs für die Massenselbstmorde der Zivilbevölkerung während der Schlacht um Okinawa negieren wollte. Tatsächlich hatte das Militär damals zahlreiche Zivilisten zum Suizid gezwungen. Nach Demonstrationen und auf Druck des Parlaments der Präfektur Okinawa wurde die Rolle des Militärs wieder in die Schulbücher aufgenommen.

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE ERINNERUNG?

Wie die Beispiele der lokalen Erinnerungsorte und aus dem Bereich der Populärkultur sowie die Schulbuchkontroversen zeigen, ist die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Japan vielfach vom Gedenken an das letzte Kriegsjahr und aus einer Opferperspektive heraus geprägt. Betont werden zivile und „unschuldige“ Verluste, vor allem Kinder, sowie Japans Rolle als erstes und einziges Opfer eines Atomwaffeneinsatzes. Zugleich werden glorifizierende und heroisierende Erzählungen bedient, um der damals eingeforderten Opferbereitschaft nachträglich Sinn zu verleihen. Die Verantwortung für eigene Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges und Entschädigungsforderungen asiatischer Zwangsarbeiter und Zwangsprostituiertes (gemäß der japanischen Kriegspropaganda euphemistisch als „Trostfrauen“ bezeichnet) werden indes nach wie vor nicht anerkannt.

Die Ursache für den Streit um die Deutungshoheit der eigenen Geschichte, der sich sowohl in der populärkulturellen Medienlandschaft als auch in den Schulbuchkontroversen widerspiegelt, mag vor allem in der unzureichenden Ausei-

nersetzung mit der Frage nach dem *Sensō Seikinin*, der eigenen Verantwortung für den Krieg, liegen. Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges etwa war es versäumt worden, auch die Rolle des *Tennō* und der kaiserlichen Familie im Krieg kritisch zu hinterfragen. Die US-amerikanische Besatzungsmacht, vorneweg ihr Befehlshaber General Douglas MacArthur, glaubte, den Kaiser als Instrument zur politischen Beherrschung Japans und eigenen Machtlegitimation zu benötigen. Daher blieb Hirohito, der als Oberbefehlshaber die Hauptverantwortung für Japans Verbrechen im Zweiten Weltkrieg trug, von der alliierten Gerichtsbarkeit verschont und wurde bei den Tokioter Prozessen 1946 bis 1948 nicht zur Verantwortung gezogen.

Im Vergleich zu Deutschland gestaltete sich Japans „Stunde Null“ somit ganz anders – mit bis heute sichtbaren Auswirkungen auf die „Vergangenheitsbewältigung“ und den Umgang mit der eigenen Weltkriegsgeschichte –, was wesentlich in der Kontinuität des Kaisertums als Institution, aber vor allem auch Hirohitos auf dem Thron begründet zu liegen scheint. Ein durchaus denkbares Szenario wäre es gewesen, nach 1945 zwar das Kaisertum als Institution zu erhalten, jedoch eine andere Person auf dem Thron zu installieren. Seit dem Ableben Hirohitos 1989 haben japanische Historikerinnen und Historiker viel neues Quellenmaterial erschlossen und damit einhergehend die Rolle des Kaisertums im Krieg debattiert, ohne aber bisher eine konsensfähige Linie in dieser Sache zu finden. Während Hirohitos Sohn und Nachfolger Akihito die Rolle seines Vaters im Zweiten Weltkrieg öffentlich nie kritisch hinterfragte, könnte Japan mit dem personellen Wechsel auf dem Kaiserthron 2019 und Naruhito als erstem in der Nachkriegszeit geborenen Kaiser in punkto Vergangenheitsbewältigung zukünftig womöglich einen neuen Weg beschreiten.¹⁶

¹⁵ Vgl. Sven Saaler, *Politics, Memory and Public Opinion: The History Textbook Controversy and Japanese Society*, München 2008.

¹⁶ Vgl. Takuma Melber, *Japan: neuer Kaiser, neue Erinnerungskultur?*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2019, S. 17–20.

TAKUMA MELBER

ist promovierter Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Heidelberg Centre for Transcultural Studies der Universität Heidelberg.

takuma.melber@hcts.uni-heidelberg.de

NACH DEM ZIVILISATIONSBRUCH

Stand und Perspektiven der Holocaustforschung

Frank Bajohr

Als die Truppen der Alliierten 1945 das nationalsozialistische Deutschland militärisch besiegten, beendeten sie ein präzedenzloses Jahrhundertverbrechen, dem bis Kriegsende rund sechs Millionen europäischer Jüdinnen und Juden zum Opfer gefallen waren. Bis zuletzt kamen unzählige Opfer auf Todesmärschen ums Leben oder starben in Lagern an Hunger und Seuchen. Viele alliierte Soldaten trafen die vorgefundenen Leichenberge wie ein unerwarteter Schock, doch waren die Alliierten schon seit Jahren über die Massenverbrechen des „Dritten Reiches“ relativ genau informiert gewesen und hatten diese spätestens seit 1942 auch öffentlich angeprangert.⁰¹ Da die Westalliierten den Funkcode der mobilen Mordeinheiten entschlüsseln konnten, waren sie beispielsweise über die Massenerschießungen von Juden durch die Einsatzgruppen seit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 umfassend im Bilde. Mit der Rückeroberung sowjetischen Territoriums durch die Rote Armee seit 1943/44 hatten sowjetische Untersuchungskommissionen zahlreiche Massengräber vorgefunden und durch Befragungen einen genauen Überblick über die Massenmorde gewonnen.⁰² Allerdings firmierten die ermordeten Juden in diesen Berichten zumeist als „sowjetische Zivilisten“ oder „friedliche Sowjetbürger“. Der Massenmord an den europäischen Juden und seine bedrängenden Besonderheiten wurden auf diese Weise nicht klar benannt.

Dies war auf Seiten der Westalliierten nicht anders, wo der Holocaust noch keinen Namen hatte und als spezifischer Mordvorgang nur selten thematisiert wurde. So unterschieden die amerikanischen „Atrocity Films“, die 1945 die deutsche Bevölkerung mit den Verbrechen konfrontierten, weder präzise zwischen den verschiedenen Gruppen von NS-Opfern noch zwischen den unterschiedlichen Kategorien von Lagern, die 1945 befreit worden waren.⁰³ Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess 1945/46 bildete der Holocaust keinen eigenen Anklagepunkt, sondern

fungierte lediglich als eines von vielen Beispielen für „Crimes against Humanity“.⁰⁴ Die mangelnde Bereitschaft, den Massenmord an den europäischen Juden als singuläres und spezifisches Massenverbrechen hervorzuheben, spiegelte vor allem den Wunsch der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaften wider, Themen wie die gesellschaftliche Komplizenschaft oder die Kollaboration bei den Verbrechen nach Möglichkeit auszublenden.

Auch die betroffenen Überlebenden schauten vielfach nach vorn und konzentrierten sich auf ihre gesellschaftliche Re-Integration. Allerdings hatten sich viele Opfer zugleich um die Dokumentation ihres Leids bemüht. Dies geschah – wie beim Untergrundarchiv im Warschauer Ghetto – teilweise noch während des Verfolgungsprozesses, mit der Intention, vom verzweifelt Überlebenskampf Zeugnis für die Nachwelt abzulegen.⁰⁵ Auch die Zeit nach der Befreiung war durch intensive Dokumentationsbemühungen jüdischer Überlebender gekennzeichnet.⁰⁶

Daraus entwickelte sich jedoch kein allgemeines, breit angelegtes Feld der Holocaustforschung. Diese blieb lange Zeit ein Randthema, das vor allem von jüdischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bearbeitet wurde. Zu Recht gelten deshalb Personen wie Rachel Auerbach, Philip Friedman, Gerald Reitlinger, Raul Hilberg, Léon Poliakov oder Joseph Wulf als Pioniere der wissenschaftlichen Analyse des Holocaust.⁰⁷ Erst in den 1970er und 1980er Jahren verdichteten sich die einzelnen Forschungen zu einem breiter angelegten Trend, deutlich sichtbar an ersten internationalen Konferenzen, die sich mit dem nun als „Holocaust“ bezeichneten Massenmord beschäftigten.⁰⁸ Wie sich zeigen sollte, war dies nur der Auftakt zu einem regelrechten Boom der Forschung, der in den 1990er Jahren einsetzte und bis heute unvermindert anhält.

Zugleich ging dieser Aufschwung jedoch Hand in Hand mit neuen Perspektiven und Ansätzen, die sich teilweise deutlich von jenen Pi-

onierarbeiten unterschieden, die die Grundlagen für die Holocaustforschung gelegt hatten. Einige dieser Forschungstrends, ihre Erkenntnisse und mögliche Probleme sollen im Folgenden näher in den Blick genommen werden.⁰⁹

NEUE TRENDS DER TÄTERFORSCHUNG

Lange Zeit wurde der typische Täter des Holocaust durch den Typus des sogenannten Schreibtischtäters personifiziert, durch einen Bürokraten, tätig in den Verwaltungsinstitutionen eines modernen Staates.¹⁰ Dementsprechend wurde auch der Holocaust als mechanisierte und hochgradig organisierte Form des Tötens begriffen, für die die Deportationszüge oder Todeslager wie Auschwitz standen. Als sich jedoch der Fokus der Forschung ab den 1990er Jahren zunehmend auf die zahlreichen „Killing Fields“ in Osteuropa richtete beziehungsweise verschob, kam ein völlig anderer Tätertypus ins Blickfeld, nämlich der Mordschütze in den mobilen Tötungseinheiten, der den Opfern unmittelbar gegenüberstand hatte. Diskussionen um die Täter des Holocaust kreisen dementsprechend nicht mehr länger um die inhärente Amoralität moderner Bürokratie oder die Verbindung von industrialisiertem Mas-

senmord und Moderne, wie sie beispielsweise das Buch von Zygmunt Bauman über „Modernity and the Holocaust“ bestimmt hatte.¹¹

Ein genauerer Blick auf die am Holocaust beteiligten Institutionen wie das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zeigt nämlich, dass diese keineswegs nach dem Muster klassischer bürokratischer Institutionen funktionierten. Sie besaßen vielmehr eine dynamische Struktur, die sich den praktischen Erfordernissen des Massenmordes flexibel anpasste. Nicht wenige Angehörige des RSHA pendelten zwischen ihrem Schreibtisch in Berlin und Mordeinsätzen im Osten hin und her. Nach 1933 setzten sie nicht allein staatliche Vorgaben bürokratisch um. Vielmehr nutzten sie die neuen Verhältnisse, um ihre persönlichen Überzeugungen, die sich schon in der völkischen Studentenbewegung der 1920er Jahre gebildet hatten, in die politische Praxis umzusetzen.¹²

Darüber hinaus richtet sich die Aufmerksamkeit der Täterforschung auf Mechanismen der Gruppenkohäsion und sozialpsychologische Prozesse in den Formationen der Täter.¹³ Besondere Aufmerksamkeit hat dabei die Rolle der „Kameradschaft“ gefunden, die in den NS-Institutionen auf der radikalen Unterscheidung zwischen „Uns“ und den „Anderen“ basierte.¹⁴ Wichtiger, als einen Befehl auszuführen, war vor allem, seine Kameraden nicht bei dessen Umsetzung im Stich zu lassen.

01 Vgl. Dieter Pohl, Das NS-Regime und das internationale Bekanntwerden seiner Verbrechen, in: Frank Bajohr/ders., Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006, S. 84–129.

02 Vgl. Wassili Grossman/Ilija Ehrenburg/Arno Lustiger (Hrsg.), Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, Reinbek 1994.

03 Vgl. Ulrike Weckel, Beschämende Bilder. Deutsche Reaktionen auf alliierte Dokumentarfilme über befreite Konzentrationslager, Stuttgart 2012.

04 Vgl. Thomas Darnstadt, Nürnberg. Menschheitsverbrechen vor Gericht 1945, München–Zürich 2015; Annette Weinke, Die Nürnberger Prozesse, München 2015.

05 Vgl. Samuel Kassow, Ringelblums Vermächtnis. Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos, Reinbek 2010.

06 Vgl. Laura Jockusch, Collect and Record! Jewish Holocaust Documentation in Early Postwar Europe, Oxford 2012; Regina Fritz/Éva Kovács/Béla Rásky (Hrsg.), Als der Holocaust noch keinen Namen hatte. Zur frühen Aufarbeitung des NS-Massenmordes an den Juden, Wien 2016.

07 Vgl. Hans-Christian Jasch/Stephan Lehnstaedt (Hrsg.), Verfolgen und Aufklären. Die erste Generation der Holocaustforschung, Berlin 2019.

08 Vgl. Magnus Brechtken, Raul Hilberg, der Begriff Holocaust und die Konferenzen von San José bis Stuttgart, in: René Schlott (Hrsg.), Raul Hilberg und die Holocaust-Historiographie, Göttingen 2019, S. 47–70.

09 Die folgenden Ausführungen basieren wesentlich auf Frank Bajohr, Trends der Holocaustforschung seit den 1990er Jahren. Errungenschaften, Wandel, Probleme und Herausforderungen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 9–10/2019, S. 485–496.

10 Zur Entwicklung der „Täterforschung“ als spezifischer Forschungsansatz der Holocaustforschung siehe Frank Bajohr, Täterforschung. Ertrag, Probleme und Perspektiven eines Forschungsansatzes, in: ders./Andrea Löw (Hrsg.), Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt/M. 2015, S. 167–185.

11 Zygmunt Bauman, Modernity and the Holocaust, Cambridge 1991 (deutsche Ausgabe: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992).

12 Vgl. Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

13 Vgl. Christopher Browning, Ordinary Men. Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution in Poland, New York 1992 (deutsche Ausgabe: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek 1993); Harald Welzer, Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt/M. 2007.

14 Vgl. Thomas Kühne, Belonging and Genocide. Hitler's Community 1918–1945, New Haven 2010.

Dementsprechend hat auch „Auschwitz“ als Synonym für eine beinahe klinische Form des Tötens in Gaskammern, ohne persönliche Konfrontation zwischen Tätern und Opfern, an Bedeutung verloren. Schließlich war die grausame Realität der Massenmorde im Holocaust auch durch die archaischen und blutigen Massaker der Tötungseinheiten und Polizeibataillone geprägt, die von der älteren Forschung nur unzureichend berücksichtigt worden waren. Mit der Verschiebung des Fokus vom Zentrum in Berlin zur Peripherie in Osteuropa sind nicht zuletzt auch nichtdeutsche Täter des Holocaust in den Blick geraten, darunter Balten, Polen oder Ukrainer, die als Hilfspolizisten agierten, oder die kroatische Ustascha beziehungsweise die rumänische Armee, die in eigener Verantwortung Hunderttausende Juden ermordeten, ohne von den Deutschen dazu gezwungen worden zu sein.¹⁵

Zu konstatieren ist daher eine zunehmende „Europäisierung“ des Holocaust, sodass in der historischen Rekonstruktion immer öfter statt von einem spezifisch deutschen Massenmord von einem europäischen Genozid gesprochen wird. Dieser bemerkenswerte Perspektivwechsel eröffnet unzweifelhaft neue Einsichten in diverse Formen der Massengewalt in Osteuropa und damit auch für die Kontextualisierung des Holocaust. Neue Perspektiven müssen aber stets an ältere Erkenntnisse rückgebunden werden. Es ist wichtig zu wissen, dass sich polnische oder ukrainische Polizisten am Holocaust beteiligten – nur wären sie ohne die deutsche Besetzung Polens oder der Ukraine niemals in diese Situation gekommen. Natürlich kann es kein Zurück zu einer ausschließlich auf Deutschland fokussierten, noch dazu auf Hitler und die Spitze des NS-Regimes verengten Forschung geben. Gleichwohl steht die zentrale Verantwortung Deutschlands für den Holocaust außer Frage, so wie auch eine Geschichte des Holocaust nicht ohne Hitler, Himmler, Heydrich oder Göring geschrieben werden kann.

15 Vgl. Jean Ancel, *The History of the Holocaust in Romania*, Lincoln 2011; Nevenko Bartulin, *The Racial Idea in the Independent State of Croatia: Origins and Theory*, Boston 2014; Jan Tomasz Gross, *Nachbarn. Der Mord an den Juden in Jedwabne*, München 2001; Christoph Dieckmann, *Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944*, Göttingen 2011; Shimon Redlich, *Together and Apart in Brzezany. Poles, Jews, and Ukrainians 1919–1945*, Bloomington 2002; Raz Segal, *Genocide in the Carpathians. War, Social Breakdown, and Mass Violence 1914–1945*, Palo Alto 2016.

DIFFERENZIERTERER BLICK AUF DIE OPFER

In früheren Darstellungen des Holocaust wurde dem Verhalten der jüdischen Opfer nicht immer die gebotene Aufmerksamkeit gewidmet. Diskussionen verengten sich zumeist auf die Rolle jüdischer Funktionäre und der Judenräte, deren Verhalten oft scharf kritisiert wurde.¹⁶ Viele negative Urteile sind jedoch mittlerweile durch die jüngere Forschung stark relativiert worden. Nicht wenige Judenräte standen in personeller Kontinuität zu früheren jüdischen Institutionen und bemühten sich vor allem darum, die Lebenssituation der verfolgten Juden in den Ghettos zu verbessern. In manchen Orten bestanden mehrere Judenräte nacheinander, die sich oft durch unterschiedliche Verhaltensstrategien auszeichneten, aber letztlich der Willkür der deutschen Besatzer ausgeliefert waren. Am Ende waren nicht die Judenräte, sondern die deutschen Besatzer für das Schicksal der Juden zentral verantwortlich.¹⁷

Lange hat das Alltagsleben der verfolgten Juden, ihre Umgangsstrategien mit Diskriminierung und Repression sowie ihr verzweifelter Überlebenskampf im Angesicht des Holocaust, in der historischen Forschung keine Beachtung gefunden. Mittlerweile liegen jedoch eine Vielzahl von Ego-Dokumenten wie Tagebücher und persönliche Berichte vor, die sich in Untergrundarchiven wie dem Ringelblum-Archiv im Warschauer Ghetto erhalten haben.¹⁸ Sie erhellen die enorme Bandbreite individueller Einstellungen und individuellen Verhaltens, die nicht zuletzt durch Faktoren wie biografische Vorerfahrungen, Lebensalter, Geschlecht sowie die enorme

16 Vgl. die scharfe Kritik an den Judenräten bei Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem. A Report on the Banality of Evil*, New York 1963, S. 117.

17 Vgl. Dan Michman, *The Emergence of Jewish Ghettos During the Holocaust*, Cambridge 2011; Beate Meyer, *Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945)*, Göttingen 2011.

18 Vgl. Barbara Engelking/Jacek Leociak, *The Warsaw Ghetto. A Guide to the Perished City*, New Haven 2009; Andrea Löw, *Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten*, Göttingen 2006; Kassow (Anm. 5); Alexandra Garbarini, *Numbered Days. Diaries and the Holocaust*, New Haven 2006; Melanie Hembera, *Die Shoah im Distrikt Krakau. Jüdisches Leben und deutsche Besatzung in Tarnów 1939–1945*, Darmstadt 2016.

Vielfalt jüdischer religiöser wie säkularer Strömungen gekennzeichnet waren. Von daher erscheinen die jüdischen Opfer nicht länger als homogene Masse. Selbst unter den Bedingungen äußerer Repression und verzweifelter Lebensbedingungen in den Ghettos suchten Juden ein Privatleben sowie kulturelle und religiöse Praktiken aufrechtzuerhalten, um damit ihre Identität gegen die Fremdbestimmung durch die Täter zu verteidigen. Die Versuche der Verfolgten, menschliche Würde und Selbstachtung auch unter den Bedingungen alltäglicher Verfolgung zu bewahren, machten aus den verfolgten Juden noch keine solidarische Gemeinschaft und aus den Ghettos keine Inseln der Humanität. Sie wirkten aber dem Abgleiten in eine reine Wolfsgesellschaft entgegen.

Die zahlreichen Dokumente aus der Perspektive der Opfer bergen großes Potenzial für die Forschung. Auch der universitären Lehre über den Holocaust oder dessen pädagogischer Vermittlung in einer weiteren, interessierten Öffentlichkeit bietet sich hier ein Fundus von Quellen, der bislang nur unzureichend genutzt wird.

GESELLSCHAFTSGESCHICHTE DES HOLOCAUST

Die Alltagsgeschichte des Holocaust von unten hat auch den Blick auf das breite Spektrum von Verhaltensweisen in den europäischen Gesellschaften gelenkt, die mit der statischen Begriffstrias „Täter – Opfer – Zuschauer“ nicht einmal ansatzweise erfasst werden kann.¹⁹ Das nationalsozialistische Deutschland und seine Alliierten etablierten neue soziale Normen, einschließlich rassistischer Hierarchien und gesellschaftlicher Leitbilder wie das der ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“. ²⁰ Dies entwertete traditionelle Normen, die Ansehen und gesellschaftliche Stellung des Einzelnen von Besitz, Bildung und Leistung abhängig machten.

Die neuen gesellschaftlichen Maßstäbe beschleunigten soziale Prozesse und dynamische Rollenveränderungen. Unter dem ständigen

Druck von Gewalt, Krieg und Besatzung konnte sich der Status von Personen beständig verändern, und auch die Kategorien des Verhaltens wandelten sich fortlaufend. Dies führte unter anderem dazu, dass sich im besetzten Polen, wo rund 200 000 Juden in Verstecken zu überleben suchten, Retter, die Juden beherbergten, schnell in Mörder verwandeln konnten, wenn den untergetauchten Juden das Geld ausging oder die polnischen Helfer die brutale Vergeltung durch die deutschen Besatzer befürchteten. In diesen Fällen wurden die untergetauchten Juden oft durch die polnische „blaue Polizei“ getötet, damit die deutschen Besatzer nichts davon erfuhren, da ansonsten die polnischen Helfer exekutiert worden wären.²¹

Die jüngste Forschung hat sich deshalb zu Recht auf diese sozialen Prozesse und hybriden Formen gesellschaftlichen Verhaltens konzentriert, die den Holocaust als gesellschaftlichen Prozess bestimmten. Es ist jedenfalls zielführender, gesellschaftliche Prozesse zu analysieren, als Personen zu kategorisieren. Von daher würde es auch nicht reichen, den Begriff „Zuschauer“ (*by-stander*) durch differenziertere Kategorien zu ersetzen (wie „Nutznießer“, „Opportunisten“, „indifferente Beobachter“), die letztlich ähnlich statisch ausfallen. Dynamische Rollenwechsel ein- und derselben Person können auf diese Weise jedenfalls nicht erfasst werden.

Methodisch hilfreich ist eine Definition von Herrschaft als „soziale Praxis“, weil so der Blick auf das Verhalten der Zeitgenossen, ihre Wahrnehmungen, Erfahrungen und Leitvorstellungen gerichtet wird. Außerdem können Veränderungen im gesellschaftlichen Alltag detailliert nachgezeichnet werden.²² Eine Definition von Herrschaft als soziale Praxis geht nicht von einer eindeutigen, scharfen Trennung von Herrschern und Beherrschten, von Befehlsgebern und Befehlsempfängern aus, sondern definiert Herrschaft als ein eher amorphes Kräftefeld, in dem die Akteure in vielfältiger Weise miteinander in Beziehung stehen. Statt nach einer passiv-abstrakten Haltung einer Gesellschaft ge-

¹⁹ Vgl. Frank Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.), *The Holocaust and European Societies. Social Processes and Social Dynamics*, London 2016.

²⁰ Vgl. Martina Steber/Bernhard Gotto (Hrsg.), *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives*, Oxford 2014.

²¹ Vgl. Jan Grabowski, *Hunt for the Jews, Betrayal and Murder in German-Occupied Poland*, Bloomington 2013.

²² Vgl. Alf Lüdtke, *Funktionseliten: Täter, Mit-Täter, Opfer? Zu den Bedingungen des deutschen Faschismus*, in: ders. (Hrsg.), *Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien*, Göttingen 1991, S. 559–590.

genüber herrschenden Machthabern zu fragen, werden die vielfältigen Handlungs- und Verhaltensformen in einer Gesellschaft in den Blick genommen.

Für eine anspruchsvolle Gesellschaftsgeschichte des Holocaust sind außerdem die schleichenden Veränderungen gesellschaftlicher Moral von besonderer Bedeutung. Wie stellen sich Nichtjuden auf die Diskriminierung der jüdischen Minderheit ein? Analysen des gesellschaftlichen Verhaltens im nationalsozialistischen Deutschland zeigen, dass sich die Nichtjuden nach anfänglicher Irritation sehr schnell an die antisemitische Diskriminierung gewöhnten, diese schon nach kurzer Zeit als „normal“ verinnerlicht hatten und sogar ihre persönlichen Vorteile aus der neuen Situation zogen. Lassen sich diese Trends auch in den zumeist multiethnischen Regionen unter deutscher Besatzung identifizieren? Diesbezüglich sind vor allem lokale Mikroanalysen hilfreich. Erste eindrucksvolle Studien liegen bereits vor²³ und regen hoffentlich in Zukunft weitere an, um ein nuanciertes Bild gesellschaftlichen Verhaltens zu gewinnen, zumal sie ein wichtiges Korrektiv gegenüber nationalistischen Geschichtsnarrativen bilden, die die Bevölkerung in erster Linie als Helden, Opfer und Märtyrer präsentieren.

ERRUNGENSCHAFTEN UND GRENZEN DER INTERNATIONALISIERUNG

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Holocaustforschung zu einem wahrhaft internationalen und zugleich interdisziplinären Forschungsfeld entwickelt. Dies unterscheidet die gegenwärtige von der älteren Forschung, die durch strikt nationale Perspektiven gekennzeichnet war, die sich an den jeweiligen nationalen Erinnerungskollektiven orientierten. Während deutsche Forscher zum Beispiel lange Zeit von der Leitfrage ausgingen: „Wie konnte das geschehen?“, fragten Forscher in Israel vor allem: „Warum ist es uns geschehen?“²⁴ Deshalb dominierten in der Forschung auch national un-

terschiedliche Themen. In Deutschland lag der Fokus auf den Tätern und der „Genesis der Endlösung“, während sich israelische Forscher stark auf die Geschichte der Opfer und des Antisemitismus konzentrierten.

Diese nationalen Perspektiven sind zwar aus der gegenwärtigen Forschung keineswegs verschwunden, doch hat sich ihre Bedeutung durch die Internationalisierung deutlich abgeschwächt.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war der typische Holocaustforscher ein Experte in deutscher Geschichte mit entsprechenden Kenntnissen der deutschen Sprache. Dies reichte aus, um die deutschen Originalquellen zu lesen, die für die „Genesis der Endlösung“ zentral waren. Angesichts der veränderten Forschungstrends und ausdifferenzierter Perspektiven ist es mittlerweile wichtiger, Jiddisch, Polnisch oder Russisch sprechen und lesen zu können. Die wachsende Zahl von Holocaustforschern aus Osteuropa steht für diesen neuen Trend.

Die für die Holocaustforschung relevanten Quellen sind in mindestens zwei Dutzend verschiedenen Sprachen verfasst, was sich für die gegenwärtige Forschung als größte Herausforderung und Problem erweist. Ungeachtet wachsender Internationalisierung sind nämlich transnationale und integrative Perspektiven immer noch selten. Experten für den Holocaust in Polen wissen häufig nichts über die Entwicklungen in Frankreich und umgekehrt, obwohl eine vergleichende Perspektive von Judenverfolgung und Holocaust in beiden Ländern wichtig wäre. Stattdessen ist eine gewisse Verinselung und Überspezialisierung der Forschung zu beobachten, die der Forderung Saul Friedländers nach einer integrativen, verschiedene Perspektiven einschließenden Geschichtsschreibung über den Holocaust zuwiderläuft, die nach wie vor eine Ausnahme bildet.²⁵

²⁵ Vgl. Saul Friedländer, *An Integrated History of the Holocaust. Some Methodological Challenges*, in: Dan Stone (Hrsg.), *The Holocaust and Methodology*, New York 2012, S. 181–189. Die umfassendste Quellensammlung mit integrativer Perspektive bietet das Editionsprojekt „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945“ (VEJ), das vom Institut für Zeitgeschichte, dem Bundesarchiv und dem Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Freiburg verantwortet und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird. Von den projektierten 16 Einzelbänden sind bislang 13 erschienen.

²³ Vgl. Omer Bartov, *Anatomy of a Genocide. The Life and Death of a Town Called Buczacz*, New York 2018; Redlich (Anm. 15); Hembera (Anm. 18).

²⁴ Vgl. Dan Diner, *Gedächtniszeiten. Über jüdische und andere Geschichten*, München 2003.

Zu einem boomenden Forschungsfeld hat sich darüber hinaus die „Nachgeschichte“ des Holocaust entwickelt, ein Forschungsfeld, das in Nordamerika als „Aftermath Studies“ bezeichnet wird. Diese sind auch deswegen beliebt, weil sich deren Themen häufig innerhalb nationaler Grenzen bewegen und die genannten sprachlichen Anforderungen deshalb umgangen werden können. Mittlerweile entstammen fast zwei Drittel der auf Holocaustkonferenzen diskutierten Themen den „Aftermath Studies“, und manche Forscher haben bereits kritisch von einer „Flucht“ in die Nachgeschichte des Holocaust gesprochen.²⁶ Dies ist zweifellos übertrieben, zumal die Memorialisierung des Holocaust, Nachkriegsprozesse gegen Täter, Fragen der Wiedergutmachung oder das Schicksal der Überlebenden integrale Bestandteile einer Gesamtgeschichte des Holocaust bilden, die von dessen zentralen Ereignissen vor 1945 nicht abgetrennt werden sollten, sondern auch Möglichkeiten der Längsschnittanalyse über die Schwelle des Jahres 1945 hinaus bieten.

Allerdings stärkt der Boom der „Aftermath Studies“ die zunehmend verbreitete Annahme, dass der Holocaust eigentlich schon ausreichend erforscht worden sei, sodass Fragen der Nachwirkung(en), Bedeutung und Interpretation wichtiger erscheinen als die Forschung zu den Kernereignissen selbst. Insgesamt wird noch viel zu selten der Versuch unternommen, den Gegensatz zwischen der Geschichte des Holocaust und seiner „Nachgeschichte“ produktiv aufzuheben und die Epochenschwelle des Jahres 1945 durch Längsschnittanalysen zu durchbrechen, um die Auswirkungen und Repräsentationen des Holocaust nach 1945 enger mit dessen Geschichte zu verzahnen. Wer beispielsweise die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden und ihre materielle und finanzielle Ausplünderung untersucht, sollte auch die Restitution und Entschädigung nach 1945 einbeziehen. Auch können die langfristigen Folgen materieller Verluste für die Identitätskonstruktion betroffener Juden und ihrer Familien am besten im integralen Blick auf meh-

rere Generationen analysiert werden. Und auch im Blick darauf böte sich ein transnationaler Vergleich vor allem der fundamentalen Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa an.

Ebenso bildet die wechselseitige Rezeption antijüdischer Maßnahmen in Europa ein noch nicht hinlänglich erforschtes, transnationales Untersuchungsfeld. So waren die 1930er Jahre in Europa unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise durch einen Aufschwung autoritärer Regime und Diktaturen gekennzeichnet, die vielfach antisemitische Gesetze und Verordnungen erließen.²⁷ Übte dabei das nationalsozialistische Deutschland einen signifikanten Einfluss aus, fungierte das „Dritte Reich“ eher indirekt als antisemitisches Modell, oder beruhte die antisemitische Politik auf eher indigenen Entwicklungen in den europäischen Ländern? Wie wurde die antisemitische Politik des Nationalsozialismus in den europäischen Ländern überhaupt rezipiert, und wie entwickelten sich Versuche zur internationalen Vernetzung der Antisemiten? Solche transnationalen Perspektiven sind wichtige Desiderate für die zukünftige Forschung.

26 Vgl. Ulrich Herbert, Holocaust-Forschung in Deutschland. Geschichte und Perspektiven einer schwierigen Disziplin, in: Bajohr/Löw (Anm. 10), S. 31–79, hier S. 68.

27 Vgl. Frank Bajohr/Dieter Pohl (Hrsg.), *Right-Wing Politics and the Rise of Antisemitism in Europe 1935–1941*, Göttingen 2019.

FRANK BAJOHR

ist wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte, München, und Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

DIE „STUNDE NULL“ ALS ZEITERFAHRUNG

Martin Sabrow

Wie das „Augusterlebnis“ von 1914 oder Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ von 1969 oder das „Wunder“ von 1989 zählt die „Stunde Null“ 1945 zu den historischen Begriffsprägungen, in denen über alle gesellschaftlichen Schichten und Generationen hinweg das Selbstverständnis einer Zeit zum Ausdruck kommt; sie ist ein Zeit-Wort des 20. Jahrhunderts. Zeit-Worte müssen nicht zeitgenössisch sein, und sie müssen nicht wahr sein, aber sie besitzen Deutungskraft. Auch die Bezeichnung einer „Stunde Null“ nach dem Ende des totalen Weltkrieges konnte erst nach ihrem Ablauf entstehen, um rückblickend einen historischen Moment zu benennen, in dem nichts mehr gewiss und alles möglich schien.

HISTORISCHE METAPHER

Was aber unter der seither so vielzitierten Metapher genau zu verstehen sei, lässt sich kaum auf einen Nenner bringen. Die Begriffsfüllungen in der Publizistik wie in der Belletristik unterscheiden sich schon nach den kontrastierenden Schicksalen, die sich mit dem Kriegsende verbanden, und damit nach Stellung und Lebensumgebung, Alter und Geschlecht derer, die sich in der Rede von der „Stunde Null“ wiederfanden. Das Kriegsende erlebte sich auf einem ostpreußischen Flüchtlingstreck anders als in einem fast unberührt gebliebenen Dorf im Sauerland, und auch in den fast ausgelöschten Städten von Kiel bis Köln, von Dortmund bis Dresden bedeutete die „Stunde Null“ für einen sich im Keller das Parteiabzeichen vom Revers reißenden Volksgenossen gänzlich anderes als für einen befreiten Zwangsarbeiter. Auch in den Ruinen der zerstörten Reichshauptstadt dominierte nach der Kapitulation am 2. Mai 1945 bei vielen Berlinern zuallererst das Gefühl der Rettung, wie sich der spätere Bundesminister Egon Bahr erinnerte: „Der ganze Sommer war eigentlich die Erleichterung, es überlebt zu haben, und die Hoffnung, es würde schon nicht so schlimm werden. Es wird nicht mehr ge-

schossen, man braucht nicht mehr sterben, egal, wie schlimm das mit den Ruinen ist, wir können jetzt endlich wieder nach vorne denken und hoffen. Es war ein ungeheuer graues Leben, aber es war mit der Freude, man war entkommen.“⁰¹

Der Gehalt der Rede von einem historischen Nullpunkt hängt von der Blickrichtung ab, aus der der Moment betrachtet wird, an dem die Besiegten kapitulierten und die Waffen verstummten. Dieselbe „Stunde Null“, die sich aus der Nahdistanz lediglich als „eine große Leere“⁰² darstellte, konnte aus dem Abstand der folgenden Jahrzehnte den bewundernswerten „Wiederaufbau aus Ruinen“⁰³ bezeichnen. Damit ließ sie sich in die stupende Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik einschreiben, die aus der Totalität des Zusammenbruchs ihren Blick auf das atemberaubende Tempo des Wiederaufstiegs gewann.⁰⁴

Diesem bundesdeutschen Erzählmuster, das die Tiefe des deutschen Zusammenbruchs rückblickend von der rasch wieder erreichten Höhe einer prosperierenden Mittelmacht misst,⁰⁵ stand in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten eine ostdeutsche Gegenerzählung gegenüber, die den Topos der „Stunde Null“ als historischen Entscheidungsmoment zwischen zwei gegensätzlichen Zukunftshorizonten fasste. Auf der einen Seite stand, so bilanzierte die „Neue Zeit“, das Parteiorgan der ostdeutschen CDU, zum 20. Jahrestag des Sieges über Hitlerdeutschland, das Interesse des westlichen Imperialismus, „Deutschland als Staat aufzulösen“ und „die Nation für immer zu zerschlagen“, auf der anderen das sowjetische Bekenntnis zur Einheit einer geläuterten deutschen Nation, die sich mit ihrer tätigen Bereitschaft zu Neuaufbau und Wiedergutmachung das Recht auf eine staatliche Zukunft erwerben könnte. „Zehntausende deutsche Antifaschisten hatten sich gegen die Tyrannei gestellt, hatten gelitten, hatten das Opfer ihres Lebens gegeben. Der Kampf gegen den Faschismus und die dabei gebrachten Opfer gaben das Recht und waren Verpflichtung, in der ‚Stunde Null‘ vor 20 Jahren für die Zukunft der Nation aktiv zu werden.“⁰⁶

Die „Stunde Null“ meinte in diesem Verständnis nicht einen verzweifelten Nullpunkt, sondern eine historische Bewährungssituation, in welcher der KPD beziehungsweise später der SED dank ihres antifaschistischen Umerziehungskonzeptes die Legitimation zur Führung der Nation unabhängig von demokratischen Mehrheitsverhältnissen zustand: „Verantwortungsbewußte Deutsche waren sich auch in der Situation vor 20 Jahren darüber klar, daß der Status der Besiegten nicht von der Verantwortung für die Zukunft entthob.“⁰⁷ Nach Walter Ulbrichts Sturz von der Spitze des SED-Zentralkomitees 1971 verschwand mit dem Anflug einer nationalkommunistischen Selbstermächtigung auch der Topos der „Stunde Null“ aus dem Wortschatz des historischen Herrschaftsdiskurses – fortan deckte der Terminus „Befreiung“ den Übergang von der nationalsozialistischen Herrschaft zur alliierten Besatzung ab.

MYTHOS

Angesichts dieser disparaten Füllung stellte sich immer wieder die Frage, ob die Rede von der „Stunde Null“ die Wirklichkeit überhaupt angemessen abbildet oder nicht vielmehr eine bloße Vorspiegelung ist. Gerade für die Nachkriegsliteratur, die am nachdrücklichsten mit der Idee eines radikalen Neubeginns arbeitete, ist die Realität eines Nullpunktes am entschiedensten verworfen und als „ungeschichtliches, utopisches, letztlich mythisch-theologisches Konzept“ bestritten worden.⁰⁸ Erst

recht die Zeitgeschichtsforschung misstraute dem in der Publizistik gern gebrauchten Begriff der „Stunde Null“ von Anfang an. Zu undifferenziert versuche er, in dem Chaos einer zerfallenen Gesellschaft und ihrer so vielfältigen Lebenslagen narrative Ordnung zu stiften und einen gemeinsamen Rahmen zu finden, der noch die Erfahrung eines absoluten Zeitendes in eine zeitliche Linearität zwingt. Wenn der Metapher überhaupt zeithistorische Erschließungskraft zugebilligt wurde, dann in einer zeitlichen Ausweitung, die vom ursprünglichen Bedeutungsgehalt weitgehend abstrahierte.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker etwa, der sich 1985 in seiner berühmten Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes von dem Begriff einer „Stunde Null“ noch entschieden abgrenzte,⁰⁹ nutzte ihn später selbst, um drei tiefe Zäsuren der jüngeren deutschen Zeitgeschichte in den Blick zu nehmen, nämlich die doppelte Staatsgründung 1949, die Bildung der sozialliberalen Koalition 1969 und das Ende des Kalten Krieges 1989.¹⁰ Auf dem Konzept einer „langen Stunde Null“ fußt auch ein sozialwissenschaftlicher Untersuchungsansatz, der den Systemwechsel nach dem Ende der NS-Herrschaft und der Herausbildung eines neuen gesellschaftlichen Wertesystems zu ergründen sucht. Er begreift die „Stunde Null“ als die Zeit einer Tabula rasa, in der die westlichen Alliierten mit Hilfe einer vorübergehenden Stilllegung der wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen (mit Ausnahme der Kirchen) in den Westzonen ihr Konzept der *Reeducation* und *Reorientation* durchzusetzen suchten, um so die Grundlagen eines demokratischen Neuaufbaus zu schaffen. In dieser Sicht würde die als Nullpunkt anzusehende Übergangsphase die Zeit von der ersten Programmplanung der amerikanischen Besatzungspolitik 1942 bis zur Gründung der Bundesrepublik 1949 oder sogar bis zum Tätigkeitsende der Alliierten Hohen Kommissare 1955 umfassen.¹¹

01 Egon Bahr im Interview, in: Michael Kloft (Autor)/Cassian von Salomon (Leitung), *Die Stunde Null*. Berlin, Sommer 1945, Spiegel TV 2009.

02 Gustav Trampe, Vorwort, in: ders. (Hrsg.), *Die Stunde Null*. Erinnerungen an Kriegsende und Neuanfang, Stuttgart 1995, S. 9–14, hier S. 11.

03 Vgl. exemplarisch: Romain Leick/Mathias Schreiber/Hans-Ulrich Stoldt, *Auferstanden aus Ruinen*, in: *Der Spiegel*, 17.5.2010, S. 154–164.

04 Vgl. Sven Reichardt/Malte Zierenberg, *Damals nach dem Krieg*. Eine Geschichte Deutschlands 1945 bis 1949, München 2008, S. 15.

05 Vgl. Axel Schildt, *Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 44/1999, S. 1234–1244, hier S. 1238f.

06 Reimund Schnabel, *Katastrophenpläne scheiterten an der Hilfe echter Freunde*, in: *Neue Zeit*, 5.6.1965.

07 Ebd.

08 Karl Esselborn, *Neubeginn als Programm*, in: Ludwig Fischer (Hrsg.), *Hansers Sozialgeschichte der deutschen Literatur vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Bd. 10: *Literatur in der Bundesrepublik Deutschland bis 1967*, München 1986, S. 230–243, hier S. 230.

09 „Es gab keine ‚Stunde Null‘, aber wir hatten die Chance zu einem Neubeginn. Wir haben sie genutzt, so gut wir konnten. An die Stelle der Unfreiheit haben wir die demokratische Freiheit gesetzt.“ Richard von Weizsäcker, *Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa*, Rede am 8.5.1985.

10 Vgl. Richard von Weizsäcker, *Drei Mal Stunde Null? 1949, 1969, 1989*. Deutschlands europäische Zukunft, Berlin 2001.

11 Vgl. Hans Braun/Uta Gerhardt/Everhard Holtmann, *Die „lange Stunde Null“. Exogene Vorgaben und endogene Kräfte im gesellschaftlichen und politischen Wandel nach 1945*, in: dies., *Die lange Stunde Null. Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945*, Baden-Baden 2007, S. 7–26, hier S. 7f.

Eher geringe fachliche Verwendung fand der Topos der „Stunde Null“ hingegen ausgerechnet in seiner üblicherweise angenommenen zeitlichen Erstreckung, die von der Unterzeichnung der Kapitulation der deutschen Streitkräfte in der ersten Morgenstunde des 9. Mai 1945 durch den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Wilhelm Keitel bis zur Währungsreform in den Westzonen am 20. Juni 1948 oder sogar bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten am 23. Mai beziehungsweise 7. Oktober 1949 reicht. Auf wirtschaftlichem Gebiet etwa kann angesichts der weitgehend erhaltenen Substanz des deutschen Anlagevermögens von einem totalen Zusammenbruch keine Rede sein.¹² Auch in sozialer und kultureller Hinsicht erwies sich die vermeintliche „Stunde Null“ im Blick der Forschung eher als eine „große Illusion“, die die vielen Mentalitätsbrücken, die die west- wie die ostdeutsche Nachkriegsgesellschaft mit der Weimarer wie auch mit der NS-Zeit verbanden, fälschlich in den Hintergrund drängte.¹³

In der fortbestehenden Sozialschichtung, aber auch im Erziehungsstil wie im Wertehaushalt und nicht zuletzt in der mangelnden Bereitschaft zur kritischen Verarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit kamen Kontinuitäten und Gemeinsamkeiten zum Ausdruck, die sich erst mit der „Umgründung“ beziehungsweise Fundamentalliberalisierung der Bundesrepublik allmählich zu wandeln begannen.

Reduziert sich die „Stunde Null“ bei näherem Hinschauen also zu einem bloßen Mythos, der lediglich die Meistererzählung einer bundesdeutschen und eingeschränkt auch ostdeutschen Erfolgsgeschichte als „Aufstieg aus dem Nichts“ zu beglaubigen taugt?¹⁴ Für diese Sicht spricht,

12 Vgl. Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München 2007, S. 11. Ebenso Edgar Wolfrum, *Die 101 wichtigsten Fragen. Bundesrepublik Deutschland*, München 2011, S. 14.

13 Christoph Kleßmann, *1945 – welthistorische Zäsur und „Stunde Null“*, 15. 10. 2010, http://docupedia.de/zg/klessmann_1945_v1_de_2010.

14 „Mai 1945: Zum ersten Male in der Geschichte Europas hat ein Staat völlig aufgehört zu existieren. (...) Aber die Überlebenden stellen sich die Frage: Was soll werden? Gibt es noch einen Anfang? (...) Und das Wunder geschieht. Der Mensch besteht den Kampf und setzt sich durch. Stärker als alle Not und Schwierigkeiten ist der Wille zum Leben. (...) Ein Volk kämpft um seine Existenz und – gewinnt. Sechs Jahre später spricht man im Ausland vom deutschen Wunder.“ Kurt Zentner (Hrsg.), *Aufstieg aus dem Nichts. Deutschland von 1945 bis 1953. Eine Soziographie in zwei Bänden*, Köln–Berlin 1954, Bd. 1, S. 11.

dass andere Länder Europas kaum weniger zerstört und verheert worden waren, wie der Historiker Christoph Kleßmann zu Recht anmerkte.¹⁵ Eine solche Lesart wird allerdings dem Erfahrungshorizont der Zeitgenossen nicht gerecht, für die vielmehr galt: „Als der Krieg zu Ende ist, weiß niemand genau, wie es weitergehen wird.“¹⁶ Auch ausländische Beobachter, die im Gefolge der alliierten Truppen das besiegte Land erkundeten, verbanden mit der „Stunde Null“ den alles überwölbenden Eindruck einer fast vollständigen Zerstörung, die jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft unter sich begrub. Die ersten US-Soldaten, die die von den Sowjets eroberte ehemalige Reichshauptstadt Anfang Juli 1945 betreten durften, sahen sich in einen gigantischen Steinhaufen versetzt, dessen schiere Größe alle Anstrengungen der zu Aufräumarbeiten kommandierten Berliner erdrückte und den Gedanken an eine bessere Zukunft vollkommen verdrängte.¹⁷ Der amerikanische Journalist William Shirer hielt im Juli 1945 in seinem Tagebuch den niederschmetternden Eindruck fest, den die Ruinenstadt auf ihn machte: „Wie soll man Worte finden, um das Bild einer bis zur Unkenntlichkeit zerstörten großen Hauptstadt wahrheitsgetreu und genau zu schildern? Das Bild einer einstmals mächtigen Nation, die aufgehört hat zu bestehen?“¹⁸

QUELLEN- UND ANALYSEBEGRIFF

Es ist die historisch einzigartige Totalität und Härte des von den Zeitgenossen gleich welcher Seite empfundenen Einschnitts, die dem schon bald nach 1945 nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland aufgekommenen Wort von der „Stunde Null“¹⁹ seine bis heute fortwirkende Gel-

15 Vgl. Kleßmann (Anm. 13).

16 Reichardt/Zierenberg (Anm. 4), S. 15.

17 „Mit den bloßen Händen räumten sie die Straßen Stein um Stein und schichteten die Ziegel neben den Fundamenten auf. In dieser Hinsicht war alles ganz ordentlich. Ich weiß noch, dass es mir hoffnungslos erschien, vollkommen hoffnungslos. Das war zu sehen, und es war sehr deprimierend.“ Sam Sciuillo im Interview, in: Kloft (Anm. 1).

18 William Shirer, *Berliner Tagebuch. Das Ende, 1944–1945*, Leipzig 1994, S. 160.

19 Vgl. etwa für Frankreich Edgar Morin, *L’an zéro de l’Allemagne*, Paris 1946, und das deutsch-französische Schulbuch *Histoire/Geschichte, L’Europe et le monde depuis 1945* von 2006, dessen Kapitel 1/4 den Titel „La fin de la guerre en Allemagne: ‚l’année zéro?‘“ trägt.

tungskraft verleiht.²⁰ Kein anderes Ereignis der deutschen Geschichte kam diesem Nullpunkt so nahe wie das Ende des „Dritten Reiches“ 1945, das die hierarchisierte und differenzierte deutsche Bevölkerung über Nacht in eine distinktionslos verelendete Menschenmasse verwandelte²¹ und ihre Hauptstadt in ein Totenreich: „Wir fahren langsam den Kurfürstendamm herunter. Eine ausgestorbene, ausgelaugte Promenade, an der kein Fenster, keine Passage mehr zum Verweilen lockt. Auch die Kranzler-Ecke starrt tot in die Straße. Die Budapester Straße ist ein dörfliches Gebirge von Schutt und Schmutz geworden, über das sich nur mühsam das Rad fortbewegt. (...) Das ist das Berlin der Eleganz von gestern. Im Romantischen werden keine Welten mehr ersonnen, heiß umstritten und zu Kathedralen des Geistes aufgetürmt. Ein dunkles Loch gähnt an der Stelle. Und der Turm der scheußlichen Gedächtniskirche ist zerfleddert, zerschlissen, abgehackt.“²²

Diese sich scheinbar widersprechenden Befunde einer historisch unzutreffenden, aber zeitgenössisch anerkannten „Stunde Null“ verweisen auf die Differenz von Quellen- und Analysebegrifflichkeit. Die „Stunde Null“ ist keine historische Urteilkategorie, sondern ein zeitgenössischer Vorstellungstopos. Er bezeichnet das „Nullpunkt-Bewusstsein“,²³ das die Angehörigen der Zusammenbruchsgesellschaft angesichts des staatlichen Untergangs und des eigenen Existenzverlusts erfüllte. Er verweist auf den sinnweltlichen Horizont, vor dem die Zeitgenossen die „Katastrophe“ von totaler Niederlage, peinigendem Hunger und bohrender Schuld verarbeiteten. Er erlaubt den Erfahrungsraum sprachlich zu fassen, in dem die bisherige Ordnung des Lebens und Zusammenlebens aufgehoben war und in dem sich zugleich die Konturen

einer neuen Ordnung noch nicht klar genug abzeichneten, um Geltungskraft zu entfalten und Orientierung zu geben. In der Erfahrung einer „Stunde Null“ verschmelzen biografische Erfahrung und historische Zäsur in einer Intensität, wie sie kein anderer Umbruch des 20. Jahrhunderts aufwies – weder der fast lautlose Zerfall des Deutschen Kaiserreiches 1918, noch gar die ebenfalls nahezu gewaltlose und überdies nur einen kleineren Teil Deutschlands betreffende Überwindung der kommunistischen Herrschaft 1989 bedeuteten für die Deutschen eine auch nur annähernd vergleichbar umfassende Zeitenwende.

ZUKUNFTSVERLUST

Doch so scharf die historische Zäsur auch war, so zeitlich gestreckt wurde sie erlebt. Als biografischer Einschnitt bezeichnet die „Stunde Null“ kein einheitliches Datum, sondern zerfällt in unterschiedliche Nullpunkte.²⁴ Was ihre Gemeinsamkeit ausmacht, ist nicht derselbe Zeitraum, sondern dieselbe Erfahrung einer plötzlich veränderten oder sich gar auflösenden Ordnung der Zeit selbst, die ihr tradiertes Gefüge von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nicht mehr wahren kann.

Die Erfahrung der „Stunde Null“ bedeutete zunächst den vollständigen Verlust von Zukunft. Die radikalste Möglichkeit, der Auflösung der bisherigen Zeitordnung und ihrer Sinnhaftigkeit zu begegnen, bestand in der Selbstausslöschung. Tatsächlich wurde der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft von einer epidemischen Suizidwelle begleitet, die nach dem Untergang der 6. Armee vor Stalingrad im Winter 1943 einsetzte und nach der alliierten Landung in der Normandie im Sommer 1944 abermals anstieg, um schließlich „ein zwingendes Begleitphänomen der finalen Kämpfe um das Dritte Reich“ zu werden.²⁵ Allein in Berlin brachten sich in den Wochen vor und nach der Kapitulation fast 5000 Menschen um.²⁶ Vielfach war die allgemeine Angst vor den Siegern

20 So auch in jüngeren Gesamtdarstellungen: „Ein schärferer Bruch in Politik, Gesellschaft, Kultur und Recht war kaum denkbar. Insofern hatte der schon zeitgenössisch früh gebrauchte Begriff der ‚Stunde Null‘ seine Berechtigung.“ Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 551.

21 „Berlin baut ab. Die Männer und die Frauen, die der Staub mehlig überkrustet, sind ohne Namen, ohne Rang und ohne Sinn“, hielt der mit seiner Familie im Januar 1945 von Breslau nach Berlin evakuierte Zeitungsredakteur Karl Willy Beer in seinem später pseudonym veröffentlichten Tagebuch fest. Matthias Menzel, *Die Stadt ohne Tod. Berliner Tagebuch 1943/45*, Berlin 1946, S. 223.

22 Ebd., S. 215.

23 Ludwig Fischer, *Die Zeit von 1945 bis 1967 als Phase der Gesellschafts- und Literaturentwicklung*, in: ders. (Anm. 8), S. 29–98, hier S. 37.

24 Vgl. auch Braun/Gerhardt/Holtmann (Anm. 11), S. 7: „Die Erfahrung der Niederlage und der Besetzung durch alliierte Truppen wurde von der deutschen Bevölkerung nicht als einmaliges Erlebnis wahrgenommen, sondern zeitlich gestreckt über Monate und oftmals Jahre.“

25 Florian Huber, *Kind, versprich mir, dass du dich erschießt. Der Untergang der kleinen Leute*, Berlin 2015³, S. 92.

26 Vgl. Hannes Liebrandt, „Das Recht mich zu richten, das spreche ich ihnen ab!“ *Der Selbstmord der nationalsozialistischen Elite 1944/45*, Paderborn 2017, S. 274.

das Motiv, das in der Niederlage Zuflucht zum Tod von eigener Hand suchen ließ, häufiger noch das drückende Bewusstsein eigener Schuld und Verstrickung, am stärksten aber der alles beherrschende Eindruck, dass das Leben seinen Sinn verloren hatte, weil es keine Zukunft mehr gab. „Wie schön könnte die Zukunft sein, wenn ja, wenn nicht die grausige Wirklichkeit alles zunichtemachen würde, wovon wir träumten, wenn der Krieg zu Ende sein würde“, lautete der letzte Tagebucheintrag der Frau eines Lehrers im niederschlesischen Glatz, bevor sie sich mit ihrem Mann zum Selbstmord bereitmachte.²⁷

Niemand brachte diese Vorstellung einer Zeit ohne Zukunft klarer zum Ausdruck als Magda Goebbels, die Frau des NS-Propagandaministers Joseph Goebbels, die in einem Abschiedsbrief festhielt, warum sie ihre sechs Kinder mit Zyankali vergiften und Hitler zusammen mit ihrem Mann in den Tod folgen würde: „Die Welt, die nach dem Führer und dem Nationalsozialismus kommt, ist nicht mehr wert, darin zu leben.“²⁸ Wie für sie bedeutete vielen anderen in der „Stunde Null“ der Griff zum „rettenden heiligen Gift, dem Lethetrank“ nicht so sehr die vergessende Befreiung von der Vergangenheit, sondern vielmehr von einer unerträglichen Zukunft: „Es ist unbeschreiblich, dieses Bewußtsein: In ganz kurzer Zeit wirst du tot sein, dann hat alles ein Ende.“²⁹ Auch die 16 Jahre jüngere BDM-Führerin Melita Maschmann sah in diesen Wochen den größten Schrecken nicht im kommenden, sondern im ausbleibenden Tod: „Manchmal muß mich die unklare Angst gestreift haben, ich würde den mir bestimmten ‚Untergang‘ versäumen und würde ‚meine Welt‘ dann überleben müssen.“³⁰

Den Schritt aus dem Leben tat dennoch nur eine sehr kleine Minderheit der besiegten Deutschen. Aber auch für die Überlebenden galt, dass sie sich mit Anbruch der „Stunde Null“ in einer atomisierten Welt bewegten, die weder gesellschaftlichen noch zeitlichen Zusammenhalt mehr

besaß. „Der großtönende Begriff Deutschland ist gesprengt, aufgelöst in viele Millionen Einzelwesen, von denen jedes unsägliche Entbehrungen leidet“, notierte der Journalist Eberhard Schulz 1946 auf einer Fahrt mit einem alliierten Schnellzug durch das zerstörte Land,³¹ und der Schriftsteller Hans Werner Richter, der spätere Begründer der „Gruppe 47“, hielt den pessimistischen Dialog in seinem Zugabteil fest, der kaum ein Jahr nach Kriegsende um die Sorge vor einem neuen Krieg kreiste: „Wenn es Krieg gibt“, sagt die Frau, „dann gehen wir alle zugrunde. (...) Wir würden alle verhungern und umkommen. Und unsere Söhne, die uns geblieben sind, die haben wir auch noch zu verlieren.“ – „Ihre Söhne“, lacht der, der wie ein entlassener Offizier aussieht, „die haben so und so keine Zukunft mehr.“³²

VERGANGENHEITSLÖSCHUNG

Doch nicht nur Zukunftsverlust kennzeichnete die Erfahrung der „Stunde Null“, sondern ebenso eine schockartige Abkehr von der Vergangenheit, die von den einen willentlich in den Hintergrund gedrängt und von den anderen als ohne eigenes Zutun ausgelöscht empfunden werden konnte. Zahllos sind die Zeugnisse, die in dieser Zeit das eigene Ich aus seinen historischen Bezügen gerissen wähen und nicht nur gesellschaftlich, sondern auch zeitlich gleichsam atomisiert sehen: „Mir kam die Vergangenheit, die nur Leere hinterlassen hatte, wie ein Spuk vor“, resümierte ein Angehöriger der Flakhelfer-Generation im Nachhinein seine Empfindungen als desillusionierter Hitlerjunge in einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager. „Die Vergangenheit blieb bei uns allen fast völlig ausgeblendet. Zunächst wollte niemand über den Spuk von gestern reden.“³³

Im selben Denkmuster bewegte sich die Erinnerung einer 1926 geborene Zeitzeugin, die die „Ziellosigkeit der Nachkriegsnot“ (Lutz Niethammer) so schilderte: „Dann kam 1945 dieses animalische Leben. Also da hab ich auch wahrscheinlich einen großen Fehler gemacht, auch von der Vorbildung her, (nämlich) daß ich keinen

²⁷ Vgl. Huber (Anm. 25), S. 98 f.

²⁸ Magda Goebbels, Brief an Harald Quandt, 28. 4. 1945, zit. nach Anja Klabunde, Magda Goebbels. Annäherung an ein Leben, München 1999, S. 326.

²⁹ Ursula von Kardorff, Vier Frauenbildnisse von heute, in: Süddeutsche Zeitung, 15. 1. 1946, zit. nach Klaus R. Scherpe (Hrsg.), In Deutschland unterwegs. Reportagen, Skizzen, Berichte, 1945–1948, Stuttgart 1982, S. 51–56, hier S. 51.

³⁰ Melita Maschmann, Fazit. Mein Weg in der Hitler-Jugend, München 1981⁴, S. 176.

³¹ Eberhard Schulz, Baedeker im Westen, in: Der Kurier, Berlin, 15. 3. 1947, zit. nach Scherpe (Anm. 29), S. 114–135, hier S. 128.

³² Hans Werner Richter, Unterhaltungen am Schienenstrang, in: Der Ruf 4/1946, S. 6 f.

³³ Martin Sieg, Im Schatten der Wolfschanze: Hitlerjunge auf der Suche nach Sinn, Münster 1997, S. 87.

Wiederaufbaugedanken hatte. Eigentlich ein bißchen ein Leben ohne Hoffnung auf Verbesserung, sondern nur in den Tag hineinleben, sattwerden, Dach über dem Kopf, Kleidung.“³⁴

Reflektierter brachte der frühere Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ Dolf Sternberger im Sommer 1945 in der von ihm mitbegründeten Monatszeitschrift „Die Wandlung“ zum Ausdruck, wie eigentümlich unkenntlich ihm das Bild des Gewesenen geworden war: „Ich lebe im Augenblick, und weiß nicht, was mich eigentlich zusammenhält. Alle Dinge sind mir unbekannt – die Kraft, zu fassen und zu nennen, wie ausgesogen. Eine Burg steht lange in der blauen Ferne, mit den beiden großen Türmen, die ich ehemals gut kannte, als wir noch Ausflüge machten. Der Anblick zündet, ich bin voll Freude, etwas wiederzuerkennen, aber der Name fällt mir nicht ein, das Gedächtnis ist wie weggeschlagen.“³⁵

Andere Stimmen der Zeit zeugen von einer gezielten Verkapselung der versunkenen Welt, um sie vor der Tristesse der Gegenwart zu schützen, wie dies ein Autor auf seinem Gang durch das mitternächtliche Frankfurt am Main erlebte: „Das ist Deutschland. (...) Zeugnisse alter Geschichte, durch den Schritt deutscher Geschichte ausgelöscht – unwiederbringlich verlorene Denkmäler großer, alter Kunst. Das Auge wendet sich scheu ab, voller Furcht, das in der Erinnerung bewahrte schöne Bild zu trüben.“³⁶ Furcht vor der Strahlkraft einer besseren Vergangenheit, die das Leben in der Gegenwart unerträglich machen könnte, empfand in der Nachkriegszeit auch Hans Werner Richter: „Vor dem rauchgeschwärzten Bild dieser abendländischen Ruinenlandschaft, in der der Mensch taumelnd und gelöst aus allen überkommenen Bindungen irrt, verblasen alle Wertmaßstäbe der Vergangenheit.“³⁷ Was blieb, war eine alles umfassende

Gegenwart, die jeden Gedanken an Morgen und Gestern verschluckte, wie eine erdrückende Zahl gleichgerichteter Äußerungen der Jahre 1945 und 1946 bezeugt: „Weiter, der neue Tag. Es ist so sonderbar, ohne Zeitung, ohne Kalender, ohne Uhrzeit und Ultimo zu leben. Die zeitlose Zeit, die wie Wasser dahinrinnt.“³⁸

UNTERGANG ALS AUFBRUCH

Allerdings empfanden nicht alle so. Wer sich schon lange vor dem Untergang „immer wieder die dürre Frage: ‚Wie lange noch?‘“ gestellt hatte,³⁹ konnte wie der Journalist Karl Willy Beer schon zwei Tage nach der Kapitulation die Arbeit der von der sowjetischen Besatzungsmacht zusammengestellten Räumkommandos als Blick in eine bessere Zukunft deuten: „Beginnt so die produktive Arbeit mit der Abräumung von Müll? Sie hat immer damit begonnen.“⁴⁰

Die individuelle Ordnung der Zeit hing zudem maßgeblich vom eigenen Alter ab: „Denn ich will ja arbeiten. Ich sehe trotz allem der Zukunft hoffnungsvoll entgegen. Es wird bestimmt alles gut werden“, antwortete ein junges Mädchen, das im Endkampf seine Familie verloren hatte, auf die Frage eines (Ost-)Berliner Zeitungsreporters nach ihren Gedanken zum Jahresende 1945.⁴¹ Und zur selben Zeit konnte auch einem 30 Jahre Älteren die Entlassung aus der englischen Kriegsgefangenschaft zur Übernahme einer Lehrerstelle die Rückkehr der Zukunft in den eigenen Handlungshorizont bedeuten: „Doch man hat wieder Grund unter den Füßen, u. das Leben hat Inhalt bekommen.“⁴² Doch die eigene Position im Generationsgefüge bedeutete wenig gegenüber dem schroffen Gegensatz von

34 Interview Ida Meister, in: Lutz Niethammer, Privat-Wirtschaft. Erinnerungsfragmente einer anderen Umerziehung, in: ders. (Hrsg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist“. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 2, Berlin–Bonn 1973, S. 17–105, hier S. 45.

35 Dolf Sternberger, Reisen in Deutschland – Sommer 1945, in: ders., Tagebuch, in: Die Wandlung 1/1945–46, S. 7–13, S. 99–102; zit. nach Scherpe (Anm. 29), S. 153–165, hier S. 163f.

36 Kurt Loehning, Unsentimentale Reise durch Deutschland [Auszüge], in: Neubau 12/1946–47, S. 678–684, zit. nach Scherpe (Anm. 29), S. 108–114, hier S. 113f.

37 Hans Werner Richter, Warum schweigt die junge Generation?, in: Der Ruf 2/1946, S. 1f.

38 Junge Frau in Berlin, Tagebucheintrag vom 7.5.1945, in: Reichardt/Zierenberg (Anm. 4), S. 16. Ebenso: „Nichts zu essen, nichts zu heizen, nichts anzuziehen, so ist es heute. Von morgen weiß ich nur bestimmt; nichts zu essen, nichts zu heizen, nichts anzuziehen. Und warum es morgen anders sein sollte, weiß kein Mensch.“ G., Im Westen viel Neues. Interview mit dem Mann auf der Straße, in: Sie. Berlin, 29. 9. und 6. 10. 1946, zit. nach Scherpe (Anm. 29), S. 127–135, hier S. 130.

39 Tagebucheintrag vom 15.8.1943, in: Menzel (Anm. 21), S. 14.

40 Tagebucheintrag vom 4.5.1945, in: Menzel (Anm. 21), S. 195.

41 1945–1946, zweimal Neujahrstag. Gedanken unserer Berliner zum Jahreswechsel, in: Berliner Zeitung, 31. 12. 1945.

42 Tagebuchnotiz Rudolf Sabrow, 7./8. 12. 1945 (im Besitz des Verfassers).

Besiegten und Befreiten, der Letzteren eine Zukunft eröffnete, wo sie sich Ersteren verschloss, wie in derselben Reportage der Weimarer Pädagoge und Schulreformer Paul Hildebrandt unterstrich, der im KZ Ravensbrück seine mit ihm als „national unzuverlässig“ denunzierte und verschleppte Frau verloren hatte: „Im Frühjahr wurden wir frei. Wir waren wieder Menschen. Nun, ich bin zwar 75 Jahre alt, aber zu alt? Nein! Viel Arbeit sehe ich noch vor mir. Arbeit am Aufbau der Schulen, an der demokratischen Erziehung der Kinder. Ich werde zum Ende dieses Jahres viel an erlittenes Unrecht denken müssen, aber noch mehr daran, daß es zu einem neuen Beginn nie zu spät ist.“⁴³

Eine „echte Befreiung und Hoffnung auf eine bessere Zukunft“⁴⁴ bedeutete die Ankunft der Alliierten vor allem für die nach 1933 aus ihren akademischen Stellungen getriebene Elite. Wie der in Bayern untergetauchte Romanist Victor Klemperer begriffen sie die alliierte Erklärung, dass Deutschland als souveräner Staat zu existieren aufgehört habe, als Aufforderung, so rasch wie möglich nach Hause zurückzukehren, um sich für den „Aufbaudienst“ zur Verfügung zu stellen und „meine Ansprüche und Kenntnisse anzumelden“.⁴⁵

Keine Leerstelle bedeutete die Zukunft auch für die Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich unmittelbar nach ihrer Befreiung aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden zu einem Treck nach Berlin-Spandau formierten, „denn wir waren ja entschlossen, sofort unsere ganze Kraft geschlossen für die Ziele einzusetzen, für die wir so lange gekämpft hatten“.⁴⁶ Im gleichen Sinne handelten andere „Brandenburger“, die wie der auf abenteuerlichen Umwegen nach Berlin gelangte Jugendfunktionär und spätere SED-Chef Erich Honecker, der mit der „Hilfe von Genossen (...) sofort daran [ging], Mitglieder der KPD und des KJVD im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain zu sammeln“,⁴⁷ oder sein untergetauchter Haftkamerad Erich Hanke, der sich im „ehemalige[n] Unterbezirk Nordring, in dem ich als Pol.-Leiter

tätig gewesen war“, zur Stelle meldete, um seine von den Nazis unterbrochene Parteilarbeit fortzusetzen.⁴⁸

Jedenfalls für diejenigen, die auch in der NS-Zeit im Handeln oder Denken weiter zur Roten Fahne gehalten hatten, galt zumindest unangefochten eine intakte Zeitordnung, die den Untergang des „Dritten Reiches“ unbeirrbar als Aufbruch in die Zukunft zu lesen erlaubte und die Gegenwart als bloße Übergangszeit: „In dem Chaos, das wir vorfanden, dem Interregnum zwischen dem restlos zusammengestürzten Gestern und dem noch nicht angebrochenen Morgen, das Unaufschiebbarste zuerst zu tun – darauf kam es an. Das war zunächst die hohe und höchste Politik.“⁴⁹

Wenngleich weniger orientierungsgewiss, beherrschte das Bild eines möglichen Neuanfangs auch den Diskurs einer intellektuellen Elite, die sich nicht zu den Befreiten, sondern zu den Geschlagenen zu rechnen hatte. Die Zukunft, die insbesondere in der sogenannten Kahlschlag-Poesie und im Tabula-rasa-Denken beschworen wurde, zielte allerdings nicht auf einen Neubeginn im Zeichen eines für gesetzmäßig gehaltenen Fortschritts, sondern auf eine Zukunft durch kulturkritische Läuterung, die in den Worten Alfred Anderschs „aus der unglaublichen Gunst einer totalen Niederlage heraus die Kraft zur totalen Wandlung“ ableitete.⁵⁰ Allerdings stieß der Ruf nach einer „Revolution der Wiederbegegnung von Geist und Politik in Deutschland“, zu der der Publizist Eugen Kogon pathetisch aufrief,⁵¹ nur auf sehr verhaltene Resonanz, wie sich Hans Werner Richter erinnerte: „Am Abend sitze ich im Kreis früherer Freunde. (...) Einer sagt etwas über die Aufgaben der jungen Generation, von den sozialistischen Aufgaben, die auf uns warten und auf die wir jahrelang gewartet haben. Alle lächeln resigniert.“⁵²

43 Ebd.

44 Konrad H. Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, München 2004, S. 13.

45 Tagebucheintrag vom 17.5.1945, in: Victor Klemperer, *Tagebücher 1945*, Berlin 1999, S. 148.

46 Wilhelm Thiele, *Geschichten zur Geschichte*, Berlin 1981, S. 193.

47 Erich Honecker, *Aus meinem Leben*, Berlin 1980, S. 113.

48 Erich Hanke, *Erinnerungen eines Illegalen*, Berlin 1974, S. 264.

49 Fritz Selbmann, Vorwort, in: ders. (Hrsg.), *Die erste Stunde. Porträts*, Berlin 1969, S. 7–18, hier S. 13 (Hervorhebung im Original).

50 Alfred Andersch, *Die zwei Gesichter des Charles Bidault*, in: *Der Ruf* 5/1946, S. 3.

51 Eugen Kogon, *Die deutsche Revolution*, in: *Frankfurter Hefte* 4/1946, S. 17–26, hier S. 26.

52 Hans Werner Richter, „Wo sollen wir landen, wo treiben wir hin ...“ Skizzen aus einer Reise in die östliche Zone, in: *Der Ruf* 1/1946, S. 4 f. und 2/1946, S. 6 f., zit. nach Scherpe (Anm. 29), S. 185–201, hier S. 192.

„STUNDE NULL“ UND „ZWEITE SCHULD“

Richters Beobachtung erfasste eine breite Mehrheit der deutschen Nachkriegsgesellschaft, deren Denkwelt in der „Stunde Null“ von Resignation gekennzeichnet war. Ihr verbindendes Merkmal bestand darin, dass sie die Abschneidung von Zukunft und Vergangenheit und damit den Sturz in die Zeitlosigkeit aus der Perspektive des Erleidenden, aber nicht des zugefügten Verlustes wahrnahmen – die Mitlebenden der „Stunde Null“ verstanden sich als deutsche Opfer; die Opfer der Deutschen befanden sich fast vollständig außerhalb ihrer Sinnwelt.

Diese Perspektive drängte sich umso mehr Besuchern aus dem Ausland auf. Zu Forschungen nach dem Verbleib jüdischen Kulturguts nach Deutschland gereist, beobachtete die Philosophin Hannah Arendt 1949/50 „die Deutschen, wie sie geschäftig durch die Ruinen ihrer tausendjährigen Geschichte stolpern und für die zerstörten Wahrzeichen ein Achselzucken übrig haben oder wie sie es einem verübeln, wenn man sie an die Schreckenstaten erinnert, welche die ganze übrige Welt nicht loslassen“.⁵³ Als „Abwehr der Wirklichkeit“ durch „fieberhafte Geschäftigkeit“ deutete die im amerikanischen Exil heimisch gewordene Arendt diese Haltung, an der Besinnungsappelle ohnmächtig abprallen.⁵⁴

Knapp 15 Jahre später brachten Alexander und Margarete Mitscherlich diese Erinnerungsverweigerung auf die eingängige Formel einer

„vaterlosen Gesellschaft“, die mit Derealisierung auf die traumatisch erfahrene Entwertung des eigenen Ich-Ideals nach dem Erwachen aus dem Rausch der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft reagiert habe.⁵⁵ Mitscherlichs Diagnose einer Unfähigkeit der Nachkriegsgesellschaft, über den erlittenen Verlust zu trauern, gewann im Zuge der 68er-Bewegung und mehr noch des späteren geschichtspolitischen Paradigmenwechsels der Bundesrepublik immer weiter an Geltungskraft. Sie amalgamiert bis heute den Topos einer vermeintlichen „Stunde Null“ bevorzugt mit dem Narrativ der verdrängten Vergangenheit und der mit ihr verbundenen „zweiten Schuld“.⁵⁶

In dieser Sicht tritt die rückblickend so empörende Selbstentlastung der deutschen Nachkriegsgesellschaft bis in die 1960er und 1970er Jahre zutage, die mit Abwehr und Schlussstrichen auf die vom Philosophen der Frankfurter Schule Theodor W. Adorno 1959 erstmals unter den Begriff der „Aufarbeitung“ gestellte Forderung reagierte, „daß man das Vergangene im Ernst verarbeite, seinen Bann breche durch helles Bewußtsein“.⁵⁷ Aber eine solch einseitige Bewertung der Formel von der „Stunde Null“ wird zugleich der Erfahrung der Zeitgenossen nicht gerecht, die sich von einem Augenblick zum anderen aus einer nationalsozialistisch geprägten Sinnwelt vertrieben fanden, die ihnen seit 1933 und den Zweiten Weltkrieg hindurch nicht nur ein ideologisches Verständnisgerüst geboten hatte, sondern auch eine lange stabil scheinende und plötzlich gesprengte Zeitordnung. Für sie, die sich mit dem militärischen, politischen und moralischen Zusammenbruch, den das Ende des „Dritten Reiches“ bedeutete, für einen welthistorischen Moment in eine Welt ohne Vergangenheit und Zukunft entlassen sahen, bildet die Metapher der „Stunde Null“ einen denkbar prägnanten Ausdruck.

MARTIN SABROW

ist Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF).

sekretariat@zzf-potsdam.de

53 Hannah Arendt, Besuch in Deutschland 1950. Die Nachwirkungen des Naziregimes, in: dies., *Zur Zeit. Politische Essays*, Hamburg 1999, S. 43–70, hier S. 51 (engl. Originalfassung: *The Aftermath of Nazi Rule. Report from Germany*, in: *Commentary* 10/1950, S. 342–353).

54 „(...) wirklich sind die Ruinen, wirklich ist das vergangene Grauen, wirklich sind die Toten, die ihr vergessen habt.“ (Ebd.)

55 Vgl. Alexander Mitscherlich, *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft*, München 1963; ders./Margarete Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1967; Tobias Freimüller, *Der versäumte Abschied von der Volksgemeinschaft. Psychoanalyse und „Vergangenheitsbewältigung“*, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hrsg.), *50 Klassiker der Zeitgeschichte*, Göttingen 2007, S. 66–70.

56 Ralph Giordano, *Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein*, Hamburg 1987.

57 Theodor W. Adorno, *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit*, in: ders., *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker, 1959–1969*, Frankfurt/M. 1971, S. 10–128, hier S. 10.

DIE NACHKRIEGSZEIT ALS GEWALTZEIT

Ausnahmezustände nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Martin H. Geyer

Welche Art von physischer oder psychischer Gewalt man auch betrachtet, der Kriegswinter 1944/45 reiht sich in der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts in die Serie blutiger „Höhepunkte“ ein. Alles spricht dafür, die damalige Zeit als eine Abfolge permanenter Ausnahmezustände zu begreifen, die bereits in den 1930er Jahren begannen und erst Ende der 1940er Jahre ein Ende fanden.⁰¹ In den letzten Kriegsmonaten in Deutschland handelte es sich nicht mehr nur um einen Ausnahmezustand der Vernichtung, sondern auch der Selbstvernichtung, der sich in die Geschichte des NS-Maßnahmenstaates einreicht und erst mit dem Selbstmord Adolf Hitlers am 30. April und der bedingungslosen Kapitulation am 7. und 8. Mai 1945 ein Ende fand. Ein Ende der Ausnahmezustände bedeutete das nicht.

Die seit September 1944 von den Alliierten besetzten Gebiete standen unter Kriegsrecht, de facto eine Form souveräner Diktatur der Militärgouverneure mit *supreme authority*, was am 5. Juni 1945 in der Berliner Deklaration nochmals bestätigt wurde.⁰² Wenige Wochen später wurden auf der Konferenz von Potsdam die allgemeinen Ziele der Deutschlandpolitik bestimmt: die Beseitigung des NS-Staates, seines Personals wie des NS-Rechts, dann die politische wie staatliche Neuordnung Deutschlands, einschließlich die Rückkehr Deutschlands auf den Boden verfassungsmäßig begründeter Rechtsstaatlichkeit.

Die sich frühzeitig abzeichnenden – sehr ungleichen – Wege der Normalisierungen der Verhältnisse in den westlichen Zonen und in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) sind oft beschrieben worden, weniger dagegen, dass diese Normalisierungen unter den Vorzeichen eines vorherrschenden Ausnahmezustands erfolgten. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang besonders jene spezifische Gewaltkonstellation während des Übergangs von Herrschaft, der sich vom Winter 1944/45 zunächst punktuell, dann aber in ganz Deutschland bis in den Sommer hinzog. Es handelte sich um ei-

nen Ausnahmezustand einer „Stunde Null“ (allein in der Geschichte deutscher Staatlichkeit), als sich Herrschafts- und Machtverhältnisse verkehrten, vielfach alte Rechnungen beglichen wurden, aber auch Souveränität neu verhandelt und begründet wurde. Das gilt nicht nur für Deutschland. In anderen Ländern mündete diese Konstellation des Jahres 1945 in blutige Bürgerkriege und Konflikte.

AUSNAHMEZUSTAND DER (SELBST-)VERNICHTUNG

Der NS-Staat und die Diktatur Adolf Hitlers waren im erklärten Ausnahmezustand der Machtübernahme des Jahres 1933 begründet.⁰³ Die Sicherung der Rechte der „Volksgemeinschaft“ einerseits und die Rechtlosigkeit mit der Verfügung über das Leben der „Gemeinschaftsfremden“ sowie der inneren wie der äußeren „Feinde“ andererseits lagen von Anfang an eng beieinander. Die blutige Spur der Mordaktionen seit 1933 zeigt, dass solche fortschreitenden Grenzüberschreitungen, die Ausweitung des Ausnahmerechts und die Entrechtung immer neuer Gruppen dem NS-System immanent waren und, lange vor Kriegsende, mit dem Mord an der jüdischen Bevölkerung Europas einen „Höhepunkt“ erreicht hatten. Der „totale Krieg“ mit seinen „militärischen Notwendigkeiten“ und den „Lehren“, welche aus dem Ersten Weltkrieg gezogen wurden, hatten dabei die Wirkung eines Brandbeschleunigers.

Im Winter 1944/45 kehrte der Krieg dahin zurück, wo er 1939 in Europa begonnen hatte und wo er im zerstörten Berlin schließlich auch enden sollte.⁰⁴ Die Erfahrung exzessiver Gewalt im Ausnahmezustand des Krieges war nun auch für Deutsche nicht mehr auf ferne Schauplätze beschränkt. Mit über 450 000 im Januar und rund 900 000 Toten in den folgenden Monaten bis April summierte sich die Zahl der Verluste allein in diesem kurzen Zeitraum auf etwa ein Drittel aller während des Krieges gefallenen deut-

schen Soldaten, ein großer Teil davon auf deutschem Boden. Dazu zählten auch die Kohorten von eilends ausgebildeten, unerfahrenen 17-Jährigen, die in den letzten Schlachten „verheizt“ wurden. Dazu addierten sich Hunderttausende weitere Tote, darunter Angehörige des sogenannten Volkssturms.⁰⁵ Die Straßen waren Orte des alltäglichen Ausnahmezustands.

Im Osten des Deutschen Reiches bot sich ein Bild von Chaos und Auflösung, ähnlich wie in vielen deutschen Großstädten, deren Bevölkerung von den intensivierten Bombenangriffen betroffen war. Nach den letzten Mordaktionen in aufgelösten Konzentrationslagern und Außenlagern bewegte sich ein Strom von als arbeitsfähig eingestuften KZ-Insassen in „Todesmärschen“ durch das Land, sichtbar auch für große Teile der deutschen Bevölkerung, noch bevor sie durch Bild- und Filmdokumente der Besatzungsmächte mit dem Genozid konfrontiert wurde. Der Weg von Millionen Flüchtlingen kreuzte sich in diesem ungewöhnlich kalten Winter mit dem Rückzug der Wehrmacht sowie den Vorstößen der Roten Armee. Gerüchte und Nachrichten über die exzessive Gewalt russischer Soldaten auch gegen die Zivilbevölkerung, darunter Massenvergewaltigungen, verbreiteten sich wie ein Lauffeuer und waren Wasser auf die Mühlen der Goebbels'schen Durchhaltepropaganda. Auf dem Weg Richtung Westen kamen mindestens eine halbe Million Flüchtlinge zu Tode.⁰⁶

01 Martin Broszat et al. (Hrsg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988; *Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 10/I und II: Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945*, München 2008; Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), *Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiung in nationaler und internationaler Perspektive*, Göttingen 2004; Richard Bessel, *Germany 1945. From War to Peace*, New York u. a. 2009.

02 Vgl. Michael Stolleis, *Besatzungsherrschaft und Wiederaufbau deutscher Staatlichkeit 1945–1949*, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I: Historische Grundlagen*, Heidelberg 2003, S. 269–313, insb. S. 273–282.

03 Die klassische Formulierung findet sich bei Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*, Hamburg 2001². Vgl. auch Martin H. Geyer, *Grenzüberschreitungen: Vom Belagerungszustand zum Ausnahmezustand*, in: Nils Werber et al. (Hrsg.), *Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch*, Stuttgart–Weimar 2014, S. 341–384, S. 375–378.

04 Für das Folgende vgl. die Literatur in Anm. 1.

05 Vgl. die differenzierte Analyse von Rüdiger Overmans, *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, München 2009³.

06 Vgl. ebd., S. 299.

Sich selbst zu helfen, das eigene nackte Leben und das der nächsten Angehörigen zu retten, nicht in den Strudel der Vernichtung gezogen zu werden – Sorgen wie diese dominierten das prekäre Leben im Ausnahmezustand. Damit gingen zugleich – scheinbar paradoxe – Bemühungen um „Normalität“ einher, wo der Alltag noch durch Arbeit und eingespielte Routine bestimmt wurde. Zu sehen ist das bei den letzten kriegswirtschaftlichen Anstrengungen in Form der „Notrüstung“, dann aber auch bei der Kontrolle der Millionenzahl ausländischer Zwangsarbeiter im reichsweiten Lagersystem bis in die letzten Kriegswochen hinein; bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln oder wenn es darum ging, Feuer zu löschen, Kranke zu versorgen oder letzte Kriegstraunungen abzuhalten; das galt selbst noch für den militärischen Betrieb. Diese Normalität im allgemeinen Ausnahmezustand trug dazu bei, den Krieg zu verlängern, ermöglichte dann aber auch, wie sich zeigen sollte, unter den widrigen Bedingungen der Nachkriegszeit den Wiederaufbau.⁰⁷

Die NS-Führung, gefolgt von Teilen des Militärs und der Bürokratie, forcierte den Ausnahmezustand des totalen Krieges, der in den letzten Kriegsmonaten in einen Ausnahmezustand der Selbstvernichtung mündete. Wie vieles in der Geschichte des Nationalsozialismus ist dieser Vorgang ziemlich einzigartig.⁰⁸ Eine solche Selbstvernichtung, der weder eine zivile Regierung noch das Militär (wie 1918) Einhalt gebieten konnte, zeichnete sich seit dem militärischen Desaster in Stalingrad ab. Alltägliche Propagandaparenen wie der „Kampf bis zum letzten Mann“, „Kampf um Sein oder Nichtsein“, sich „lieber totschiessen lassen, als

07 Vgl. Susanne zur Nieden, *Alltag im Ausnahmezustand. Frauentagebücher im zerstörten Deutschland, 1943 bis 1945*, Berlin 1993; Lutz Niethammer (Hrsg.), *Lebensgeschichte und Alltagskultur im Ruhrgebiet 1930–1960*, 3 Bde., Berlin 1983–1985; Walter Kempowski, *Das Echolot. Abgesang '45. Ein kollektives Tagebuch*, München 2005.

08 Vgl. Heinrich Schwendemann, *Strategie der Selbstvernichtung. Die Wehrmachtführung im „Endkampf“ und das „Dritte Reich“*, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*, München 1999, S. 224–244; Michael Geyer, *Endkampf 1918 und 1945. German Nationalism, Annihilation, and Self-Destruction*, in: Alf Lüdtke/Bernd Weisbrod (Hrsg.), *No Man's Land of Violence. Extreme Wars in the 20th Century*, Göttingen 2006, S. 35–67; Andreas Kunz, *Wehrmacht und Niederlage. Die bewaffnete Macht in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft 1944 bis 1945*, München 2007; Ian Kershaw, *Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45*, München 2013.

sich dem Feind zu ergeben“ gehörten ebenso dazu wie die systematische Zerstörung der wirtschaftlichen infrastrukturellen Lebensadern nun auch im Reichsgebiet. Das apokalyptische Endzeitszenario hatte Hitler selbst umrissen, als er im Gespräch mit seinem Rüstungsminister Albert Speer davon sprach, dass „wenn der Krieg verloren geht, wird auch das Volk verloren sein“; es sei daher „nicht notwendig auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil es ist besser, selbst diese Dinge zu zerstören“, wenn, wie er meinte, das deutsche Volk sich als „das schwächere“ erwiesen habe.⁰⁹ Dass das „Alles oder Nichts“ der Untergangsprophetien zunächst und vor allem den NS-Staat betraf, war kaum mehr zu übersehen.

Mit der „belagerten Festung“ tauchte in diesem Zusammenhang vermehrt das Urbild des militärischen wie rechtlichen Ausnahmezustands auf: als Rechtfertigung für eine umfassende, auch gewaltsame Verfügung über Eigentum, Leben und Grundrechte, einschließlich der Mobilisierung von Jugendlichen, Frauen und Alten für den Volkssturm und Schanzarbeiten sowie der Unterstellung der Bevölkerung und der Wirtschaft unter Militärrecht.¹⁰ Als Endzeitszenario – mit einem unzeitgemäß glücklichen Ausgang – wurde dieses Belagerungsbild im 1943/44 produzierten Propaganda-Spielfilm „Kolberg“ von Veit Harlan auf die Leinwand gebracht. Dabei sollte der heroisierte Verteidigungskampf der preußischen Stadt gegen Napoleon den Deutschen als Vorbild dienen. Was das in der Realität bedeutete, zeigt das Beispiel der zur Festung deklarierten Stadt Breslau (Wrocław), die über Wochen bis Anfang Mai standhielt, mit schätzungsweise allein über 50 000 Toten unter der in der Stadt verbliebenen Zivilbevölkerung. Das war kein Einzelfall im Ausnahmezustand der Selbstvernichtung.¹¹

In vielen deutschen Städten stellte sich noch kurz vor Kriegsende diese letzte – existenzielle – Frage einer möglichen (für die Zivilisten in der Regel unfreiwilligen) Selbstaufopferung. Terrordrohungen des militärischen Ausnahmezustands standen im Raum: Eilends ins Leben gerufene Sonder- und

Standgerichte des Militärs wie der Partei verhängten und exekutierten selbst bei geringen Vergehen Todesstrafen, denen in den letzten Kriegsmonaten Hunderte Menschen zum Opfer fielen. Weitgehend im Dunkeln bleibt dabei das Ausmaß individueller und kollektiver Mordaktionen fanatisierter Kämpfer des Endkampfes, die sich gleichermaßen gegen Fremdarbeiter, KZ-Insassen, deutsche Zivilisten und Soldaten richteten. „An den Bäumen im Reichsgebiet hingen Zivilisten und Soldaten, Fremde wie Einheimische“, schrieb der Militärhistoriker Rolf-Dieter Müller.¹² Weder solche Sondergerichte noch Selbstermächtigungen Einzelner im Dienste des Staates, der Partei oder des Volkes, etwa in Form von Denunziationen, waren neuartig.

Die im Grunde folgerichtige Konsequenz dieses Ausnahmezustands der Selbstvernichtung war zweifellos der Selbstmord zahlreicher großer und kleiner NS-Funktionäre: „Die Nachfrage nach Gift, nach einer Pistole oder sonstigen Mitteln, dem Leben ein Ende zu bereiten, ist überall groß. Selbstmorde aus echter Verzweiflung über die mit Sicherheit zu erwartende Katastrophe sind an der Tagesordnung“, berichtete der Sicherheitsdienst der SS in einem der letzten Stimmungsberichte aus dem Reich.¹³ Dass die meisten NS-Parteigänger ebenso wie die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Rettung ihres eigenen Lebens dem Tod vorzogen, zeugt nicht nur von Überlebenswillen, sondern auch davon, wie zynisch die vormaligen Rechtfertigungen der umfassenden Verfügung über Leben und Eigentum im Endkampf waren.

AUSNAHMEZUSTAND DER „STUNDE NULL“

Für Soldaten, Zivilisten, Zwangsarbeiter und KZ-Insassen war 1944/45 der Krieg zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu Ende, und fast immer waren auch damit noch Gefahren verbunden. Das galt, wenn sich Soldaten ergaben, besonders aber für den Moment, als sich die bisherigen Herrschaftsträger – der Partei- und Sicherheitsapparat, das Militär, die Polizeiorgane, vielfach aber auch Beamte und hohe kirchliche Würdenträger – flucht-

09 Albert Speer, *Erinnerungen*, Berlin 1976⁴, S. 556.

10 Vgl. Ludolf Herbst, *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945*, Stuttgart 1982; Andreas Toppe, *Militär und Kriegsvölkerrecht: Rechtsnorm, Fachdiskurs und Kriegspraxis in Deutschland, 1899–1940*, München 2008.

11 Vgl. Kunz (Anm. 8), S. 223–232.

12 Rolf-Dieter Müller, *Das Deutsche Reich und das Jahr 1945. Eine Bilanz*, in: *Militärgeschichtliches Forschungsamt (Anm. 1)*, Bd. 10/II, S. 699–732, S. 716.

13 Bernd-A. Rusinek, *Ende des Zweiten Weltkrieges lokal, regional, international. Forschungsstand und Perspektiven*, in: ders. (Anm. 1), S. 7–23, hier S. 9.

artig zurückzogen, sowie für die kritische Übergangszeit, in der sich die alliierten Truppen als neue Ordnungsmacht etablierten.

Dieser Vorgang wiederholte sich in der einen oder anderen Weise überall, nicht nur im bis dahin besetzten Europa, sondern auch in den Kolonien der europäischen Mächte.¹⁴ Abstrakt formuliert, handelte es sich um einen „liminalen Zustand“ des Übergangs von Herrschaftssystemen, konkret: eine Zeit zwischen zwei militärischen Kriegs- und Ausnahmezuständen, als die letzten Kommandos von Polizei, SS, aber auch fanatisierten Parteiangehörigen noch viel Unheil anrichteten und die neue militärische Ordnungsmacht noch nicht etabliert war, ja, darüber hinaus, den Soldaten einen Freibrief zu selbstermächtigendem Handeln gab.

So problematisch der Begriff der „Stunde Null“ in seiner gängigen, oft kritisierten Leseweise als Neuanfang ohne Voraussetzungen ist,¹⁵ kommt damit ein Ausnahmezustand *sui generis* in den Blick. Autobiografisch findet man diesen Moment in sehr unterschiedlicher Weise be- und umschrieben: als einen merkwürdigen Naturzustand, ja als eine „Wolfs-“ oder „Niemandszeit“,¹⁶ als ein Moment der Freiheit, nämlich als Befreiung von Herrschaft und Terror – und mit Terror konnte sehr Unterschiedliches gemeint sein, auch der in dieser letzten Phase des Krieges intensivierte „Bombenterror“ –, oder als Stillstand des staatlich-administrativen Herrschaftsapparats, seitens der deutschen Bevölkerung weit häufiger aber auch als Moment des Verlustes von etablierten Sinnordnungen und absoluter Schutzlosigkeit. Der vormalige Leviathan und seine Gesetze wurden für kurze Zeit unsichtbar.¹⁷

Liminalität bezeichnet hierbei auch einen Schwellenzustand, in dem sich der Status sowie die Macht- und Gewaltverhältnisse von Opfern und Tätern verkehrten. War das nicht eigentlich der

Moment jenes „wirklichen Ausnahmezustands“ der Unterdrückten in Reaktion auf den „Ausnahmezustand‘ in dem wir leben“, von dem der Schriftsteller und Philosoph Walter Benjamin wenige Monate vor seinem Suizid auf der gescheiterten Flucht aus dem von deutschen Truppen besetzten Frankreich gesprochen hatte?¹⁸ Diejenigen, die in der einen oder anderen Weise die Gewalt des Ausnahmezustands des NS-Regimes erlitten hatten, sahen sich, falls sie selbst nicht zu sehr demoralisiert waren, in die Lage versetzt, alte Rechnungen zu begleichen. Bedenkt man, wer sich im Winter 1944/45 als „Opfer“ des Krieges verstand, wird deutlich, wie kompliziert diese Konstellationen unter den Bedingungen von Ausnahmezuständen sein konnten.

Im vormalig besetzten Europa schritten Partisanen- und Bürgerkomitees 1944/45 überall zur Abrechnung mit den vormaligen Handlangern und willfährigen Kollaborateuren des NS-Regimes, mit schätzungsweise bis zu 10 000 Toten in Frankreich, bis zu 15 000 in Italien. Ihre Aktionsformen eines „wirklichen Ausnahmezustands“ waren vielfältig: Kahlscheren von Frauen, Bedrohung, Exekution und Vermögenskonfiskationen. Diese Auseinandersetzungen gingen in Ländern wie der Ukraine, Polen, Griechenland, insbesondere aber in Jugoslawien in neue gewalttätige Auseinandersetzungen und Bürgerkriege über, in denen es auch um ethnische und nationale Vorherrschaft ging.¹⁹

Solche Exzesse direkter Gewalt gab es auch in Deutschland, mit Zehntausenden toten Zivilisten im Zuge von Plünderungen und gewalttätigen Übergriffen von Soldaten, die Wohnungen durchsuchten und es (bestenfalls) auf Trophäen des Sieges wie Uhren und andere Wertgegenstände abgesehen hatten. Die eigentlichen Opfer dieses gesetzlosen Zustands waren Mädchen und Frauen aller Altersgruppen. Die sexuelle Gewalt, die vielen angetan wurde, illustriert mehr als alles andere diesen umfassenden Ausnahmezustand, in dem Recht und Moral suspendiert zu sein schienen. Über den physischen Schmerz hinaus schrieb sich dadurch die Gewalt der Sieger dauerhaft in das Leben Hunderttausender Frauen

14 Vgl. Keith Lowe, *Der wilde Kontinent. Europa in den Jahren der Anarchie 1943–1950*, Stuttgart 2014.

15 Vgl. Christoph Kleßmann, *1945 – welthistorische Zäsur und „Stunde Null“*, 15. 10. 2010, http://docupedia.de/zg/klessmann_1945_v1_de_2010. Siehe auch den Beitrag von Martin Sabrow in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

16 Harald Jähner, *Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945–1955*, Berlin 2019; „Niemandszeit“ bei Miriam Gebhardt, *Als die Soldaten kamen: Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs*, München 2016, S. 117.

17 Neben den zahlreichen regionalgeschichtlichen Studien vgl. Benjamin Möckel (Hrsg.), *Erfahrungsbruch und Generationsbehauptung. Die „Kriegsjugendgeneration“ in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften*, Göttingen 2014.

18 Walter Benjamin, *Über den Begriff der Geschichte*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. I/1, Frankfurt/M. 1991, S. 691–704, hier S. 697.

19 Vgl. Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), *Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1991; Ulrich Herbert/Axel Schildt, *Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948*, Essen 1998; Lowe (*Anm. 14*), S. 235–441.

ein. Wie zahlreiche Darstellungen zeigen, waren die von der Roten Armee besetzten Gebiete am meisten betroffen; Formen sexueller Gewalt als Massenphänomen gab es aber auch in der französischen Besatzungszone. Was im Zuge der Besetzung des Landes von der sowjetischen Militärführung geduldet, ja sogar durch gezielte Propaganda der Rache befeuert wurde, entwickelte sich zu einem Problem für die militärische Disziplin, dem weit über 1945 hinaus in der SBZ kaum Herr zu werden war und das sich schließlich nur durch Kasernierung und Isolierung ihrer Soldaten lösen ließ.²⁰

Von Anfang an waren die demütigenden Erfahrungen der Betroffenen, aber auch die der mitwissenden Angehörigen, begleitet von Schweigen, jedenfalls in der Öffentlichkeit. Anders war das bei dem Thema der Gewalt, die von sogenannten Displaced Persons ausging – also von ehemaligen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen sowie KZ- und sonstigen Lagerinsassen, die sich infolge des Krieges außerhalb ihres Staates befanden. Das Kriegsende im Sinne der „Stunde Null“ hieß gerade für diese Menschen zunächst vor allem Befreiung – umso mehr, als sie bis zur letzten Minute um ihr Leben hatten fürchten müssen. Zehntausende von ihnen wurden Opfer letzter Gewaltexzesse des NS-Staates und seiner Schergen.

Unter den rund 10,8 Millionen Zwangsarbeitern auf Deutschem Reichsgebiet herrschte, wie ein US-amerikanischer Beobachter notierte, eine „ausgelassene Ferienstimmung“.²¹ Die Arbeit in den Betrieben war eingestellt, die früher bewachten Lagertore öffneten sich. Freiheit bedeutete zugleich, dass diese Personen in den ersten Wochen der Besetzung vielfach auf sich selbst gestellt und damit zunächst ohne Versorgung waren. Im ganzen Reichsgebiet kam es zu Plünderungen, die sich

bis weit in das Jahr 1945 hinzogen und auch danach ein öffentliches Thema blieben. Dabei blieb es nicht nur bei der „Bezahlung durch Prügel“.²² Vor allem Menschen in ländlichen Gegenden waren davon betroffen und griffen ihrerseits oft zur „Selbsthilfe“. Dokumentiert sind eine Vielzahl von Morden und Akte von Totschlag, aber auch Vergewaltigungen, die von Displaced Persons begangen wurden und viel Beachtung fanden.²³

Gewalt Einzelner wurde dabei von Anfang an gegen die Gewalt des NS-Staates aufgerechnet oder mit ihr gleichgesetzt. Deutlich wird das in einem Brief Ernst Jüngers an Carl Schmitt, in dem sich der Schriftsteller 1948 rückblickend über ein Gespräch mokiert, das er kurz nach der Besetzung 1945 mit amerikanischen Journalisten geführt hatte, die offenbar noch ganz unter dem Eindruck eines kurz zuvor besichtigten Konzentrationslager standen. Während Jünger auf einen naheliegenden Gutshof verwies, wo ein Mann „von Polen (...) unter schauerlichen Umständen“ ermordet worden war, hatte er den Eindruck, dass die Journalisten den Ort kaum wahrnehmen wollten, ja, dass ihnen der Anblick unangenehm war: „Zum Opfer muss die Aktualität hinzutreten, die Legitimation durch den common sense“, so seine Konklusion – für den Juristen Schmitt eine „entzückend[e]“ Illustration für die „Wandlungen, die sofort mit jedem Wort und Begriff eintreten, sobald sie in den Bereich einer konkreten Freund-Feind-Situation treten.“²⁴

Aber hatten sich wirklich nur die Fronten verkehrt? Nicht erst 1948 ging es um Fragen der Ahndung von Mord. Die anfängliche Nachsicht der Besatzungsmächte verkehrte sich auch in diesem Fall rasch in Ungeduld. Um das „Problem“ in den Griff zu bekommen und die öffentliche Ordnung nicht zu gefährden, wurden Displaced Persons teilweise erneut in Übergangslagern untergebracht. Die ersten zwölf Todesurteile der US-Militärgerichte in Hessen betrafen im Sommer 1945 Displaced Persons, die bewaffnete Raubüberfälle und/oder Morde begangen hatten.²⁵

20 Vgl. Gebhardt (Anm. 16), S. 33, mit Schätzungen von mindestens 860 000 Vergewaltigungen in den vier Besatzungszonen, davon der größte Teil in der SBZ, gefolgt von der französischen Besatzungszone; Norman Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997, S. 91–179; Manfred Zeidler, *Die Rote Armee auf deutschem Boden*, in: *Militärgeschichtliches Forschungsamt* (Anm. 1), Bd. 10/1, S. 681–775, S. 681–740; Filip Slaveski, *The Soviet Occupation of Germany: Hunger, Mass Violence and the Struggle for Peace, 1945–1947*, Cambridge u. a. 2014, insb. S. 29–43.

21 Ulrich Borsdorf, *Zwischen Befreiung und Besatzung: Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945*, Wuppertal 1976, S. 23, S. 31; Lutz Niethammer et al. (Hrsg.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, Wuppertal 1976.

22 Borsdorf (Anm. 21), S. 72.

23 Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer: Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951*, Göttingen 1985, S. 46–50.

24 Brief vom 1.3.1948 und Antwort vom 22.3.1948, in: Ernst Jünger Briefwechsel mit Carl Schmitt, hrsg. von Helmuth Kiesel, Stuttgart 1999, S. 218f.

25 Vgl. Andrew Szanajda, *The Restoration of Justice in Postwar Hesse, 1945–1949*, Landham MD 2007, S. 49f.

Ein Bürgerkrieg blieb Deutschland 1945 erspart. Dabei gab es viele Deutsche, die unter den Repressalien des NS-Staates gelitten hatten und auf eine zügige Abrechnung mit ihren Peinigern drängten. In vielen Städten bildeten sich Bürgerkomitees und antifaschistische Ausschüsse. Moralische Empörung, gepaart mit Rachegefühlen, war für ihre Gründung ebenso ein Motiv wie die Sicherung von Ordnung und Recht. Ein amerikanischer Beobachter eines antifaschistischen Ausschusses in Frankfurt-Riederswald fühlte sich an „die emotional hochgepeitschte Reaktion des französischen Maquis [Guerilla-Organisation im Widerstand, *Anm. d. A.*] gegen Kollaborateure in der ersten Phase der Befreiung“ erinnert.²⁶ Wenn die Sprache auf Alt-Nazis kam, sei die Stimmung radikal bis revolutionär gewesen: Es galt, das ihnen zugefügte Leid zu rächen. Die Schuldigen sollten „nicht einfach hingerichtet und weggesperrt“, sondern zur Zwangsarbeit herangezogen werden; Frauen beklagten offenbar wiederholt die Nachsicht ihrer Männer gegenüber Nationalsozialisten.²⁷

Neben Aktionsformen wie Beschlagnahme von Wohnungen und Schrebergärten oder Prügel und Handgreiflichkeiten, womit NS-Parteigänger eingeschüchtert wurden, debattierte man – nicht nur in diesen Kreisen –, ob Formen von Selbstjustiz – also Formen direkter Justiz in der Hand der Opfer von NS-Gewalttaten – angemessen wären. Als ein bekannter Befürworter sei etwa der Sozialdemokrat Hermann Louis Brill genannt, der seit 1943 Insasse im KZ Buchenwald und Mitinitiator des Buchenwalder Volkskongresses gewesen war. Als (von der amerikanischen Besatzungsmacht eingesetzter) Regierungspräsident der Provinz Thüringen rief er zu einer rigorosen moralischen und juristischen Selbstreinigung des deutschen Volkes durch Volksgerichte statt durch die Justiz der Siegermächte auf: Diejenigen, die das Ausnahmerecht exzessiv angewendet hatten, sollten mit eben einem solchen Ausnahmerecht gestraft werden. Dazu diene die „Errichtung einer neuen Justiz unter Zuziehung der Frauen von Hingerichteten“, und eine „Rechtsprechung über die Nazis nach ihren eigenen Grundsätzen“: „Die Witwen unserer Hingerichteten und unserer Genossen, die jahrelang im Schatten des Schafotts gelebt haben, werden als Beisitzer den erforderlichen geschärften Blick aufweisen.“²⁸

²⁶ Borsdorf (Anm. 21), S. 86.

²⁷ Vgl. ebd.

²⁸ Petra Weber, *Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz 1945–1961*, München 2000, S. 17–21, hier S. 17.

Abgesehen davon, dass es sich dabei eher um eine vereinzelte Stimme handelte, waren solchen Formen von Selbstjustiz im Sinne eines wirklichen Ausnahmezustands auch in Deutschland extrem enge Grenzen gesetzt. Die antifaschistischen Ausschüsse wurden mit Verweis auf das von den Militärregierungen erlassene Verbot politischer Organisationen verboten. Auch für Walter Ulbricht in der SBZ waren viele der aus dem Untergrund auftauchenden ehemaligen KPD-Mitglieder und Mitglieder linker Organisationen als „Sektierer“ verdächtig: Für Revolutionspläne oder Bemühungen um Errichtung rätedemokratischer Strukturen, so stellte er frühzeitig und unmissverständlich fest, gab es jenseits der sowjetisch-kommunistischen Anweisungen der militärischen Stellen keinen Raum.²⁹

NORMALISIERUNGEN IM AUSNAHMEZUSTAND

Die aufgeführten Beispiele zeigen die unterschiedlichen Bemühungen der Besatzungsmächte, Formen der Selbsthilfe und Selbstjustiz irgendwie zu kontrollieren. Welchen Aspekt man auch betrachtet, ganz im Vordergrund stand die Wahrung der souveränen Autorität der Militärregierungen in ihren jeweiligen Besatzungszonen, und zwar selbst dann noch, als administrative und rechtliche Aufgaben an kommunale und regionale Behörden und die wieder in Gang gesetzten politischen Körperschaften delegiert wurden. Auch wenn man zögert, mit Blick auf die SBZ/DDR und andere von der Sowjetarmee besetzte Länder von einer „Normalisierung“ zu sprechen, so ist der relativ zügige Übergang vom Krieg in die Friedenszeit, in der die Gewalt eingehegt wurde, ebenso bemerkenswert wie die Tatsache, dass dies unter Bedingungen des Ausnahmezustands erfolgte.

Politische, auch verfassungsmäßige Normalisierungen schließen gewaltförmige, auch gegen einzelne Personen und Gruppen gerichtete Gewaltformen nicht aus; sie grenzen diese bestenfalls rechtsstaatlich ein. Und nicht nur das: Gewalt kann zu einem endemischen Phänomen des politischen Systems werden, sei es in Form der rechtlichen Normalisierung einzelner Aspekte des Ausnahmezustands in Form von Sicherheitsgesetzen,

²⁹ Vgl. Arnold Sywottek, *Deutsche Volksdemokratie: Studien zur politischen Konzeption der KPD, 1935–1946*, Düsseldorf 1971, S. 199f.

sei es in Form von Ausnahmezustandsmentalitäten mit spezifischen Feindbildern. Ein Einfallstor für weitreichende Maßnahmen war die Dramatisierung der – gefährdeten – öffentlichen, staatlichen und militärischen Sicherheit, zunächst in den Besatzungszonen wie dann später auch in der Bundesrepublik und der DDR. Mit dem einsetzenden „Kalten Krieg“ wurde es auf beiden Seiten des „eisernen Vorhangs“ weit aufgestoßen.

Mit Blick auf die Normalisierung des Ausnahmezustands ist von Anfang an die Divergenz der Entwicklungen in der SBZ im Vergleich zu den westlichen Zonen von Relevanz: Der erklärte „Antifaschismus“ war dabei von zentraler Bedeutung. Zu erkennen ist die Verquickung einer weltanschaulichen, ideellen und (verfassungs-)politischen Norm nicht nur unter politischen und militärischen Sicherheitsaspekten und politischen Neuordnungsvorstellungen, sondern zugleich auch in der Tradition kommunistisch-proletarischer Mobilisierung. Im Fall der SBZ spielten dabei die Erfahrungen und Erinnerungen der KPD/SED an die Repressionen im Zuge der politischen Ausnahmezustände der Weimarer Republik und der NS-Zeit eine wichtige Rolle.³⁰

Zwar gab es auch in den Westzonen Amtsenthebungen, Internierungen und justizielle Verfolgung von NS-Verbrechern, was zu genügend Klagen über „Siegerjustiz“ und „Willkürrecht“ führte. Doch war der Umgang mit früheren NSDAP-Mitgliedern und all denjenigen, die – zu Recht oder Unrecht – für den NS-Faschismus verantwortlich gemacht wurden, in der SBZ weitaus schärfer. Davon zeugten nicht nur verschiedene Formen von Verschleppung und Internierung in Lagern im In- und Ausland (mit hohen Sterblichkeitsraten bis in die 1950er Jahre), sondern auch die Art und Weise, wie politische Gegner mundtot gemacht wurden – und nicht zuletzt das Umschlagen in Willkür und Formen des Staatsterrors.³¹

Die Ausweitung des Personenkreises der vermeintlich inneren „Feinde“, die nun in das Visier der politischen Kampagnen der SED ebenso wie der Sicherheitsorgane der sowjetischen Militäradministration rückten, haben in der neue-

ren Forschung viel Beachtung gefunden. „Antifaschismus“ fungierte dabei als Begründung eines selektiven, gegen einzelne Personen und Gruppen gerichteten, Ausnahmezustands.³² Aufschlussreich ist zum Beispiel der Umgang mit der „Werwolf-Hysterie“, also die Angst vor deutschen Partisanen im Rücken der vorrückenden Truppen, die die Alliierten 1944/45 erfasst hatte. Während sich bei den Westmächten rasch eine Entspannung bei der Lageeinschätzung einstellte, ging dieses Thema in der SBZ fließend in Kampagnen gegen vermeintliche „faschistische Untergrundorganisationen“, Sozialdemokraten, nicht zuletzt aber auch gegen nichtkonformistische oder auch nur verdächtige Jugendliche über. Die Bodenreform, die sogenannte Sequestrierung von Unternehmen, die bald einsetzenden Schauprozesse, die Ausweisungen und Verhaftungen von vermeintlichen wirtschaftlichen und politischen „Saboteuren“, von „Junkern“ und „Handlangern des Faschismus“, sind inzwischen Teil einer gut beschriebenen Gewaltgeschichte im Großen wie im Kleinen.

Viele Akteure waren daran beteiligt: Aktivisten, die häufig nur scheinbar „von der Basis“ aus agierten; die entstehenden Sicherheitsbehörden, die *Carte blanche* hatten; später dann auch neue Organisationen wie die Kontrollorganisationen, die über staatliche Sanktionsmacht verfügten; Gerichte, die in Schauprozessen verhandelten. Dabei machte sich ein ausgeprägtes Ausnahmezustandsdenken breit, um den vermeintlichen „Volkswillen“ durchzusetzen.³³ Und nicht nur das: Es handelte sich dabei um die Etablierung eines permanenten, wenn auch verfassungsmäßig eingetragenen Ausnahmezustands.

Man kann sich nur ausdenken, was der linke Nichtkonformist Walter Benjamin dazu gesagt hätte, auch zur Rolle Hilde Benjamins, der Frau seines nach langen Irrwegen durch Konzentrationslager und Arbeitslager wahrscheinlich in Mauthausen ermordeten Bruders Georg Benjamin. Als Vorsitzende Richterin in einer Reihe von politischen Schauprozessen und dann als Justizministerin der DDR, als die sie sich auch für eine verfassungsmäßige Normalisierung einsetzte, spiegelt sich in ihrer Person zugleich das grundlegende Problem von

30 Die Überschrift „Ausnahmezustand als Erfahrung und Erinnerung“ bei Tilmann Siebeneichner, *Proletarischer Mythos und realer Sozialismus. Die Kampfgruppe der Arbeiterklasse in der DDR, Köln u. a. 2014*, S. 45.

31 Vgl. Manfred Zeidler, *Die Rote Armee auf deutschem Boden*, in: *Militärgeschichtliches Forschungsamt (Anm. 1), Bd. 10/1*, S. 681–775, S. 747–556.

32 Vgl. Weber (Anm. 28); Dieter Pohl, *Justiz in Brandenburg: 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung*, München 2001.

33 „Der Ausnahmezustand der Besatzungsdiktatur und der Zusammenbruchsgesellschaft wurde dazu mißbraucht, um die Justiz auszuschalten.“ So Weber (Anm. 28), S. 79.

Herrschaft, Diktatur und Gewalt im real existierenden Sozialismus wider: der „Schutz der sozialistischen Errungenschaften“ im Namen des vormals unterdrückten Proletariats und des Antifaschismus und damit auch Repression all derjenigen, die sich gegen eben den neuen sozialistischen Staat wandten. Dass diese Repression sich dann auch ausgerechnet gegen die Arbeiter richtete, zeigte sich am 17. Juni 1953 mit der Ausrufung des Ausnahmezustands durch die sowjetische Besatzungsmacht zur Niederwerfung des Volksaufstandes.³⁴ Auch wenn dieser Ausnahmezustand zeitlich befristet war, verdeutlichte er die Gewaltkonstellation, die die DDR in den folgenden Jahren überschatten sollte.

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Der Ausnahmezustand des 17. Juni 1953 illustriert nicht nur, wie prekär die politische Lage auch noch acht Jahre nach Kriegsende war, sondern auch, welche Rolle die sowjetische Militäradministration nach wie vor auch in der SBZ spielte. Trotz sozialer und politischer „Normalisierungen“ in allen Bereichen des politischen wie sozialen Lebens lassen sich zur selben Zeit auch in der Bundesrepublik sehr umfassende – geheime – Planungen für den Ausnahmezustand finden. Federführend im Bundesministerium des Innern war das ministerielle Personal, das auf diesem Gebiet schon in der Vergangenheit aktiv gewesen war und vielfach auch in älteren Denkmustern der Ausnahmezustände der Zwischenkriegszeit verhaftet war.³⁵ Es verwundert nicht, dass sich rasch politische Widerstände regten, als in den 1950er Jahren Pläne zur Einfügung von Notstandsartikeln in die Verfassung bekannt

34 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003, S. 55–63, S. 245; Siebeneichner (Anm. 30), S. 79–96, S. 470.

35 Vgl. Frieder Günther/Lutz Maeke, Unpolitischer Beamter versus „Berufsrevolutionär“. Tradition, Ideen, Selbstverständnis, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Bonn 2018, S. 267–287; Martin Diebel, Plänen für den Ausnahmezustand. Zivilverteidigung und Notstandsrecht, in: ebd., S. 498–536.

36 Vgl. Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005; zusammenfassend Kleßmann (Anm. 15), insbes. S. 8–11.

37 Vgl. Vera Neumann, Nicht der Rede wert. Die Privatisierung der Kriegsfolgen in der frühen Bundesrepublik, Münster 1999; Svenja Goltermann, Die Gesellschaft der Überlebenden. Deutsche Kriegsheimkehrer und ihre Gewalterfahrung im Zweiten Weltkrieg, München 2011.

wurden. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit früheren Ausnahmezuständen der Weimarer Zeit und des NS-Staates erklärt sich das bis heute vorherrschende – meist skeptische bis ablehnende – Verständnis dieses politischen Verfassungs- und Herrschaftsinstruments.

Die Geschichte illustriert nur zu gut, dass damit Gewalt nicht begrenzt, sondern entgrenzt wurde, und zwar mit allen unkalkulierbaren Folgen, die in diesem Beitrag mit Blick auf das Jahr 1944/45 beschrieben wurden. All zu leicht gerät dabei aus dem Blick, dass nach der totalen Niederlage und der anarchischen Übergangszeit 1944/45 bis zur Etablierung der Militärregierungen die Wiederherstellung von Recht und Ordnung und dann die Rekonstruktion souveräner Staatlichkeit einer Friedensgesellschaft (so verschieden diese in den beiden Teilen Deutschlands dann aussah) erst unter diesen Bedingungen der militärischen Besatzung möglich war. In der Geschichte der Ausnahmezustände des 20. Jahrhunderts ist dieser Vorgang der Einhegung von Gewalt und die Reetablierung von politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ordnung ein wichtiger, wenig beachteter Fall. Er beschreibt die Anfänge der Geschichte Deutschlands nach 1945.

So wie die beiden deutschen Staaten hat jedes europäische Land eine jeweils eigene Abfolge von Ausnahmezuständen mit unterschiedlichen Konfliktlagen vorzuweisen. Immer betraf das nicht nur Fragen, die von Verlust und zurückgewonnener (oder verllorener) staatlicher Souveränität, sondern auch von Beschädigungen von Individuen und Viktimisierungen handeln.³⁶ Den Menschen der Nachkriegszeit steckten die vergangenen Ausnahmezustände im wahrsten Sinne des Wortes noch lange nicht nur in den Knochen.³⁷ Diese tiefen Spuren sind bis heute, über die betroffenen Generationen hinweg, zu erkennen, egal ob man das in einer Nachgeschichte von individueller oder kollektiver Angst, Misstrauen oder Zynismus sucht. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Nicht minder bedeutsam ist ein anderer Aspekt dieser Geschichte der Ausnahmezustände: das Überleben und das Überleben-Wollen, die Bemühungen um Normalität im Ausnahmezustand, die Mobilisierung von Resilienzen, mit denen der Weg in die Wiederaufbaugesellschaften beschritten wurde.

MARTIN H. GEYER

Ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

mhgeyer@lrz.uni-muenchen.de

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10. Januar 2020

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Frederik Schetter (Volontär)
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
6-7/2020, 3. Februar 2020

LAUSITZ

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz